



**Protokoll der 27. Sitzung des Gemeinderats Frauenfeld
vom Mittwoch, 13. Dezember 2017, 16:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer

Namensaufruf: 40 anwesende Mitglieder

Mitanwesend: 4 Stadtratsmitglieder

Entschuldigt: Stadtrat Urs Müller

Gemeinderatssekretär: Herbert Vetter

- - -

Traktanden

- 152 Mitteilungen
- 153 Protokoll der Sitzung vom 25. Oktober 2017
- 154 Ersatzwahl eines Mitglieds der Einbürgerungskommission für den Rest der Legislatur 2015/2019
(Nachfolge von Mario Weber, Fraktion CH/Grüne/GLP)
- 155 Botschaft Erlass eines Reglements über die Fernwärmeversorgung
Redaktionelle Beratung, Schlussabstimmung
- 156 Botschaft Gesamtrevision Beitragsordnung zur Finanzierung von Verkehrserschliessungsanlagen
(Perimeterreglement), Änderungen DBU
Redaktionelle Beratung, Schlussabstimmung

- 157 Budget der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park für das Jahr 2018
(inkl. Kenntnisnahme Finanzplan 2019 bis 2021 der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe und des
Alterszentrums Park gem. Antrag 5 der Botschaft)
Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung

- - -

Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer (CVP): Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, liebe Ratskolleginnen und -kollegen, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, ich begrüsse Sie herzlich zu unserer heutigen Sitzung. Ich begrüsse heute die Vertreter der Thurgauer Zeitung Mathias Frei und Samuel Koch sowie den Fotografen Reto Martin, der noch kommen wird, der heute die Erlaubnis hat zu fotografieren. Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Ich habe noch eine erfreuliche Mitteilung zu machen. Seit der letzten Gemeinderatssitzung vom 15. November 2017 haben folgende Gemeinderäte ihren Geburtstag gefeiert: Gemeinderat Stefan Vontobel, Gemeinderat Philipp Geuggis und Gemeinderat Christian Wälchli. Ich gratuliere euch nachträglich herzlich zum Geburtstag.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt die Ratspräsidentin fest, dass 39 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 21.

Die Traktandenliste wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Gemeindeordnung Art. 26 Abs. 2 zugestellt. Zur Tagesordnung wünscht niemand das Wort, daher gilt diese als stillschweigend genehmigt.

152

MITTEILUNGEN

Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer (CVP):

1. Nach gut 1½ - 2 Stunden werden wir an der heutigen Sitzung eine Erfrischungspause einlegen.
2. Die Fraktion CVP/EVP hat vor der Sitzung angekündigt, dass sie eine Fraktionserklärung abgeben möchte.
3. Die Anträge der GPK Finanzen und Administration, lachsfarbenedes Papier betreffend Anpassungen der Botschaft Nr. 21 des Stadtrats wurden am 4. Dezember im Extranet aufgeschaltet und liegen an Ihren Plätzen auf.
4. Das Reglement über die Fernwärmeversorgung Version Redaktionskommission vom 30. November 2017 wurde am 6. Dezember 2017 im Extranet aufgeschaltet und liegt an Ihren Plätzen auf.
5. Es liegen pro Partei Berichte über die Stadtentlastung in Papierform auf.
6. Mit Schreiben vom 23. November 2017 teilte Gemeinderat Benjamin Stricker seinen Rücktritt per 31. Januar 2018 aus dem Gemeinderat mit. Der Rücktritt wurde vom Stadtrat mit Beschluss Nr. 273 am 5. Dezember 2017 genehmigt und die Stadtkanzlei beauftragt, das Ersatzverfahren einzuleiten. Benjamin Stricker ist am 1. Januar 2013 als Nachfolger von Alt-Gemeinderätin Lisa Landert nachgerutscht. Er hat in diesen fünf Jahren in folgenden Kommissionen mitgearbeitet: Mitglied in der Fachkommission für Sport vom 23. April 2013 bis 3. Mai 2017, der Spezialkommission 2030 vom 11. Juni 2013 bis 31. Januar 2018, der Fachkommission für Verkehr und Mobilität ab 16. Juni 2015, Büro des Gemeinderats seit dem 14. Dezember 2016 bis zum 31. Januar 2018. Lieber Benjamin, du hast dir in diesen fünf Jahren ein Know-how angeeignet, welches jetzt leider verlorenggeht, und das Ratsbüro muss auch wieder neu besetzt werden. Für mich warst du immer ein stiller Kämpfer. In der Zeitung war zu lesen, dass du aus beruflichen und privaten Gründen zurücktrittst. Ich finde das

sehr schade. Ich danke dir im Namen des Gemeinderats ganz herzlich für deinen Einsatz und hoffe, dass du das Ziel mit mehr Zeit für dich erreichen wirst und ich wünsche dir viel Glück und Erfolg. Wir werden sicher durch die IG Frauenfelder Velofahrerinnen und Velofahrer von dir lesen und hören.

7. Mit Schreiben vom 2. Dezember 2017 teilte Gemeinderat Christian Wälchli seinen Rücktritt per 31. Januar 2018 aus dem Gemeinderat mit. Der Rücktritt wurde vom Stadtrat mit Beschluss Nr. 280 am 12. Dezember 2017 genehmigt und die Stadtkanzlei beauftragt, das Ersatzverfahren einzuleiten. Christian Wälchli ist am 1. Juli 2012 als Nachfolger von Alt-Gemeinderat Heinz Pfändler nachgerutscht. Er hat in diesen fünfzehn Jahren in folgenden Kommissionen mitgearbeitet: Mitglied der Fürsorgebehörde vom 1. Juni 2003 bis 31. Dezember 2009, Delegierter beim Abwasserverband Region Frauenfeld seit 1. Januar 2009, in der Einbürgerungskommission vom 22. September 2010 bis 31. Mai 2011 und vom 13. Juni 2012 bis 31. Mai 2015, im Gemeinderat vom 1. Juli 2012 bis 31. Januar 2018. Er ist Mitglied der Redaktionskommission vom 1. Juli 2012 bis 31. Januar 2018, der Spezialkommission 2030 vom 11. Juni 2013 bis 31. Januar 2018, Mitglied der Fachkommission für den Stadtbusbetrieb und den öffentlichen Verkehr vom 10. Dezember 2013 bis 31. Mai 2015, Mitglied im Büro des Gemeinderats vom 19. März 2014 bis 31. Januar 2018 und Gemeinderats-Vizepräsident vom 1. Juni 2016 bis 15. Februar 2017. Lieber Christian, nachdem ich deine Fiche, wo du alles mitgearbeitet hast, gelesen habe, muss ich sagen, du hast in vielen verschiedenen Kommissionen mitgeholfen. Du hast mir einmal gesagt, dass du schon vor deiner Krankheit einige Ämter abgegeben hast, und es waren doch ziemlich viele. Du warst ein guter Kollege während unserer gemeinsamen Ortsparteipräsidenschaft und auch in der Fraktion. Auch du nimmst viel Wissen aus dem Rat mit dir mit. Dein Rücktritt kommt überraschend, aber wie du einmal zu mir gesagt hast, dass du seit deiner Krankheit die Prioritäten anders gesetzt hast. Ich danke dir Christian für deine Arbeit im Gemeinderat und wünsche dir für deine Zukunft von Herzen alles Gute und vor allem gute Gesundheit, viel Glück und Erfolg.
8. Mangels Traktanden für die Sitzung vom Januar findet die nächste Gemeinderatssitzung erst am Mittwoch, 21. Februar 2018 um 18 Uhr statt.

FRAKTIONSERKLÄRUNG DER CVP/EVP

Gemeinderat Christoph Regli (CVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Fraktionserklärung gemäss Art. 36 unseres Geschäftsreglements: In ihrem Votum hat Julia Bünter namens der CVP/EVP-Fraktion an der letzten Ratssitzung im Zusammenhang mit dem Perimeterreglement den Vertrauensmissbrauch des Stadtrats gegenüber dem Gemeinderat kritisiert. Sie zitierte aus der Botschaft „dem DBU zur Vorprüfung zugestellt“. Dazu stellte sie fest, dass unseres Erachtens der Leser der Botschaft daraus verstehen darf, dass die vorliegende Reglementsvariante diese Prüfung bestanden hat. Dies sollte insbesondere deshalb gelten, da wir Milizparlamentarier sind, mit denen der Stadtrat doch eigentlich vertrauensvoll zusammenarbeiten will. Stadtrat Urs Müller hat sich für den Fehler, der unseres Erachtens den Stadtrat unterlaufen war, leider nicht entschuldigt, sondern festgestellt, dass er diese Schelte nicht auf sich sitzen lassen könne. Es sei ja korrekt, dass das DBU eine Vorprüfung gemacht habe. Das enttäuschte uns. Wir machen diese Fraktionserklärung heute, obwohl Stadtrat Urs Müller nicht anwesend ist, da das Thema nach seiner Rückkehr aus den langen Ferien doch etwas kalter Kaffee wäre, und 2. dazu die Meinung des gesamten Stadtrats interessiert. Uns ist bewusst, dass die Fraktionserklärung eine einseitige Übermittlung ist und es jetzt dazu weder eine Diskussion noch eine direkte Antwort gibt. Vielleicht gibt es aus Sicht des Stadtrats aber ja schon bald eine geeignete Gelegenheit und eine geeignete Art. Im Anschluss an die Gemeinderatssitzung interpretierte Stadtrat Urs Müller ein

Gespräch und ein Mail von respektive mit Gemeinderäten nach seinem Gusto. Dies kann man ihm auch nicht verwehren. Dass er dies dann aber drei Tage später am Neuzuzügerabend ausnutzte und unsere Fraktionssprecherin für das Votum erneut gescholten und sie mit zwei Aussagen überfahren hat, die uns schon zu denken geben, 1. er wisse, dass die Fraktionsmitglieder nicht hinter dem Fraktionsvotum stünden und 2. das Votum habe ja sowieso Gemeinderat Geiges geschrieben, ist unseres Erachtens ein absolutes No-go und stünde einem Stadtrat nicht einmal dann zu, wenn die Aussagen eindeutig stimmen würden. Fakt ist aber, dass 1. das Votum inhaltlich absolut der in der Fraktionssitzung besprochenen Meinung entsprach, was wir an der letzten Fraktionssitzung auch noch verifiziert haben, und 2. dass Gemeinderat Stefan Geiges das Votum weder geschrieben noch vor der Sitzung gesehen hatte. Hierzu erwarten wir keine Stellungnahme des Stadtrats. Das dadurch sicher nicht verbesserte Vertrauensverhältnis zwischen Stadt- und Gemeinderat ist aber trotzdem auch sein Problem und das der Parteien. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

153

PROTOKOLL DER SITZUNG VOM 25. OKTOBER 2017

Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer (CVP): Das Protokoll der 25. Sitzung des Gemeinderats wurde am 9. November 2017 im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet. Bis zum heutigen Zeitpunkt sind keine Änderungen oder Ergänzungen eingegangen. Wird das Wort zum Sitzungsprotokoll gewünscht? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist das Ratsprotokoll stillschweigend genehmigt. Ich bedanke mich beim Ratssekretär und allen Beteiligten ganz herzlich für das Protokoll.

154

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DER EINBÜRGERUNGSKOMMISSION FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2015/2019(NACHFOLGE VON MARIO WEBER, FRAKTION CH/GRÜNE/GLP)

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP: Wir schlagen Ihnen als Nachfolgerin von Alt-Gemeinderat Mario Weber für die Einbürgerungskommission Frau Klaudia Peyer vor. Sie ist Betriebsökonomin, Mutter von drei Kindern, wohnhaft am Allmendweg 28 in Frauenfeld.

Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer (CVP): Ich schlage Ihnen vor, die Wahl gemäss Art. 56 Abs. 3 des Geschäftsreglements offen durchzuführen. Sind Sie damit einverstanden?

Abstimmung

Klaudia Peyer wird einstimmig gewählt.

Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer (CVP): In der Zwischenzeit ist auch Gemeinderat Pascal Frey eingetroffen. Herzlich willkommen.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Seitens des Stadtrats möchten wir gern Stellung nehmen zur Fraktionserklärung der CVP. Wir nehmen diese zur Kenntnis und bedauern auch die

entstandene Verstimmung. Wir möchten uns an dieser Stelle auch entschuldigen für den Prozess, der dazu geführt hat. Gemäss der Botschaft, die am 17. Januar dem Gemeinderat seitens des Stadtrats vorgelegt wurde, hiess es, der Entwurf des Perimeterreglements wurde dem kantonalen Departement für Bau und Umwelt (DBU) zur Vorprüfung zugestellt. Anschliessend wurde der Entwurf der beratenden Fachkommission Verkehr und Mobilität vorgelegt. Diese Aussage stimmt. Was allerdings in dieser Botschaft nicht enthalten ist, ist, dass zwischen der Vorprüfung und dem Vorlegen beim Gemeinderat auch der Stadtrat nochmals über das Reglement gegangen ist und eine vermeintlich kleine materielle Anpassung gemacht hat, die eben nicht mehr vorgeprüft wurde. Das ist in der Botschaft so nicht enthalten und deshalb konnte der Gemeinderat auch nicht wissen, dass wir da eine kleine Änderung gemacht hatten. Er durfte davon ausgehen, dass die vorliegende Version vorgeprüft sei, was sie grösstenteils war, aber in Bezug auf diese vermeintlich kleine materielle Anpassung nicht. Uns tut es seitens Stadtrat leid, dass wir dies so gemacht haben und zum anderen, dass wir es nicht kommuniziert haben. Wir entschuldigen uns auch dafür und wir entschuldigen uns für die dadurch entstandene zusätzliche Runde für Sie und für uns, aber für Sie als Milizparlament natürlich doppelt ärgerlich, und auch für die so entstandene Verunsicherung. Ich kann Ihnen für die Zukunft keine Fehlerfreiheit garantieren, doch wir können Ihnen versichern, dass wir bemüht sein werden, Aussagen zu vermeiden, welche Falsches suggerieren. In diesem Sinn bitte ich Sie, unsere Stellungnahme zur Kenntnis zu nehmen.

155

BOTSCHAFT ERLASS EINES REGLEMENTS ÜBER DIE FERNWÄRMEVERSORGUNG Redaktionelle Beratung, Schlussabstimmung

Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer (CVP): Die redaktionelle Fassung vom 30. November 2017 des Reglements wurde im Extranet aufgeschaltet. Das Geschäft wurde an der letzten Sitzung abschliessend materiell behandelt und es geht heute um eine reine Formsache.

Gemeinderat Ralf Frei (SP), Referent im Namen der Redaktionskommission: Auch dieses Reglement haben wir am 30. November zusammen mit dem Gemeinderatssekretär angeschaut. Wir sind dabei auf einige kleine Schwächen im Reglement über die Fernwärmeversorgung gestossen und haben daher ein paar Änderungsvorschläge zur Version von der Gemeinderatssitzung vom 15. November.

In Art. 1 schlagen wir vor, den Grundsätzen einen eigenen Artikel zu geben, da das „den“ in der Aufzählung nicht für „die Grundsätze“ gelten kann, da diese ja im Plural aufgeführt sind.

Dann möchten wir die Literas vereinheitlichen, da diese in Artikel 4 a und b jeweils am Ende der Literas einen Punkt hatten. Im Art. 6 ist das allerdings nur lit. I. Wir haben weitere Reglemente beigezogen und festgestellt, dass von Einheitlichkeit keine Rede sein kann. Die sinnvollste Version scheint uns aber diejenige zu sein, dass wir den Buchstaben jeweils mit einer Klammer statt eines Punkts abtrennen. Die einzelnen Literas schliessen wir mit einem Semikolon und behalten uns den Punkt für die letzten Literas vor, die die Absätze jeweils abschliessen. Die Redaktionskommission wird sich Mühe geben, die kommenden Reglemente wenn nötig an dieses Schema anzupassen.

Dann schlagen wir bei Art. 6 Abs. 2 lit. j unbestimmte Artikel für den Unterbruch und die Einstellung vor. Das Problem war hier, dass die Einschränkung feminin, der Unterbruch maskulin

und die Einstellung wiederum feminin ist, sodass der einzelne Artikel in der alten Version nicht ausreichte.

Art. 7 Abs. 3: In der alten Version galt der Teil von "inklusive" bis „Betriebsgewinn“ anhand der Kommasetzung als Einschub, sprich der Betriebsgewinn hätte sprachlich auch zum Gesamtaufwand gehört. Das macht aber keinen Sinn. Wir haben nun Betriebsgewinn aus dieser Inklusiveaufzählung herausgenommen. Dadurch verschiebt sich das „und“ vor die Verzinsung. Dafür wird der Betriebsgewinn mit einem "sowie" von der Aufzählung abgelöst und sprachlich auf die gleiche Stufe wie diese gestellt. Das Komma zwischen dem Darlehen und dem" sowie „gehört natürlich hin, müsste aber, wie ich heute feststellte, rot sein, da es erst in unserer Version Einzug ins Reglement fand. Wir haben nun sprachlich klar zwei Teile, nämlich den Gesamtaufwand und den Betriebsgewinn, die durch die Erträge gedeckt sein müssen. Und weil zwei eben Plural und nicht Singular sind, heisst es „müssen“ und nicht „muss“.

Gemeinderat Fredy Marti (MproF): Ich mache es kurz, denn wir haben heute Wichtigeres zu tun. Auf die Gefahr hin, dass Sie mich einen Kommafreak nennen und ich mir jetzt diesen zweifelhaften Ruf erwerbe, möchte ich doch noch auf Art. 7 Abs. 3 eingehen. Dort hat es ein Komma zu viel. Kollege Frei hat es erklärt, der Gesamtaufwand und der Betriebsgewinn sind die beiden Subjekte und der Gesamtaufwand wird genauer umschrieben mit dem "inklusive". Deshalb hat es nach Darlehen ein Komma, aber nach dem Betriebsgewinn vor dem Modalverb „müssen“ hat es auch bei grosszügiger Auslegung der neuen deutschen Rechtschreibung niemals ein Komma. So können wir die Interpunktion nicht beiseitelassen. Ich beantrage, dieses Komma vor „müssen“ zu streichen.

Abstimmung

Der Antrag von Gemeinderat Fredy Marti (MproF) wird einstimmig angenommen.

Abstimmung

Die bereinigte Fassung der Redaktionskommission wird einstimmig genehmigt.

Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer (CVP): Nach dieser Schlussabstimmung wird die Genehmigung dieses rechtsetzenden Erlasses dem fakultativen Referendum gemäss Art. 32 der Gemeindeordnung unterstellt. Wer sich für eine Volksabstimmung aussprechen möchte, erhebe sich bitte vom Sitz. – Sie haben das Behördenreferendum nicht ergriffen. Die Referendumsfrist für die Stimmberechtigten beginnt am 14. Dezember 2017 und endet am 29. Januar 2018.

156

BOTSCHAFT GESAMTREVISION BEITRAGSORDNUNG ZUR FINANZIERUNG VON VERKEHRSERSCHLIESSUNGSANLAGEN (PERIMETERREGLEMENT), ÄNDERUNGEN DBU

Redaktionelle Beratung, Schlussabstimmung

Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer (CVP): Die redaktionelle Fassung des Reglements Version GPK Bau, Werke, Anlagen wurde von der Redaktionskommission am 15. November 2017 im Extranet aufgeschaltet. Das Geschäft wurde an der letzten Sitzung abschliessend materiell behandelt und es geht heute um eine reine Formsache.

Gemeinderat Ralf Frei (SP), Referent im Namen der Redaktionskommission: Die Redaktionskommission hat sich am 30. November zusammen mit dem Gemeinderatssekretär zu einer äusserst interessanten Sitzung getroffen. Auch das sogenannte Perimeterreglement haben wir an dieser Sitzung behandelt, dieses ist aus unserer Sicht tiptopp.

Abstimmung

Die bereinigte Fassung der Redaktionskommission wird einstimmig genehmigt.

Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer (CVP): Nach dieser Schlussabstimmung wird die Genehmigung dieses rechtsetzenden Erlasses dem fakultativen Referendum gemäss Art. 32 der Gemeindeordnung unterstellt. Wer sich für eine Volksabstimmung aussprechen möchte, erhebe sich bitte vom Sitz. – Sie haben das Behördenreferendum nicht ergriffen. Die Referendumsfrist für die Stimmberechtigten beginnt am 14. Dezember 2017 und endet am 29. Januar 2018.

157

BUDGET DER STADT FRAUENFELD, DER WERKBETRIEBE UND DES ALTERSZENTRUMS PARK FÜR DAS JAHR 2018 (INKL. KENNTNISNAHME FINANZPLAN 2019 BIS 2021 DER STADT FRAUENFELD, DER WERKBETRIEBE UND DES ALTERSZENTRUMS PARK GEM. ANTRAG 5 DER BOTSCHAFT)

Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung

Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer (CVP): Folgende Unterlagen stehen uns zur Verfügung:

- Botschaft Nr. 21 Budget der Stadt Frauenfeld für das Jahr 2018, Fassung gemäss Vorschlag lachsfarbenes Papier der GPK

Im Extranet Frauenfeld wurden folgende Unterlagen aufgeschaltet:

- Protokoll der GPK Finanzen und Administration der 20. Sitzung vom 20. November 2017
- Protokoll der GPK Bau, Werke, Anlagen der 18. Sitzung vom 21. November 2017
- Protokoll der GPK Gesellschaft und Gesundheit der 9. Sitzung vom 22. November 2017

Auf lachsfarbenem Papier:

- GPK Finanzen und Administration neu gemäss Botschaftsanträgen und andere GPKs

Ich schlage folgendes Vorgehen vor: Wir beginnen wie üblich mit der Eintretensdebatte, danach folgt die materielle Beratung und anschliessend stimmen wir über die Anträge ab. Zu Beginn der materiellen Beratung können grundsätzliche oder allgemeine Voten wiedergegeben werden, welche keinen Antrag zu einer Kontogruppe bzw. zu einem Konto beinhalten. Im zweiten Schritt werden wir die Departemente I bis V departementsweise durchgehen. Eventuelle Anträge können dann direkt zu den einzelnen Konten gestellt werden. Im dritten Schritt werden wir die Budgets der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park und die weiteren Register besprechen. Diese Budgets werden wir nicht seitenweise durchgehen. Bei Voten mit Anträgen geben Sie

bitte jeweils das Register, die Seite und das Konto an und geben mir die Anträge schriftlich ab. Im vierten Schritt werden wir die Finanzpläne 2019-2021 der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park zur Kenntnis nehmen. Im fünften Schritt werden wir schliesslich über die einzelnen Anträge in der Botschaft abstimmen. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden?

Gemeinderat Peter Hausammann (CH), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: Die Kommission dankt für die umfangreichen Unterlagen und die damit verbundene grosse Arbeit. Der Dank geht vor allem an den Finanzchef Reto Angehrn. Finanzchef und Stadtrat haben die Transparenz des Budgets weiter verbessert. Nach der Priorisierung der Investitionen ist mit der Darstellung des Masses der Gebundenheit der Ausgaben eine weitere wichtige Forderung erfüllt worden. Dafür besten Dank. Die Kommission begrüsst auch die generelle pauschale Budgetkorrektur bei den Investitionen, die wir gefordert haben. Letztes Jahr hatten wir es bei den Werken, jetzt haben wir es auch bei der Stadtverwaltung. Damit soll die Budgetgenauigkeit verbessert werden. Eine pauschale departementsbezogene Korrektur von 20 % scheint uns sinnvoll. Ich verweise auf das 2. Blatt in Register 6.

Werke und AZP: Die gebührenfinanzierten Bereiche Werke und AZP haben keine finanziellen Probleme. Man kann bei beiden von Courant normal sprechen. Während sich das AZP nach der Decke strecken muss – eigentlich wie immer –, geht es den Werken komfortabel – auch wie immer. Wenn Ihnen das bekannt vorkommt, haben Sie sich nicht getäuscht, das habe ich vor einem Jahr gesagt und das gilt auch heute. Die Werke weisen nun wie gefordert auch das Ergebnis der Gesamtrechnung mit einem Finanzierungsfehlbetrag von 5,2 Mio. Franken aus. Das ist etwas weniger schön, aber für die Werke problemlos verkraftbar. Ebenso bezeichnen sie das Ergebnis der Erfolgsrechnung endlich als das, was es ist: Gewinn. Geht doch, möchte man sagen. An der Informationssitzung aller drei GPKs wurde erneut über die Abschreibungspraxis der Werke diskutiert. Weil 2018 für die Werke ein Übergangsjahr ist und weil die Richtung stimmt, verzichte ich auf weitere Ausführungen. Wir freuen uns jedenfalls auf das erste HRM2-Budget.

Stadtverwaltung: Ich äussere mich hier zu drei Punkten:

1. Bestes Budget seit Langem. Das Budget der Stadtverwaltung ist unproblematisch. Wir haben nicht nur endlich wieder einmal eine Erfolgsrechnung mit einem Plus, auch wenn es nur ein kleines ist, sondern es ist das beste Budget seit Jahren. Die Verbesserungen gegenüber dem letzten Budget bei den bedeutendsten bisherigen Schwachpunkten Erfolgsrechnung, Gesamtrechnung, Finanzierung sowie Selbstfinanzierung sind markant. Sie bewegen sich bei 2 Mio. Franken, ohne Vorfinanzierung Hallenbad wären es sogar +11 Mio. Franken und +4 Mio. Franken, wobei sich die Gesamtrechnung nach den Kürzungen in der Investitionsrechnung gemäss den Anträgen der GPK Bau, Werke, Anlagen nochmals um rund 600'000 Franken verbessert. Dazu haben wir mit 69 Mio. Franken ein dickes Eigenkapitalpolster und damit eine entsprechende Steuerausgleichsreserve. Diese 69 Mio. Franken sind der Betrag gemäss Botschaft. Dabei handelt es sich allerdings nur um den Bilanzüberschuss. Das Eigenkapital der Stadt ohne Werke und Alterszentrum beläuft sich sogar auf 97 Mio. Franken. Das ordentliche oder operative Ergebnis ist mit 0,9 Mio. Franken ebenfalls positiv. Wichtig: kein Defizit. Verbessert, aber nach wie vor unbefriedigend ist indessen die Gesamtrechnung. Konkret: Die Stadt hat nach wie vor nicht genügend Erträge, um die geplanten Investitionen zu finanzieren. Und das nicht nur im Budgetjahr, sondern insbesondere in den nächsten drei Finanzplanjahren. Gemäss dem Finanzplan fehlen in diesem drei Jahren kumuliert knapp 30 Mio. Franken. Diese Finanzierungsfehlbeträge würden dann zu einer Nettoschuld von knapp 16 Mio. Franken bzw. etwas über 600 Franken pro Einwohner führen. Der Stadtrat nennt als

finanzpolitische Zielsetzung lediglich, ein Nettovermögen stelle ein erstrebenswertes Ziel dar, es seien aber andere wesentliche Faktoren ebenfalls zu berücksichtigen. Das ist eine Nullaussage, eine typische Nullaussage. Die Kommission hat den Stadtrat aufgefordert, hier konkreter zu werden. Es geht insbesondere darum, sich angesichts der geplanten Investitionen damit auseinanderzusetzen, ob nach vielen Jahren mit Nettovermögen ein Abschied von der geliebten Nettoschuld akzeptabel ist, und wenn ja in welchem Ausmass.

2. Zusätzliche Abschreibungen im Einzelfall: Die GPK Finanzen und Administration beantragt, diese zusätzlichen Abschreibungen von 2 Mio. Franken beim Hallenbad zu streichen. Nach HRM2 und der revidierten Regierungsverordnung sind diese so wie geplant vom Stadtrat im Einzelfall nicht mehr zulässig. Wir haben das in der GPK besprochen und der Stadtrat ist auch dieser Meinung, die Voraussetzungen für zusätzliche Abschreibungen sind in diesem Fall offensichtlich nicht erfüllt. Dass das im Einzelfall nicht mehr geht, hängt mit dem Grundsatz von True and Fair View zusammen, weil diese zusätzlichen Abschreibungen je nachdem willkürlich je nach Ergebnis vorgenommen werden, häufig sogar um nicht den tatsächlichen Gewinn ausweisen zu müssen. Die Kommission hatte allerdings Verständnis für die Beweggründe des Stadtrats. Beim Hallenbad besteht offenbar folgendes Problem: Mit der geplanten Sanierung werden Teile der 2002 getätigten Investitionen nutzlos, obwohl sie dannzumal noch nicht auf null abgeschrieben sein werden. Und diese Teile haben bis zur geplanten Sanierung/Erweiterung durch die erwarteten baulichen Massnahmen eine kürzere Nutzungsdauer, als für sie ursprünglich vorgesehen war. Das wäre die andere Seite der Medaille und daraus resultiert ein Wertberichtigungsbedarf. Wie viel und wann das ist, ist noch nicht geklärt. Es ist unter anderem abhängig von der konkreten Sanierungs-/Erweiterungsvariante. Wir sind übereingekommen, dass der Finanzchef das mit dem Amtschef bis auf den Rechnungsabschluss 2017 hin klärt. Wir haben in der Kommission einstimmig folgendes Vorgehen beschlossen: Mit der Rechnung 2017 soll berichtet werden, was von den 5.5 Mio. Franken bei einer blossen Sanierung betroffen ist. Allfällige weitere Wertberichtigungen werden in den folgenden Jahren mit den Rechnungen vorgenommen. Für die mit beträchtlichen Ausgaben verbundene Sanierung/Erweiterung Hallenbad soll eine Vorfinanzierung gebildet und mit 2 Mio. Franken geäufnet werden. Vorfinanzierung ist nichts anderes als die Bildung einer Reserve für ein bestimmtes, noch nicht beschlossenes Vorhaben. Solche Vorfinanzierungen, weil sie ja eben für spätere Geschichten sind, sind unter dem genannten Grundsatz True and fair View zwar auch nicht unproblematisch. Gemäss der reinen Lehre wären sie sowieso nicht zulässig, aber Sie wissen ja, die reine Lehre ist nicht immer das Richtige. Aus politischen Gründen sind Vorfinanzierungen im Kanton Thurgau nach wie vor zulässig, in anderen Kantonen auch, und in der Regierungsverordnung mit bestimmten Vorgaben umschrieben. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die Vorfinanzierung aufgelöst wird, wenn das Projekt nicht realisiert wird. Das ist ein ganz entscheidender Unterschied zu zusätzlichen Abschreibungen. Und eine Vorfinanzierung darf nicht zulasten des bestehenden Eigenkapitals erfolgen.

3. Zu zwei Begriffen: Zu Diskussionen Anlass gab zum einen der Begriff „strukturelles Defizit“, den der Stadtrat für die Erfolgsrechnung immer wieder braucht. Die Diskussion war interessant, auch wenn wir uns nicht ganz einig geworden sind. Entscheidend ist aber nicht der Begriff, sondern die konkreten Zahlen, deren Analyse und die Bewertung dieser Zahlen. Ich mache deshalb beliebt, diesen Ausdruck vielleicht eher nicht mehr zu gebrauchen, zumal er, wenn man es genau nimmt, einen Zusammenhang mit konjunkturellen Schwankungen hat. Dann müsste man ja noch diese konjunkturell bedingten Geschichten herausrechnen und dann kommen wir in eine unselige Diskussion hinein. Es wäre besser, genau zu sagen, was man meint. Thema war auch das ordentliche oder operative Ergebnis. Dieser Begriff ist von

HRM2 klar vorgegeben. Diskutabel ist seine Bedeutung. Was bedeutet es zum Beispiel, wenn man die Ergebnisse der Spezialfinanzierungen und Fonds damit in Zusammenhang bringt? Oder wie ausserordentlich sind zum Beispiel die Gewinne aus Grundstücksverkäufen, wenn sie doch in schöner Regelmässigkeit anfallen, wenigstens hier bei uns in Frauenfeld?

Finanzplan der Stadtverwaltung: Die grösste inhaltliche Sorge, die hohen Defizite in der Gesamtrechnung der Stadtverwaltung, die gemäss den Planzahlen das Nettovermögen in eine Nettoschuld verwandeln, habe ich ja bereits abgehandelt. Die Planerfolgsrechnungen gaben zu keinen bemerkenswerten inhaltlichen Aussagen Anlass. Nachgefragt haben wir die Grundlagen. Stadtrat und Finanzchef extrapolieren nicht einfach das aktuelle Budget, die aktuelle Erfolgsrechnung, wie uns das nachvollziehbar dargelegt wurde, anhand verschiedener Parameter, ich verweise dazu auf das Register 4, 2. Blatt, was sich warum in welchem Jahr verändern könnte und wie viel und wie sich das dann im jeweiligen Jahresbudget niederschlagen würde. Bei den Investitionen liefern die Ämter die Grundlagen, das müssen die Ämter machen, das geht gar nicht anders. Und dass sie das sorgfältig machen, sieht man jedes Jahr anhand der detaillierten Unterlagen, die wir bekommen. Dazu noch eine Bemerkung: Planzahlen sind eben Planzahlen. Gerade bei den Investitionen, dem wichtigsten Faktor für Gesamtrechnung, die eben noch ein bisschen schwierig ist, haben wir immer wieder massive Unterschiede zu den tatsächlichen Zahlen zwischen Soll und Ist. Zum Glück sind diese Planzahlen in der Regel schlechter als die tatsächlichen Rechnungsergebnisse, wenigstens bei uns in Frauenfeld. Dazu ein passendes Beispiel: Ich habe aus der Gesamtrechnung eine Zahl genommen, wie sich das Vermögen hätte entwickeln sollen. Die neueste tatsächliche Ist-Zahl zum Vermögen haben wir aus der Rechnung 2016. Die Rechnung 2016 schliesst mit einem Nettovermögen von +28,6 Mio. Franken. Ich habe in früheren Finanzplänen geschaut, wie das für das Jahr 2016 damals prognostiziert worden ist. Was glauben Sie, wurde seinerzeit prognostiziert? Sicher nicht diese 28.6 Mio. Franken. 2013, das ist die früheste Zahl, die ich gefunden habe, prognostizierte der Stadtrat für 2016 in diesem Finanzplan eine Nettoschuld von -3,4 Mio. Franken. Das ist also eine Differenz von sage und schreibe 30 Mio. Franken. Dieses Beispiel zeigt als Nebeneffekt, dass die neue pauschale Budgetkorrektur bei den Investitionen sicher nicht falsch ist. Damit komme ich zum Schluss.

Die GPK Finanzen und Administration hat von den Finanzplänen der Stadtverwaltung, der Werke und des AZP Kenntnis genommen. Sie hat bezogen auf das lachsfarbene Papier dem Antrag 1 betreffend Besoldung und dem Antrag 3 betreffend das Budget der Stadtverwaltung beschränkt auf das Departement I mit 6 zu 1 zugestimmt. Und sie beantragt neu einstimmig, die zusätzlichen Abschreibungen von 2 Mio. Franken beim Hallenbad zu streichen sowie eine Vorfinanzierung Sanierung/Erweiterung Hallenbad zu bilden und diese mit 2 Mio. Franken zu äufnen. Das ist der neue Antrag 2.

Gemeinderat Peter Heri (GP), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP: Ich möchte mich vorab entschuldigen, dass Sie mehrere Sachen noch einmal hören werden, die der Kommissionssprecher bereits gesagt hat. Das ist gar nicht zu vermeiden, wir sitzen in der gleichen Kommission und in der gleichen Fraktion und haben ein ähnliches finanzpolitisches Verständnis. Zum Budget 2018 der Stadtverwaltung eine finanzpolitische Würdigung:

1. Zu den Ergebnissen: Das Gesamtergebnis beträgt 0,24 Mio. Franken, ohne Vorfinanzierung Hallenbad sogar 2.2 Mio. Franken. Das ist in Ordnung. Und auch das ordentliche operative Ergebnis ist mit 0.9 Mio. Franken ebenfalls positiv. Mit den Nettoinvestitionen von 9.7 Mio. Franken sind wir einverstanden. Das vom Stadtrat selber definierte Ziel von maximal 12 Mio. Franken Nettoinvestitionen kann eingehalten werden. Die Gesamtrechnung zeigt mit einer

Selbstfinanzierung von 7.6 Mio. Franken einen Finanzierungsfehlbetrag von lediglich 2.1 Mio. Franken, welcher verkraftet werden kann.

2. Vergleiche mit den bisherigen HRM2-Budgets: Das Budget 2018 als viertes HRM2-Budget ist deutlich besser als die bisherigen, insbesondere gegenüber dem Budget 2017, wie es der Kommissionssprecher erwähnt hat.
3. Zum Eigenkapital: Wir haben ein unverändert dickes Eigenkapitalpolster von knapp 70 Mio. Franken. Das heisst, eine Steuerausgleichsreserve ist weiterhin vorhanden.
4. Gesamtrechnung, Finanzierungsfehlbeträge, Nettovermögen bzw. Nettoschuld: Wir haben bisher, aktuell und gemäss Finanzplan auch in Zukunft Finanzierungsfehlbeträge. Das müssen wir im Auge behalten. Diese beeinflussen indessen nicht die Erfolgsrechnung, sondern über die Gesamtrechnung das Vermögen, aktuell ein Nettovermögen. Auch hier haben wir noch ein Polster, allerdings viel bescheidener als beim Eigenkapital. Hier muss einmal über die Frage bzw. die Grenze einer akzeptablen Verschuldung diskutiert werden. Der Stadtrat hat die Werte aus der Ära Parolari, wo man noch von einem Nettovermögen von 15-20 Mio. Franken gesprochen hat, und aus den Bachofner-Zeiten, wo das anzustrebende Nettovermögen noch höher angesetzt war, fallen gelassen, unseres Erachtens zurecht. Wir haben den Stadtrat schon mehrmals aufgefordert, sich dazu konkreter zu äussern. Für die Fraktion ist eine gewisse Verschuldung durchaus vertretbar. Wir können unter dieser Prämisse die nächsten paar Jahre die Fehlbeträge fremdfinanzieren. In einem Satz: Insgesamt ist das Budget 2018 aus Sicht der Fraktion CH/Grüne/GLP unproblematisch.
5. Zusätzliche Abschreibungen Vorfinanzierung Hallenbad: Zusätzliche Abschreibungen, erst recht um keinen Gewinn ausweisen zu müssen, sind nach HRM2 nicht mehr zulässig. Die vom Stadtrat budgetierten zusätzlichen 2 Mio. Franken sind deshalb zu streichen, Vorfinanzierungen entsprechen sie nach der reinen HRM-Lehre ebenfalls nicht, sie sind im Kanton Thurgau indessen mit der neuen Verordnung aus finanzpolitischen Gründen und unter bestimmten Voraussetzungen als zulässig erklärt worden. Die Vorfinanzierung für die Sanierung/Erweiterung Hallenbad gemäss Antrag GPK Finanzen und Administration können wir unterstützen, weil damit lediglich eine Reserve für die geplante Investition gebildet wird. Die im Zusammenhang mit den unzulässigen Abschreibungen genannte Problematik mit dem Restbuchwert des Hallenbads muss mit dem Jahresabschluss 2017 noch genauer geklärt werden.
6. Zur Darstellung der Gebundenheit der Ausgaben: Vor vier Jahren haben wir, das war zum Budget 2014, erstmals eine Auslegeordnung über den finanziellen Spielraum der Stadt, Stadtrat, Gemeinderat, Volk gefordert. Welche Ausgaben sind gebunden, welche nicht, welche gemäss Bundesgesetz, welche gemäss kantonalem Gesetz, welche gemäss kommunalen Vorgaben? Was kann der Stadtrat in eigener Kompetenz machen, wofür braucht es den Gemeinderat, wofür die Zustimmung des Volks? Mit der Aufteilung der Ausgaben in der funktionalen Gliederung nach den Kriterien ungebunden, kurzfristig gebunden, mittelfristig, langfristig gebunden gemäss rosafarbenem Teil in Register 3 hat der Stadtrat unsere Forderungen im Wesentlichen erfüllt. Besten Dank. Steter Tropfen höhlt den Stein. Auch die Forderung nach Prioritätensetzung bei den Investitionen musste mehrmals gestellt werden, bis sie erfüllt wurde.

Zum Finanzplan 2019-2021: Planerfolgsrechnung: In den Sitzungen der GPK Finanzen und Administration haben wir gehört, dass der Stadtrat nicht einfach die Budgetzahlen extrapoliert,

sondern sich für jedes Jahr Gedanken macht über spezifische Einflussfaktoren. Das ist gut so, aber auch nötig und sinnvoll. Hinter die Erhöhung der ordentlichen Abschreibungen und über 2 Mio. Franken machen wir ein Fragezeichen. Die Klärung des Sachverhalts muss wie gesagt noch abschliessend erfolgen.

Geplante Investitionen und Ergebnis Gesamtrechnung: In der Investitionsrechnung sind in den Jahren 2020 und 2021 bereits 35 Mio. Franken eingeplant für Sanierung des Hallenbads. Entsprechend diesen hohen Ausgaben steigen auch die prognostizierten Finanzierungsfehlbeträge und damit der Finanzbedarf an, was dazu führt, dass sich das Nettovermögen ab 2020 in eine Nettoschuld umwandelt. Die Nettoverschuldung ist gemäss Finanzkennzahlen aber auf geringem Niveau und durchaus tragbar.

Zu den Budgets 2018 der Werke und des Alterszentrums: Die selbstständigen Betriebe Werke und Alterszentrum, die mit kostendeckenden Gebühren arbeiten, sind im grünen Bereich. Wir warten auf die per 2019 versprochene Umstellung auf die neuen Grundlagen mit HRM2 und der damit verbundenen grösseren Transparenz und Detaillierung. Bei den Werken wird die Abschreibungspraxis noch zu reden geben. Die Aussagen an der Informationssitzung zum Budget haben uns nicht überzeugt. Auch hier haben wir gesetzliche Vorgaben, die ebenfalls für die Werkbetriebe gelten. Die Fraktion CH/Grüne/GLP ist einstimmig für Eintreten.

Gemeinderat Michael Hodel (EVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Die Fraktion CVP/EVP hat sich eingehend mit dem Budget 2018 auseinandergesetzt. Wir bedanken uns für die gute Arbeit der Verantwortlichen und für das Erarbeiten eines aus unserer Sicht unproblematischen Budgets. Unproblematisch, weil bei weiterhin hohem Eigenkapital das Budget dank erwartetem Landverkauf positiv ausfällt. Landverkäufe haben über die letzten Jahre immer wieder zu ausserordentlichen Einnahmen geführt. Unter HRM2 sind diese als Gewinn ausgewiesen, früher wurden sie jeweils direkt dem Eigenkapital zugewiesen und erhielten dadurch weniger Beachtung. Wir sind in unserer Fraktion nicht der Meinung, dass wir jetzt ein Problem mit einem strukturellen Defizit hätten. Der Eigenkapitaleisberg der Stadt Frauenfeld ist mit 69 Mio. Franken nach wie vor beachtlich und dürfte aus unserer Sicht auch leicht schmelzen. Die grossen Investitionen der nächsten Jahre, beispielsweise die Hallenbadsanierung und Kosten für eine Entlastungsstrasse werden uns aber weiter fordern. Auch wenn wir im Vergleich mit anderen Gemeinden gut dastehen, muss das Haushaltsgleichgewicht im Auge behalten werden. Um die künftig hohen Abschreibungen tragen zu können, werden grössere Überschüsse notwendig sein. Wir sind der Meinung, dass die Sparbemühungen des Stadtrats und der Ämter im vorliegenden Budget ersichtlich sind. Wir bedanken uns für haushälterischen Umgang mit unseren Finanzen im nächsten Jahr und freuen uns über jede Position, die nicht bis zum letzten Franken ausgereizt wird. Unsere Fraktion ist geschlossen für Eintreten.

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP/GWB/Juso: Die Budgets sehen gut aus. Daran gibt es eigentlich nichts auszusetzen. Die Zahlen haben wir bereits vom GPK-Sprecher gehört, diese muss ich nicht wiederholen. Wir haben aber auch gehört, dass das positive Ergebnis der Stadtrechnung nur aufgrund des Buchgewinns des Liegenschaftengeschäfts und der globalen Kürzungen zustande kommt. Wir stören uns an den Zahlen rechts unten bei den aktuellen Budgets soweit an nichts. Aber die Gesamtzahlen sind nur ein Faktor, den wir als Parlament zu überprüfen haben. Richtig interessant sind die ganzen Projekte und Zahlen, die sich in der Erfolgs- und auch Investitionsrechnung verstecken. Und hier möchten wir dem Stadtrat und all seinen Helferlein ein Kränzchen winden. Denn er ist auf dem richtigen Weg.

Wir haben die ganzen zusätzlichen Informationen zu den Ausgaben sehr wohl wahrgenommen und ebenfalls sehr intensiv angeschaut und geschätzt. Es ist klar, wenn man die Ausgaben detailliert auflistet und ausweist, macht man sich angreifbar. Aber es wird eben auch klar, wofür das Geld ausgegeben wird, und nur so können wir mitentscheiden, ob es unterstützt werden soll oder nicht. Auch wenn in diesem Jahr in der GPK etwas nachgehakt werden musste, möchten wir den Stadtrat ermuntern, so weiterzumachen. Versteckis haben wir schon einmal gespielt, aber das ist jetzt passé. In diesem Sinn begrüßen wir auch die Umstellung der Werkbetriebe auf HRM2 2019. Wir sind auch interessiert daran, möglichst bald zu erfahren, was dieses Liegenschaftengeschäft beinhaltet, da es ja ein Bestandteil der heutigen Diskussion ist. Nun aber zu den Details, die eben das Ganze interessant machen:

Der Stadtrat hat bei den Investitionen und bei den Löhnen globale Korrekturen vorgenommen. Wir erachten dies als grundsätzlich korrekt. Damit kann man die Budgetgenauigkeit erhöhen, da es ja klare Erfahrungswerte sind. Was aber nicht passieren darf, ist, dass nun bei einer Vakanz extra gewartet oder eine günstigere Person eingestellt wird. Denn darunter leiden nachher die restlichen Mitarbeiter. Ebenfalls zum Thema Mitarbeiter ist uns auch aufgefallen, dass die Weiterbildungskosten über alle Departemente sehr tief budgetiert sind. Auch hier gilt, die Finanzen dürfen kein Hinderungsgrund sein, Weiterbildungen zu machen. Denn wenn die Mitarbeiterqualität nachlässt, sind die Auswirkungen am Schluss grösser. Wir möchten vom Stadtrat deshalb klar eine Absicherung, dass diese beiden Punkte bei Bedarf auch überzogen und in der Rechnung dann so begründet werden.

Bei den Investitionen haben wir uns gefragt, ob die Deckelung auf die 12 Mio. Franken auf Dauer ist oder nur für dieses Jahr. Denn der Stadtrat schreibt selber, dass jährliche reine Investitionen von 8-9 Mio. Franken nur schon bei den Verkehrsflächen zu erfolgen haben. Somit bliebe bei den angenommenen 80 % dieser 12 Mio. Franken im Schnitt etwa 1 Mio. Franken für die restlichen Investitionen. Und da gehören die neuen Tanklöschfahrzeuge der Feuerwehr sowie Bachkorrekturen, Studien für Kaserne oder Stadthalle usw. mit hinein. Die zusätzliche Stelle in der Sozialhilfe begrüßen wir sehr und bitten den Stadtrat, es in Zukunft nicht mehr so weit kommen zu lassen, dass die Mitarbeiter derart überbelastet werden.

Zum Schluss noch zum Ausblick bzw. den Finanzplänen: Wir werden sehen, wohin die Reise mit dem Eigenkapital und den Nettovermögen führt. Wir sind auf jeden Fall weiterhin der Meinung, dass auch auf das Nettovermögen Acht gegeben werden muss. Das Eigenkapital abzubauen ist völlig in Ordnung. Es werden in den nächsten Jahren in der Stadt und auch bei den Werkbetrieben die Restbuchwerte massiv ansteigen und somit höhere Abschreibungen nötig sein. Deshalb ist für uns auch klar, dass die Steuererhöhung kommt. Für später, daran kommen wir nicht vorbei. Auch wenn sich bei den einen oder anderen die Nackenhaare immer noch kräuseln bei diesem Wort. Es kann nämlich nicht sein, Leistungen einzusparen, nur weil man gewollte Ausgaben macht und diese dann irgendwie zu kompensieren versucht. Und solche Ausgaben stehen nämlich zahlreich vor uns. Sei es mit dem Hallenbad, der Stadtkaserne, der Stadthalle, allfälligen Umfahrungen, Werkhof, Stadtbuss, Feuerwehrdepot, Sportanlagen, Pferdesportanlagen und was sonst noch auf uns zukommen mag. Auch kommt für uns eine Verknüpfung mit den Steuerfüssen der Schulgemeinde nicht infrage. Die Schulen haben einen Lehrauftrag zu erfüllen, der nicht durch Sparpolitik von der Stadt beeinflusst werden darf. Deshalb gibt es eine politische Gemeinde und eine Schulgemeinde. Diese beiden Körperschaften sind getrennt, damit beide in ihren Bereichen die optimalsten Ergebnisse erzielen können. In diesem Sinn verdanken wir das diesjährige Budget und warten schon auf das nächste, denn nach dem Budget ist vor dem Budget.

Gemeinderat Andreas Elliker (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Unsere Fraktion hat wie alle Jahre das Budget sehr gründlich geprüft. Wir sind der Ansicht, dass der budgetierte Gewinn der Stadt Frauenfeld im Jahr 2018 nur durch einen einmaligen Effekt entstanden ist. Ob dieser Landverkauf für die Stadt richtig ist, muss noch diskutiert werden. Man könnte auch einen Baurechtsvertrag machen. Dort gäbe es einen jährlichen Beitrag in die Stadtkasse. Oder diese Parzelle würde sich als allfälligen neuen Standort für Werkhof, Busdepot und Feuerwehrdepot anbieten. Das sind alles Filetstücke in der Stadt. Wir können das aber erst sagen, wenn die entsprechende Botschaft vorliegt und wir wissen, wo diese Parzelle liegt. Noch ein Mahnfinger an den Stadtrat: Bei der Paketpost haben wir schon einen Goldesel verschenkt.

Die neue Abschreibungspraxis mit HRM2 wird die Stadt vor grosse Herausforderungen stellen. Es wird Liegenschaften geben, die in Zukunft erneuert werden müssen, obwohl sie noch nicht abgeschrieben sind. Das Hallenbad ist auch so ein Fall. Der Stadtrat, vor allem unser Stadtpräsident Anders Stokholm ist gefordert, beim Kanton vorzusprechen. Wenn dies keine Wirkung mit sich bringt, kann er als Kantonsrat einen entsprechenden Vorstoss einreichen. Dies als Stadtpräsident für die Bürger von Frauenfeld.

Wir sind aber der Ansicht, dass es im Budget immer noch Luft hat. Der Finanzplan sieht für 2019 eine Steuererhöhung vor. Bevor die Steuern erhöht werden, ist ein Sparprogramm nötig, welches diesen Namen auch verdient. Das heisst, Leistungen müssen überprüft und abgebaut werden. Es werden keine Dienstleistungen wahrgenommen, die nicht Aufgabe der Stadt sind. Die Stadträte wissen schon noch, wo sie es verstecken. Dazu werden diese noch ausgebaut, wie zum Beispiel der Verein Bibliotheken der Kulturen.

Wir schätzen die Arbeit der Stadtmitarbeiter/innen. Ich äussere mich nun im Namen der Fraktion zu den einzelnen Departementen:

Departement I

Wir sind mit den hohen Kosten für Verbands- und Mitgliederbeiträge immer noch nicht einverstanden, werden dazu aber nicht tausend Anträge stellen. Der Stadtrat soll aber gründlich prüfen, welche Verbände wirklich wichtig sind. Der Gesamtbetrag von 167'000 Franken an Beiträgen soll auf das Budget 2019 auf 100'000 Franken gesenkt werden.

Die Stadtplanung projiziert nach unseren Bedürfnissen immer noch zu viel. Denn was alles geplant wird, kann nicht umgesetzt werden. Das werden wir auch nicht vermögen.

Bei der Weihnachtsbeleuchtung sind wir der Ansicht, dass der Stadtrat uns nachträglich noch eine Botschaft zustellen muss, da der Gesamtaufwand bei über 300'000 Franken liegt und die jährlich wiederkehrenden Kosten über 30'000 Franken betragen.

Wir bedanken uns, dass neu alle Projekte auf separaten Blättern ersichtlich sind, auch von der Stadtplanung. Dies fördert die Transparenz.

Departement II

Uns ist es sehr wichtig, dass im Tiefbau nur das Notwendige saniert wird. Die GPK Bau, Werke, Anlagen hat ihren Job erledigt. Man muss das Wünschbare vom Bezahlbaren trennen. Wir danken, dass der Stadtrat nach langem Bitten, bei den Investitionen nur 80 % der geplanten Investitionen zu budgetieren, nachgekommen ist.

Departement III

Beim Casino wird die Sicherheit mit baulichen Massnahmen auf die neuesten Normwerte angepasst. Dies erachten wir als sehr sinnvoll und wichtig. Bei den Investitionen gibt es zwei Projektierungen, die eine im Sportplatz, die andere beim Festhüttengelände (Stadthalle 2021). Wir sind erstaunt, dass nun an beiden Standorten ein wenig geplant wird. Wir wünschen uns eine Gesamtansicht der Sport- und Freizeitanlagen. Dem Gemeinderat wurde eine solche noch nie vorgelegt. Bevor detailliertere Planungen erstellt werden, muss zuerst die Vollansicht der nächsten 20-40 Jahre geplant werden. Dafür braucht es keinen grossen Planungskredit. Dies kann im Haus intern unter Beizug von allfälligen Experten erledigt werden. Es sind aber auch Überlegungen im Gang, dafür eine Motion einzureichen. Unsere Fraktion wird auch einen Antrag stellen, bei der Machbarkeitsstudie Stadthalle 2021 den Kredit zu senken.

Departement IV

Wir werden bei der materiellen Beratung einen Antrag stellen bei der Entlastung der Amtsleitung Alter und Gesundheit.

Departement V

Auch in diesem Departement werden wir einen Antrag stellen, dies wie schon einleitend erwähnt beim Posten Verein Bibliotheken der Kulturen. Weiter werden wir uns bei den Asylkosten noch zu Wort melden. Bei den Kosten für Asylbewerber und Flüchtlinge, vorläufig Aufgenommene möchte unsere Fraktion einen besseren Geldfluss sehen und verstehen und fordert eine detaillierte Zusammenstellung von Einnahmen und Ausgaben.

Bei der Pumptrackanlage gibt es noch einige offene Fragen, wer für den Betrieb und den Unterhalt zuständig ist.

Werkbetriebe:

Die Werkbetriebe machen wie jedes Jahr seriöse Arbeit. Man kann gespannt sein, wie sie die neuen Herausforderungen im Energiemarkt/Gasmarkt in Zukunft meistern werden. Wir denken auch, dass wir ab dem nächsten Jahr eine detailliertere Budgetierung erhalten, was wir als sinnvoll erachten. Wir sind auch gespannt, wie sich die neue Abteilung Fernwärme weiterentwickelt.

Alterszentren:

Es scheint, dass sich die neue Leitung sehr intensiv mit den Kosten auseinandersetzt und versucht, diese ständig zu optimieren.

Ein kleines Fazit: Die Stadt arbeitet grösstenteils gut. Dazu ist es uns aber wichtig, dass die Stadt ihr Geld in der Region investiert oder Firmen aus der Region anstellt, das Geld wenn möglich in der Schweiz ausgibt. Wir sind auch der Ansicht, dass in der Finanzpolitik sowie in der Liegenschafts- und Investitionsstrategie keine klaren Strategien vorhanden sind. Dies ist die Hauptaufgabe des Stadtrats und nicht von Planungsbüros.

Gemeinderat Philipp Geuggis (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Wir haben das Budget 2018 eingehend diskutiert und mussten leider feststellen, dass die vermeintliche Freude über einen geplanten positiven Abschluss mit Blick in die nähere Zukunft arg getrübt wird. Die Stadt Frauenfeld hat in der laufenden Rechnung ein strukturelles Defizit und wir können bis jetzt zu wenig konkrete Massnahmen des Stadtrats erkennen, welche dem entgegenwirken. Ein erster Schritt in die richtige Richtung sehen wir in der erstmals verfügbaren Übersicht über gebundene und ungebundene Ausgaben. Diese gibt konkrete Anhaltspunkte, wo Leistungen und damit auch Kosten reduziert werden können. Wir haben erfreut zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat erkannt hat, dass dringend Handlungsbedarf besteht, und erwarten gespannt den an-

gekündigten Massnahmenplan, um dieses strukturelle Defizit zu beseitigen. Eine Erhöhung des Steuerfusses aufgrund eines Defizits aus der laufenden Rechnung lehnen wir klar ab. Die Deckelung der Nettoinvestitionen auf 12 Mio. Franken pro Jahr, welche der Stadtrat sich selber vorgegeben hat, erachten wir als sehr sinnvoll. Da die meisten Investitionen Folgekosten während der Nutzungsdauer generieren, ist es grundsätzlich wichtig, diese klar darzulegen und gerade bei Investitionen in neue Objekte und Projekte die Auswirkungen auf die laufende Rechnung zu berücksichtigen.

Wir alle wissen, dass wir uns damit schwertun, auf etwas zu verzichten, woran wir uns gewöhnt haben. So verhält es sich auch mit Leistungen der Stadt. Wenn die Stadt einmal eine Aufgabe übernommen hat, ist es nur sehr schwer möglich, diese wieder abzugeben, weil schnell ein grosser Widerstand von den Bezüglern dieser Leistung aufgebaut wird. Selbstverständlich ist es trotzdem unabdingbar, dass die Stadt ihr Leistungsangebot immer wieder hinterfragt und Aufgaben ohne gesetzlichen Auftrag möglichst wieder abgibt. Noch viel wichtiger ist aber, dass die Stadt keine zusätzlichen Aufgaben übernimmt, zu denen sie nicht verpflichtet ist. So stellen wir zum Beispiel im Departement Alter und Gesundheit fest, dass eine Vielzahl an Projekten realisiert wird, welche teilweise durch Kostenbeteiligungen von Dritten nur geringe Kosten verursachen, nach Projektabschluss aber laufende Kosten für die Stadt hinterlassen. Wir erwarten, dass Projekte und Leistungen, für die kein gesetzlicher Auftrag an die Stadt besteht, auf privater Basis realisiert und erbracht werden. Eine befristete Anschubfinanzierung einer Idee durch die Stadt kann durchaus sinnvoll sein, es ist aber immer äusserst wichtig, dass nicht bereits bestehende Angebote von Vereinen oder privaten Organisationen durch die Stadt konkurrenziert werden.

Die Blätter zu den Projekten fürs Alter im Budgetordner sind leider nicht sehr detailliert und es ist kaum nachzuvollziehen, was in welchem Projekt genau gemacht und abgerechnet wurde. Wir erwarten, dass in Zukunft transparent und verständlich aufgezeigt wird, welche Mittelflüsse im Rahmen eines Projekts stattfinden. Wir sind der Ansicht, dass im Amt für Alter und Gesundheit ein gewisser Aktionismus ausgebrochen ist und möglichst viele Projekte gestartet werden. Weil wir dies nicht begrüssen, stehen wir der neuen budgetierten Temporärstelle sehr kritisch gegenüber.

Obwohl die FDP grundsätzlich gegen einen Ausbau des Personalbestands der Stadt ist, erachten wir die zusätzliche Stelle im Amt für Soziale Dienste als sinnvoll, weil eine intensivere Betreuung der Klienten dazu beiträgt, diese schneller wieder unabhängig zu machen und dadurch die Kosten zu reduzieren.

Die finanzielle Unterstützung des Vereins Bibliothek der Kulturen wurde in unserer Fraktion kontrovers diskutiert. Besondere Bedenken wurden bezüglich einer Signalwirkung an andere Vereine geäussert. Warum dieser Verein bei personellen Engpässen durch die Stadt unterstützt werden soll, wurde kritisch hinterfragt. Ein Teil unserer Fraktion ist der Ansicht, dass diese Budgetposition eingehend zu prüfen ist.

Die Integration der Sprachspielgruppe in die Stadt wurde nicht grundsätzlich infrage gestellt, allerdings war nicht nachvollziehbar, warum diese zusätzliche Stelle nicht im Stellenplan in Register 9 aufgeführt wurde.

Im Bereich Bau und Verkehr begrüsst die Fraktion FDP die Anpassungen, welche die GPK Bau, Werke, Anlagen im Vergleich zum Antrag des Stadtrats vorgenommen hat. Insbesondere der Marschhalt bezüglich Freie Strasse, aber auch die Verlängerung der Nutzungsdauer von Strassen erhält trotz daraus resultierenden tieferen Ausbaustandard unsere volle Zustimmung.

Bei den Freizeitanlagen sehen wir, dass grosse Investitionen auf die Stadt zukommen. Wir fordern ein langfristiges Investitions- und Unterhaltskonzept, woraus hervorgeht, wann welche Kosten und Investitionen zu erwarten sind. Dafür ist der Finanzplan nicht ausreichend.

Im Bereich der städtischen Liegenschaften soll ebenfalls eine entsprechende langfristige Planung vorgelegt werden. Ohne diese Fakten ist es für den Gemeinderat kaum abschätzbar, wann welche Kosten und Investitionen anfallen werden.

Das Budget der Werkbetriebe ist vergleichbar mit dem Vorjahr. Die Fraktion FDP nimmt zufrieden zur Kenntnis, dass gemäss Aussagen von Michael Gemperle Abschreibungen ab dem 1. Januar 2019 den Vorgaben des Branchenverbands in Bezug auf die Nutzungsdauer der einzelnen Anlagen angepasst werden. Warum der Stadtrat willkürlich beschlossen hat, diese Vorgaben anzupassen und die angenommene Nutzungsdauer zu halbieren, ist für uns nicht nachvollziehbar.

Zum Budget des Alterszentrums haben wir keine Bemerkungen.

Wir sind einstimmig für Eintreten und werden den Anträgen des Stadtrats resp. den Anträgen der GPKs voraussichtlich grossmehrheitlich zustimmen. Wir danken an dieser Stelle allen an der Erstellung des Budgets beteiligten Personen für ihre sorgfältige Arbeit.

Gemeinderat Fredy Marti (Mprof): Der Stadtrat legt uns ein erfreuliches Budget vor. Nach Jahren der beträchtlichen Defizite, auf die stets ein besseres Rechnungsergebnis folgte, ist ein Gewinn von über 240'000 Franken zu erwarten. Allerdings ist auch die Stadtquote weiter angestiegen. Diese Entwicklung führt dazu, dass über kurz oder lang die finanzielle Belastung der Einwohner und der Unternehmen durch die öffentliche Hand ansteigen wird. Aus diesem Grund ist im Finanzplan eine Steuerfusserhöhung um zwei Prozentpunkte für das Jahr 2019 berücksichtigt. Der Stadtrat begründet dies mit Mehrkosten, die kaum zu kompensieren seien. Zuerst darf ich den Stadtrat daran erinnern, dass er vor zwei Jahren in der Finanzplanung mit einem massiven Einbruch der Steuererträge bei den juristischen Personen gerechnet hat, dies vor allem aufgrund der Unternehmenssteuerreform III. Eine Steuerfusserhöhung im erforderlichen Umfang sei zu planen, sobald das Defizit rund 2 Mio. Franken übersteige. Wie wir wissen, wurde die Unternehmenssteuerreform III abgelehnt und ich sehe in den kommenden Jahren keine Defizite in der Grössenordnung von 2 Mio. Franken oder mehr auf uns zukommen. Und zwar ganz einfach deshalb nicht, weil wir in unserem Rat das verhindern können. Und nun also ein grosses Plus für 2018.

Es ist mir schon klar, aus der geplanten Veräusserung eines Grundstücks könnte sich ein Gewinn von rund 2.9 Mio. Franken ergeben. Diese frohen Erwartungen färben die Zahlen schwarz, so der treffende Titel, den die Thurgauer Zeitung über ihre Budgetberichterstattung setzte. Nun, ich bin mir sicher, auch ohne den vorgesehenen Landverkauf könnten wir heute ein positives Budget verabschieden. Die sprichwörtliche Zitrone ist noch längst nicht ausgepresst. Wir haben in den vergangenen Jahren über unsere Verhältnisse gelebt.

Das Budget 2018 ist grossenteils eine Fortschreibung von Zahlen der Vorjahre, welche die Stadt Frauenfeld in eine schiefe Finanzlage bringen werden. Der Stadtrat hat zu neuen, kostenwirksamen Aufgaben ja gesagt, zum Beispiel in der Stadtentwicklung, im Kulturwesen, im Stadtmarketing oder zur Belebung der Innenstadt. Am schlimmsten sind die Verkehrsplanungen für die Stadtentlastung, vor allem die oberirdischen, die ganze Quartiere verschandeln würden und bei der Bevölkerung gar nicht gut ankommen. Es ist insgesamt keine Trendwende zum Sparen er-

kennbar ausser tiefere Investitionskosten nach dem Motto aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Und eine Überprüfung des Personalbestands bleibt ein frommer Wunsch. Die Stadt Frauenfeld muss aber mittelfristig Personal abbauen. Und zwar nicht durch Entlassungen, sondern durch natürliche Abgänge wie Pensionierungen und Kündigungen. Glauben Sie mir, auch eine abgepeckte Verwaltung wird ihre Aufgaben erfüllen und die erforderlichen Leistungen erbringen können. Schliesslich müssen wir in den kommenden Jahren auf jeglichen Wunschbedarf verzichten.

Das Mobilitätskonzept 2030, insbesondere die sieben Stadtentlastungen, ist eine reine Kostenschleuder. Die Strassensanierungen müssen auf einen tieferen Ausbaustandard zurückgefahren werden. Und die S-Bahn-Haltestelle Langdorf gehört für mich ebenso zu den nebulösen Projekten wie eine neue Stadthalle.

Ich werde mich in der materiellen Beratung auf ein paar wenige Sparanträge beschränken, genauer gesagt auf zwei. Dies im Wissen, dass der Gemeinderat in der Budgetdebatte fast immer dem Stadtrat folgt und damit eine Verschlechterung der Finanzlage mitverantwortet.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Vielen Dank für die mehrheitlich wohlwollende Aufnahme und die konstruktiv kritischen Anregungen zu unserem Voranschlag. Ich nehme die Anregungen gerne so mit. Die Anregungen aus der GPK, die das Nettovermögen betreffen, die Vorfinanzierungen, die wir ja geändert haben, die Abschreibungspraxis, die wir anschauen müssen sowie die Fragen zum strukturellen Defizit – ein Wort, dass wir mindestens besser definieren müssen oder aber vermeiden. Dann nehme ich auch gern die Vorschläge und Anregungen betreffend der Projektauflistungen mit, grössere Transparenz bei Fortführung der Auflistung aus verschiedenen Fraktionen. Ich nehme auch die Anregungen mit bezüglich Aus- und Weiterbildung, hier wurde von einer Fraktion dem Stadtrat grünes Licht gegeben, auch mal zu überziehen, dann aber zu begründen. Wir bewilligen Aus- und Weiterbildungen natürlich immer im Rahmen des Notwendigen und werden diesbezüglich immer auch mit Bedacht und Augenmass vorgehen. Es gibt auch Anregungen bezüglich der Weihnachtsbeleuchtung, bezüglich der Prüfung von Beiträgen bis hin zu einer Streichung auf ein generelles Mass. Dann die Transparenz bezüglich Projekten, das habe ich genannt. Ich möchte auf vier Punkte, die Sie genannt haben, noch separat eingehen.

1. Aussagen zum Nettovermögen: Eine erste vorläufige Aussage, weil das nicht im Stadtrat abgesprochen ist. Aber es gibt seitens Kanton eine Grössenordnung. Man spricht bei der Nettoschuld von einer tiefen Nettoschuld, wenn sie kleiner als 1'000 Franken pro Einwohner ist, das wären also bei Frauenfeld 25 Mio. Franken, von einer mittleren Nettoschuld, wenn sie kleiner als 3'000 Franken ist, also zwischen 25 Mio. Franken und 75 Mio. Franken, und hoch ist sie dann bei über 3'000 Franken pro Einwohner, also ab 75 Mio. Franken. Wir haben das wie gesagt im Stadtrat nicht diskutiert, ob wir uns auf eine tiefe, mittlere oder hohe einigen wollen. Tendenziell werden wir eher Richtung tief gehen, wenn überhaupt. Das wird zu diskutieren sein.
2. Aussage bezüglich Verknüpfung mit dem Schulsteuerfuss: Insofern gibt es seitens Stadtrat in der Botschaft auch eine Aussage, nämlich dass er immer den gesamten Steuerfuss in Betracht zieht. Das heisst aber nicht, dass wir die Schule in irgendeiner Art und Weise dazu drängen würden, mit dem Steuerfuss irgendwelche Spielchen zu machen, sondern wir betrachten den Gesamtsteuerfuss und schauen, was dies allenfalls ermöglicht. Die Schulgemeinde, Sie haben das vielleicht mitbekommen, spricht für 2019 von einer Reduktion von 2 %. Das könnte dann ein Spielraum sein für den Fall, dass wir im Investitionsbereich grössere

Investitionen sehen und wir haben ja solche in der Pipeline, dass wir sagen, das ist der Spielraum, den wir seitens der Stadt hätten. Das sind solche Überlegungen, die wir in diesem Zusammenhang machen. Auch da ist aber noch nicht das letzte Wort gesprochen, aber deshalb gibt es eine gewisse Verknüpfung, aber ohne Druckausübung in die eine oder andere Richtung.

3. Aussagen bezüglich Planung von Sport- und Freizeitanlagen, Liegenschaftsstrategie usw.: Ich habe das in der Fragestunde auf eine entsprechende Frage hin bereits gesagt. Der Stadtrat wird eine Liegenschaftsstrategie erarbeiten in den Jahren 2018 und 2019 und auch ein Sport- und Freizeitanlagenkonzept. Das sind grössere Projekte, die anstehen, die wir angehen müssen, da sind wir uns einig. Es ist aber allerdings auch etwas, was man nicht einfach aus dem Ärmel schütteln kann. Da gibt es einige Zusammenhänge und Abhängigkeiten, die mitbedacht sein müssen.
4. Zur Aussage, man kann den Personalbestand reduzieren und die Leistungen aufrechterhalten: Leistungen schon, aber nicht mehr im selben Mass. Auch das muss klar gesagt sein. Wenn es beim Personalbestand eine Reduktion gibt, wird dies auch mit einem Leistungsabbau einhergehen. Das geht so nicht, dass man einfach sagen kann, die wenigen Personen müssen dann das viele, das bisher getan wurde, weiterhin gleich machen. Da laufen wir dann eben genau in solche Geschichten hinein, wie wir sie beim Sozialamt hatten, wo wir ja, wie Sie gesehen haben, gerade noch rechtzeitig die wichtigen Korrekturen gemacht haben.

Aber insgesamt eine wohlwollende Würdigung Ihrerseits. Ich danke Ihnen vielmals. Auch danke ich sämtlichen Helferlein, die angesprochen wurden, auch seitens Stadtrat.

Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer (CVP): Aus den Voten entnehme ich, dass das Eintreten unbestritten ist. Bevor wir uns mit den einzelnen Departementen befassen, kommen wir nun zu den Voten, die grundsätzliche oder zusammenfassende Meinungen enthalten ohne Antrag zu einem Konto bzw. einer Kontogruppe.

Gemeinderat Michael Hodel (EVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Ich habe festgestellt, dass die meisten Sprecher in der Eintretensdebatte bereits sehr viel Materielles gebracht haben. Ich lasse es mir jetzt nicht nehmen, in der materiellen Beratung trotzdem noch ein Votum zu halten.

Inhaltlich haben wir in der Fraktion CVP/EVP das Budget diskutiert, haben auch viele der in den GPKs aufgeworfenen Themen aufgegriffen und debattiert. Die Erfolgsrechnung lieferte dabei weniger Diskussionsstoff, als dies bei den Investitionen der Fall war.

Im Teil Erfolgsrechnung begrüssen wir, dass die verschiedenen Labels, welche die Stadt über die Jahre gesammelt hat und weiter pflegt, im Auftrag der GPK überprüft werden sollen. Es soll nur gefördert und unterhalten werden, was einen Mehrwert generiert.

In Bezug auf die Weihnachtsbeleuchtung befürworten wir den Ausbau der künstlerisch wertvollen und ansprechenden Projektionen. Dies darf aus unserer Sicht auch etwas kosten.

Die von der GPK Gesellschaft und Gesundheit vorgeschlagenen Umlagerungen im Bereich AWIQ können wir bejahen, es kam allerdings die Frage auf, ob diese wirklich notwendig gewesen wären.

Im Bereich Investitionen gab natürlich vor allem die Freie Strasse zu diskutieren. Eine Mehrheit unserer Fraktion teilt die Meinung der Mehrheit der GPK, welche den Kredit gestrichen hat. Da die Strasse in gutem Zustand ist, ist die Ansicht, dass eine Begegnungszone auch ohne tief greifende bauliche Massnahmen umgesetzt werden kann. Unsere Fraktion wäre auch für eine Fussgängerzone offen, wenn dies mit flankierenden Massnahmen für den MIV einhergeht.

Stichwort attraktive, frauenfreundliche Parkiermöglichkeit im Zentrum und Stadtentlastung: Ein weiterer umfangreicher Ausbau der Begegnungszone kann aus Sicht der Mehrheit unserer Fraktion nur Hand in Hand mit diesen Massnahmen umgesetzt werden, wofür es jetzt noch zu früh ist. Wie erwähnt gehen die Meinungen in unserer Fraktion auseinander, aber die Mehrheit wird sich für die Variante der GPK und damit gegen eine kostenintensive Umgestaltung aussprechen.

Die geplante Pumtrackanlage wurde ebenfalls diskutiert. Meine eigenen Kinder werden sicher zu den Nutzniessern dieses Angebots gehören. Das Angebot stösst in unserer Fraktion nicht bei allen auf Begeisterung, ist aber insgesamt unumstritten. Der gewählte Standort warf Fragen auf, da er abgelegen und mit einer gewissen Gefahr der Szenenbildung verbunden ist. Wir gehen aber davon aus, dass der Platz kontrolliert und die Sicherheit auch für kleine Kinder gewährleistet wird. Wünschenswert wäre aus unserer Sicht, wenn ein Verein als Trägerschaft hinter dem Projekt stehen würde und so der Betrieb auch längerfristig ohne grossen Aufwand für die Stadt gewährleistet ist.

Unsere Fraktion stimmt den Anträgen zu und nimmt den Finanzplan zur Kenntnis. Angekündigte und gegebenenfalls zusätzliche Anträge werden wir individuell beurteilen und unabhängig vom allgemeinen Ja zu den Anträgen befürworten oder ablehnen.

Gemeinderat Christian Mader (EDU), Referent im eigenen Namen: Ich spreche zu einem Papier, welches wir gestern erhalten haben. Es betrifft das Amt für Gesellschaft und Integration. Wir haben das Papier 44 Seiten kinderfreundliche Gemeinde, Massnahmenplan 2017-2021 erhalten. Ich denke, das gehört jetzt hier an diesen Platz. Ich kritisiere nicht das Label, nicht die Kinder, nicht den gesamten Inhalt dieses Papiers, aber was mich schon erstaunt, dass einen Tag vor der Budgetdebatte, wo wir den Finanzplan bis 2021 beraten, ein Papier ins Haus oder ins Mail fliegt, das im Mai vom Stadtrat genehmigt wurde, von der Schule zur Kenntnis genommen auch im Mai. Das finde ich äusserst ungeschickt. Ich habe es gestern Abend noch kurz überflogen und was mich gestört hat, es sind drei oder vier Massnahmen enthalten, zum Beispiel Smart Mobility, Ausbau Radweg, Aufwertung Innenstadt, die sind erarbeitet oder in der Erarbeitung. Ich möchte nicht, dass hier Doppelspurigkeiten entstehen, dass wir Zeugs auf verschiedenen Ebenen bearbeiten. Wenn wir die Stunden und die Löhne zusammenzählen, die diese Papiere und all das Doppelspurige ergeben, ist das horrend. Und wenn wir hören, dass die linke Seite Steuerfüsse anheben will, dass andere finden, man könnte sparen, dann müssen wir schon anpassen, dass wir betriebswirtschaftlich schlau vorgehen. Und da sehe ich ein Problem. Dazu kommt, dass wir es als Gemeinderat nur zur Kenntnis nehmen können, aber wir müssen ja der Exekutive auf die Finger schauen. Ich finde es wirklich ungeschickt, dass das so gelaufen ist. Nochmals gesagt, ich kritisiere nicht den Inhalt, aber die Art und Weise, wie wir das jetzt ins Haus bekommen haben.

Stadträtin Christa Thorner (SP): Gern nehme ich kurz Bezug auf dieses Votum vom Gemeinderat Mader zum Massnahmenplan der Rezertifizierung kinderfreundliche Gemeinde. Es ist so, dass der Massnahmenplan aufgrund eines längeren Prozesses in der Stadt entstanden ist. Basierend auf Legislaturzielen, basierend auf dem Tun der Jahresplanung in der Verwaltung. Ich kann Gemeinderat Mader verstehen, wenn er dieses Mail nicht in den Zusammenhang setzen kann,

weil nämlich dieses Ansinnen aus einer Fraktion kam, die verhindert war, an dieser Rezertifizierung teilzunehmen. Es war Gemeinderat Christoph Keller, der darum gebeten hat, dass den Mitglieder des Gemeinderats, welche an diesem Anlass vom 23. November nicht teilnehmen konnten, dieser Massnahmenplan zur Kenntnis gegeben wird. Es ist so, dass an diesem Anlass die offizielle Rezertifizierung stattgefunden hat. Besondere Zielgruppe waren da die Partnerinnen und Partner der Kinder- und Familienorganisationen der Stadt. Wir wollten diese Veranstaltung aber auch öffentlich machen für den Gemeinderat, für diejenigen, die Zeit hatten zu kommen. Weil das aber nur drei Mitglieder des Gemeinderats waren, haben wir uns entschieden, diesen Massnahmenplan allen zur Verfügung zu stellen. Nicht in gedruckter Form, sondern per Mail. Darum wurde das auf Bitte hin getan.

Zur materiellen Sorge, dass hier Parallelen passieren könnten: Nein, das darf nicht sein. Wir sammeln in diesem Massnahmenplan Ergebnisse, aber auch Vorkommnisse, die bereits am Laufen sind. Also Projekte, die am Laufen sind. Aber auch geplante Projekte, die Sie im Budgetprozess genehmigen müssen. Es ist also nicht so, dass wir zusätzlich zu dem, was läuft, an Ihnen vorbei noch Massnahmen planen. Insofern können Sie auch beim Regio Veloweg sehen, dass der sowieso geplant ist und im Prozess abläuft, aber unter diesem Massnahmenplan wieder aufgeführt ist. Die Zielsetzung dieses Plans ist, alles zu sammeln, was im Sinn der Kinder- und Jugendfreundlichkeit und Familienfreundlichkeit in der Stadt gemacht wird. Es ist also eine Ausleageordnung dessen, was schon läuft und was geplant wird und worüber Sie dann noch entscheiden können, wenn es budgetrelevant wird wie heute beim Pumptrack.

Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer (CVP): Somit kommen wir zum Kern der Beratung. Wir werden nun die Departemente blockweise durchberaten. Wir besprechen als erstes die Erfolgsrechnung in Register 3, danach die Investitionsrechnung in Register 2. Ich bitte Sie, mir Einzelanträge zu den einzelnen Konten schriftlich abzugeben.

Departement I für Finanzen, Stadtentwicklung, Zentrales

Gemeinderätin Félicie Haueter (SP/GWB/Juso), Referentin im Namen der GPK Finanzen und Administration: In der materiellen Beratung zum Budget 2018 gab es neben vielen Einzelfragen zur Klärung einzelne wenige Themen, die vertieft diskutiert wurden. Zum einen wurde bei den Mitgliedschaften der Stadt genau nachgefragt mit Fokus darauf, ob diese von der Stadt überprüft wurden und ob es nicht zum Teil Überschneidungen gibt. Dies kann in der vorliegenden Liste der Mitgliedschaften nur schwer selber überprüft werden, da wir nicht wissen, was genau hinter welcher Mitgliedschaft steckt. Andere Stimmen aus der GPK hingegen betonten die Wichtigkeit der Vernetzung und dass der dadurch entstehende Wissensprofit nur schwer in Zahlen dargestellt werden kann. Vonseiten der Stadt wurde uns versichert, dass das Thema der Mitgliedschaften ein Fokus beim Budget 2019 sein wird, da bis dann mehrere Jahre Erfahrung mit HRM2 vorliegen und somit eine vertiefte Analyse möglich wird.

Ein zweites grösseres Thema war das Amt für Informatik, bei dem bei einer Mehrheit der Kostenpunkte nachgefragt wurde, was sich dahinter genau verbirgt. Bei der Frage, ob es nicht Sinn machen würde, die Informatikkosten gemäss dem Verbraucherprinzip auf die einzelnen Ämter zu verteilen, stellte sich heraus, dass dieser Aufwand unverhältnismässig hoch wäre. Des Weiteren wurde genau nachgefragt, wie über neue Anschaffungen in der Informatik bestimmt wird. Das ist je nachdem, wie gross die Anschaffung ist.

In der Erfolgsrechnung wurde weiter bei vielen kleinen Posten zur Klärung kurz nachgefragt, jedoch ohne grössere Diskussionen.

Bezüglich der Projekte des Departements I (gelbe Seiten in Register 1) gaben zwei Themen Anlass zu einer vertieften Diskussion. Zum einen die Weihnachtsbeleuchtung auf Seite 3. Das Projekt wurde darauf ausgelegt, nicht alles auf einmal zu realisieren, sondern mit einem Fokus auf die Innenstadt zu beginnen und diesen über die nächsten Jahre modular zu erweitern. Wie im Budget ersichtlich, ist für 2018 der nächste Ausbauschritt geplant. Es wurde diskutiert, ob diese nächsten Ausbauschritte nicht auch auf Eis gelegt werden könnten, um erst zu einem späteren Zeitpunkt realisiert zu werden. Dazu ist zu sagen, dass im Rahmen des jetzigen Budgetpostens auch der Auf- und Abbau der bestehenden Weihnachtsbeleuchtung inbegriffen ist. Eine Streichung des ganzen Betrags würde also bedeuten, dass auch die schon bestehende Beleuchtung nicht mehr installiert wird. In der GPK gingen die Meinungen auseinander. Während die einen die Beleuchtung als nice to have ansahen, betonten andere die positive Aussenwirkung. Der Antrag, den für das Jahr 2018 den geplanten Ausbauschritt der Weihnachtsbeleuchtung zu streichen, wurde mit 4 Nein- zu 3 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Ein nächster Diskussionspunkt war die Attraktivierung der Begegnungszone auf Seite 11. Es wurde genau nachgefragt, was in den 50'000 Franken genau enthalten ist, da dies durch die vorliegende Beschreibung nicht klar wurde. Das wurde uns erklärt, ebenso wurde beim Posten der 30'000 Franken für das externe Monitoring genau nachgefragt, warum dieses notwendig sei. Die Antwort war, dass dadurch in der Auswertung auch eine Aussensicht vorliegen würde.

Bezüglich der weiteren Traktanden zum Budget wurde im Sinn der allgemeinen Budgetgenauigkeit die pauschale Korrektur von 200'000 Franken bei den Personalausgaben begrüsst. Zum Thema Stellenplan wurde die aktuelle Aufstellung gewürdigt mit dem Wunsch der GPK, dass diese Darstellung in den nächsten Jahren kontinuierlich weitergeführt wird, um mit den Vorjahren vergleichen zu können.

Konto 1310.3636.01 Beiträge Kultur

Gemeinderat Fredy Marti (MproF): Wieder ist hier der Aufwand um fast 7 % angestiegen. Natürlich ist grösstenteils der Beitrag von 14'000 Franken an das alle zwei Jahre stattfindende Jazzfestival Generations für dieses Wachstum verantwortlich. Aber es handelt sich bei diesem Musikevent in erster Linie um einen kommerziellen Anlass, den die Stadt überaus grosszügig unterstützt. Ich frage mich, würden 30'000 Franken nicht auch genügen? Viele Kulturbeiträge wurden in den vergangenen zehn Jahren schleichend erhöht. Ich frage mich zum Beispiel ernsthaft, warum der städtische Beitrag von 35'000 Franken an das Jugendkulturzentrum KAFF, der Anfang der 2000er-Jahre noch angemessen war, nun jedes Jahr sakrosankt ist. Etwas weniger, gerade in Zeiten der angespannten Stadtfinanzen, würde niemandem schaden. Übrigens auch der Kultur im Eisenwerk nicht, die mit satten 120'000 Franken von den Steuerzahlenden alimentiert wird. Deshalb beantrage ich eine Kürzung der Kulturbeiträge um rund 20 % von 644'500 Franken auf insgesamt 500'000 Franken. Es sei dem Stadtrat überlassen, bei welchen Beiträgen er kleinere oder grössere Einsparungen vornimmt.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Gern nehme ich kurz dazu Stellung. Sie sehen, dass das Budget 644'500 Franken enthält, Gemeinderat Fredy Marti erklärt uns auch, weshalb es um 40'000 Franken höher ist, wegen des Jazzfestivals, das alle zwei Jahre stattfindet. Er moniert die hohen Kosten für die Kultur, die man aus seiner Sicht auch kürzen könnte.

Angesichts von Vergleichen mit anderen Städten in ähnlicher Grössenordnung darf ich aber behaupten, dass Frauenfeld nicht über ein exorbitantes, auch nicht über ein hohes Kulturbudget

verfügt, sondern über ein relativ moderates, wenn nicht sogar eher ein kleines. Nicht zuletzt deshalb, weil es in anderen Städten Institutionen gibt, die von der Stadt selber betrieben werden wie verschiedene grössere Gebäude oder ähnliche Geschichten, das ist bei uns ja nicht der Fall, weil der Kanton hier zum Beispiel relativ stark vertreten ist mit seinen Museen. Deshalb sind wir zum Beispiel auch beim Historischen Museum so daran interessiert, dass es in Frauenfeld bleibt.

Also insgesamt gibt die Stadt relativ wenig für die Kultur aus, verfügt über ein sehr gutes Kulturkonzept, auch personell sind wir im Amt für Kultur schlank aufgestellt mit einem Amtschef und einem Angestellten – beide in Teilzeit im Übrigen. Wir haben trotzdem ein sehr reichhaltiges Angebot in der Stadt. Der Tag der Kultur hat das sehr schön dargestellt. Ich würde behaupten, wir investieren hier die richtige Menge auf die richtige Art und Weise und möchte deshalb beliebt machen, diesen Beitrag nicht zu kürzen.

Abstimmung

Der Antrag von Gemeinderat Fredy Marti, die Beiträge für die Kultur um rund 20 % von 644'500 Franken auf 500'000 Franken zu kürzen, wird mit 4 Ja-Stimmen gegen 29 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt.

Konto 1412.3130.00 Dienstleistungen Dritter (diverse)

Gemeinderat Fredy Marti (MproF): Es weihnachtet in unserer schönen Stadt. Lichterspiele von Kamelen und Königen an zahlreiche Fassaden projiziert erfreuen die Gemüter oder lassen die Kunstbanausen ratlos hirnlos, was das soll. Mir ist aufgefallen, dass in diesem Jahr zwar mehr Häuser angestrahlt werden, aber die Innenstadt und die Vorstadt trotzdem merkwürdig dunkel wirken. Es will dort so gar keine Adventsstimmung aufkommen. Hoffen wir also auf den grössten Weihnachtsmarkt der Ostschweiz, der unsere Herzen ab übermorgen Freitag höher schlagen lässt. Die budgetierten 65'000 Franken für strategisch wichtige Projekte wie die Weihnachtsbeleuchtung und die Kommunikation Stadtentwicklung im Internet scheinen mir zu hoch gegriffen. Ich beantrage deshalb eine Kürzung auf 30'000 Franken in diesem Budgetposten.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Ich mache Ihnen natürlich beliebt, dass Sie diesen Betrag nicht kürzen. An sich hat Gemeinderat Fredy Marti das Argument selber geliefert. Ein Teil dieser Beträge ist nämlich dazu bestimmt, die Weihnachtsbeleuchtung aufzuhängen. Wenn man sie nicht aufhängt, wird es noch dunkler. Mit anderen Worten: Nur schon aus diesem Grund müsste man sagen, man müsste den Betrag vielleicht sogar verdoppeln, dann wird es heller. Aber ich gehe davon aus, dass Sie mit mir einiggehen, dass die Weihnachtsbeleuchtung, die wir haben, auch nächsten Advent wieder aufgehängt werden soll und dazu ist dieser Betrag unter anderem eingesetzt.

Gemeinderat Andreas Elliker (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Ich habe bei unserem Fraktionsvotum die Frage an den Stadtrat gestellt, ob es für die Weihnachtsbeleuchtung gesamthaft eine Botschaft gibt. Ich hätte hierzu gern eine Antwort.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Ich habe das als Anregung aufgenommen, habe es aufgeschrieben und werde diese Frage, die Sie gestellt haben, prüfen. Es ist abhängig davon, ob man die einzelnen Beträge hier als ein Gesamtprojekt anschaut oder nicht und das werden wir genau prüfen müssen. Vielen Dank für den Hinweis. Die Idee war mir selber so noch nicht gekommen, aber es könnte durchaus etwas daran sein. Ich kann es Ihnen aber jetzt noch nicht sagen, da wir es noch prüfen müssen. Es ist eine Frage, wie wir die Kosten für Investition und

Betrieb klassifizieren. Bisher ging ja das Aufhängen der Weihnachtsbeleuchtung in früheren Jahren einfach so mit. Das war ein Teil, den man im Rahmen der öffentlichen Beleuchtung einfach so gemacht hat. Seit zwei Jahren wird es nun verrechnet und man macht aus Transparenzgründen auch berechtigt diese Aufstellung. Dies hat natürlich ein bisschen verändert, wie es sich im Budget darstellt. Deshalb hat man bisher daran nicht gedacht, aber es könnte sein, dass wir etwas in diese Richtung machen müssen.

Gemeinderat Peter Hausammann (CH): Ich erlaube mir hier, nach dem Votum des Stadtpräsidenten ausnahmsweise noch etwas zu sagen. Es müsste zwar nicht ausnahmsweise sein, das sollte eigentlich normalerweise möglich sein, da ist auch niemand betupft. Aber es ist jetzt doch noch nötig. Ich möchte dem Votum von Andreas Elliker Nachdruck verleihen und den Stadtrat bitten, dieses nicht nur ernsthaft zu prüfen, sondern umzusetzen. Es geht hier um einen Kredit und bei einem Kredit haben wir eine Materie, früher sagte man dem Einheit. Es heisst einfach, man muss da zusammenzählen, was zusammengehört. Man darf nur das nicht zusammen tun, was nicht zusammengehört. Da gibt es eine sachliche Komponente und eine zeitliche Komponente. Wenn wir nun die Weihnachtsbeleuchtung anschauen, so ist dies jetzt die dritte. Das heisst, wir haben das vor drei Jahren begonnen, da kann man doch nicht ernsthaft sagen, es sei nicht ein Projekt. Damals hat man gesagt, wir machen ein Projekt, wir machen eine superschöne Weihnachtsbeleuchtung. Einschub: Ich bin auch sehr für diese Weihnachtsbeleuchtung, ich werde mich gegen jeden Antrag wehren, der das gestrichen haben will. Aber es geht hier darum, dass man es korrekt macht und dem Organ, das es bewilligen muss, und das wäre der Gemeinderat, insgesamt und von Anfang an sagt, was man wirklich will und was zusammengehört. Dann sagt man, wir machen jetzt etwas und man sagt nicht, wir machen etwas für ein Jahr und nachher kann man alles wieder wegräumen, oder wir machen es für zwei Jahre und dann kann man alles wieder wegräumen. Denn dann würden wir ja auch nicht ja sagen, dass wir Geld aufwerfen, am Anfang sogar grosse Konzeptkosten haben, wenn man weiss, nach einem Jahr ist es wieder weg. Und man kommt auch in einen gewissen Zugzwang hinein. Wenn ich das gelbe Blatt anschau, das wir in unserer GPK auch diskutiert haben, geht es mittlerweile hier bereits bis 2022, da sind wir bei einer Grössenordnung von 7-8 Jahren. Selbst wenn man es etappiert, ist es kein Grund zu sagen, das gehört nicht zusammen. Für mich ist das ganz klar ein Projekt. Man kann vielleicht sagen, einmal ein bisschen weniger oder einmal ein bisschen mehr, das schon. Aber insgesamt ist es sicher von Anfang an ein Projekt, das über dieser 300'000er-Schwelle war.

Abstimmung

Der Antrag von Gemeinderat Fredy Marti (MproF), den Betrag in diesem Budgetposten auf 30'000 Franken zu kürzen, wird mit 2 Ja-Stimmen gegen 37 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Departement II für Bau und Verkehr

Gemeinderat Michael Lerch (FDP), Referent im Namen der GPK Bau, Werke, Anlagen: Die GPK hat das Budget des Departements II für Bau und Verkehr eingehend beraten. Gegenüber dem Budget 2017 ergibt sich eine Erhöhung des Aufwands von gut 240'000 Franken bei totalen Ausgaben von 11.2 Mio. Franken. Die Erträge nehmen gegenüber dem Budget 2017 um rund 21'000 Franken zu. Stellenmässig gibt es beim Departement II keine Veränderung. In der GPK wurden folgende Positionen näher besprochen:

Konto 2000 Departementsbezogene Aufwendungen und Erträge, Konto 3111.10 Anschaffungen Fahrzeuge: Im Budget 2017 wurde ein Fahrzeug von 15'000 Franken genehmigt. Für diesen Betrag konnte jedoch kein gewünschtes Fahrzeug beschafft werden. Daher wurde diese Position in diesem Jahr nochmals im Budget mit 25'000 Franken eingestellt. Dafür soll ein Elektrofahrzeug, welches für den vorgesehenen Einsatzzweck optimal geeignet ist, angeschafft werden.

Konto 2120 Stadtplanung, Konto 3131.00 Planungen und Projektierungen Dritter: Dieser Betrag wird laut Finanzchef Reto Angehrn für eine Freiraumstudie nach Siedlungskonzept 2030 Vorarbeiten auf die Ortsplanungsrevision und Innenverdichtung kantonaler Richtplan Siedlungskonzept verwendet.

2240 Öffentlicher Verkehr, 4480.00 Vermietung Taxistandplätze Bahnhof: Es wurde die Frage aufgeworfen, ob aufgrund der grossen Nachfrage nach Taxistandplätzen am Bahnhof die Einnahmen nicht erhöht werden können. Dies wurde von Stadtrat Urs Müller verneint, und zwar aufgrund des laufenden Vertrags. Zudem werden die offiziellen Standplätze nur an Betriebe, welche einen 24-Stunden-Taxibetrieb gewährleisten, vermietet. Und hier stellt sich für viele Anbieter das grosse Problem.

Investitionsrechnung: Beim Departement II sind für 2018 Investitionen in der Höhe von 10.4 Mio. Franken geplant. 2017 waren es 15.9 Mio. Franken. Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf 8.55 Mio. Franken. In diesem Jahr hat der Stadtrat im Sinn eines Versuchs eine Praxisänderung beschlossen. Aufgrund des Umstands, dass nie alle geplanten Investitionen ausgeführt werden können, wird eine pauschale Kürzung von 20 % vorgenommen. Das Ziel ist es, dass damit die Budgetgenauigkeit erhöht wird. Verschiedene GPK-Mitglieder hatten dies in der Vergangenheit schon gefordert. Diese Personen nahmen die Praxisänderung des Stadtrats erfreut zur Kenntnis. Andererseits gab diese Änderung von einem Mitglied der GPK Kritik. Es erfolgte daraus aber kein Antrag.

Zu den Projekten:

Gelbes Planverzeichnis 5 Projektierung Freie Strasse: In der GPK wurde ein Antrag auf Streichung dieses Projektkredits über 160'000 Franken gestellt. Bei diesem Projekt geht es um die Umgestaltung der Freie-Strasse zu einer Begegnungszone. Dem Antrag stimmte die GPK mit 4 zu 3 Stimmen zu. Somit entfällt dieses Projekt aus dem Budget. Vorbehalten bleibt ein Antrag um Wiederaufnahme an der Budgetsitzung.

Gelbe Planverzeichnisse 12 und 13 Projektierung Obholzstrasse: Hier wurde in der GPK ein Antrag auf Streichung dieser beiden Projekte über total 80'000 Franken gestellt. Die Streichung wurde beantragt, da keine Dringlichkeit für diese Projekte besteht. Beiden Anträgen hat die GPK einstimmig zugestimmt.

Grünes Planverzeichnis 11 Baustelle Speicherstrasse: Es wurde in Erfahrung gebracht, ob Unfälle der Grund für die Umsetzung der Tempo-30-Zone seien. Nachdem Stadtrat Urs Müller dies verneinte, wurde ein Antrag auf Streichung gestellt. Der Grund dieses Antrags liegt darin, dass Strassenprojekte, welche keinen dringlichen Sanierungsbedarf haben, nach hinten geschoben werden sollen, um so die Lebensdauer der Strassen zu verlängern. Die GPK hat der Streichung dieses Kredits über 610'000 Franken einstimmig zugestimmt.

Kontogruppe 2121 Beiträge Kultur- und Naturobjekte, Konto 3636.97 Beiträge Kulturobjekte an private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Gemeinderat Andreas Elliker (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Ich habe einfach eine Frage. Unsere Fraktion hat vor einiger Zeit eine Motion eingereicht. Das betrifft den Budgetposten auf Seite 54, Kontogruppe 2121 Beiträge Kultur- und Naturobjekte, Konto 3636.97 Beiträge Kulturobjekte an private Organisationen ohne Erwerbszweck. Wie weit ist der Stand der Motion im Stadtrat in der Bearbeitung? Im Moment bezahlt die Stadt meines Wissens 15 %, Vorgabe vom Kanton wären 10 %.

Stadtrat Ruedi Huber (SVP): Auch dem Stadtrat ist es ein Anliegen, dass wir diesen Schritt von Minus 5 %, also statt 15 % nur noch 10 %, vornehmen können. Es ist aber einfach so, man wollte diese Änderung im Reglement zusammen mit anderen Änderungen umsetzen. Es ist immer ein gewisser Weg, bis ein Reglement erneuert ist und auch die Bewilligungen vom Kanton da sind. Darum hat sich die ganze Geschichte ein bisschen verzögert. Aber wir sind intensiv daran, dieses Problem zu lösen.

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP/GWB/Juso: Ich habe hier ebenfalls eine Frage. Und zwar wird auf den Blättern jeweils ausgewiesen, das EW wird die Beleuchtung dem heutigen Standard anpassen. Der heutige Standard kann alles Mögliche bedeuten. Wir haben auf den Nebenstrassen einmal auf LED umgerüstet, das war die letzte Information, die wir, glaube ich, offiziell im Protokoll haben. Neuerdings kommen sogenannte smarte Beleuchtungen zum Einsatz. Ich meine, da sind zwei Projekte bereits abgeschlossen. Mich würden auch die Erfahrungen wundernehmen, wie es aussieht und wie diese weiter geplant werden.

Stadtrat Ruedi Huber (SVP): Der Satz, den Sie erwähnt haben, ist ein Standardsatz, der sehr oft bei Strassensanierungen erwähnt wird. Bei Neuinstallationen und Sanierungen im Bereich der Strassenbeleuchtung setzen die Werkbetriebe Frauenfeld heute ausschliesslich LED-Technik ein. Grund ist einfach die bekannte hohe Energieeffizienz. Neben den klassischen Mitteln zur Verbrauchsreduktion wie Halbnacht- und Ganznachtschaltungen sowie Reduziertschaltungen – Leuchtpunkte, wo zu gewissen Zeiten zum Beispiel nur noch jede zweite Lampe betrieben wird – kommen wo sinnvoll und technisch machbar auch bedarfsgesteuerte Strassenleuchten mit Bewegungsmeldern oder Radarsensoren zum Einsatz. Die zur Auswahl stehenden Möglichkeiten werden jeweils situativ geprüft und auch angewendet. Die Erfahrungen mit der intelligenten Steuerung von Strassenleuchten sind grundsätzlich positiv, weshalb solche auch weiterhin an geeigneten Standorten eingesetzt werden sollen.

Stadtrat Ruedi Huber (SVP): Im Namen des Stadtrats stelle ich zum Projekt 5 des Amtes für Tiefbau und Verkehr Bauliche Ausgestaltung der Freien-Strasse folgenden Rückkommensantrag: Die beiden Kredite von je 80'000 Franken zur Ausarbeitung der Projekte Aufwertung der Freien Strasse und Sanierung der in dieser Strasse verlegten Abwasseranlagen werden wieder ins Budget 2018 aufgenommen.

Der Stadtrat begründet seinen Antrag wie folgt: Für eine erfolgreiche Weiterentwicklung der Begegnungszone in unserer Altstadt ist dieses Projekt von grosser Bedeutung. Die Begegnungszone in der parallel verlaufenden Zürcherstrasse hat sich bewährt und in der Umfrage des Gewerbevereins Frauenfeld von 2016 wurde die Frage „Unterstützen Sie die geplanten Aufwertungsmaßnahmen im Zentrum der Stadt, sodass der Aufenthalt für Fussgänger und Velofahrer attraktiv und sicher wird gemäss dem Mobilitätskonzept der Stadt Frauenfeld?“ zu 80 % mit Ja beantwortet. Auch die Frage „Hat durch die Begegnungszone eine positive Entwicklung in der Innenstadt eingesetzt?“ antworteten immerhin 23 % mit ja, 35 % mit eher ja und 21 % mit dem Begriff „weiss nicht“. Es ist klar, da sind auch Nein-Stimmen gewesen. Diese positive

Grundhaltung des Gewerbes deckt sich mit der Unterstützung durch den Zusammenschluss des Innenstadtgewerbes in der IG FIT. Für eine positive und erfolgreiche Zukunftsentwicklung braucht es eben erfahrungsgemäss Planungssicherheit. Diverse Interessenten, Investoren und Gebäudeeigentümer sind auf einen raschen und positiven Entscheid angewiesen. So möchte zum Beispiel ein einheimischer Gastronom in der Freie-Strasse eine zusätzliche Restauration eröffnen. Es ist ein Frauenfelder Gastronom. Seine Bedingung ist jedoch, dass er auch den Aussenbereich nutzen kann. Dies ist aber nur in einer Begegnungszone möglich. Ein Verzicht auf das Projekt Aufwertung Freie Strasse könnte somit auch negative wirtschaftliche Auswirkungen haben, und auch gewisse Bürgerinnen und Bürger demotivieren. Die Begegnungszone im Bereich der Freie-Strasse besteht derzeit eben nur im Versuchsbetrieb. Sollte eine zeitnahe bauliche Umsetzung nicht zustande kommen, besteht das Risiko, dass die Freie-Strasse wieder in den ursprünglichen Zustand einer 50er-Zone zurückgeführt werden müsste. Eine Rechtssicherheit für die Durchsetzung von Tempo 20, also der Begegnungszone, besteht nur im bereits gepflasterten Bereich vor der reformierten Kirche. Und diese nur 15 m lange „Minibegegnungszone“ könnte das Risiko für Verkehrsunfälle erhöhen. Dies gilt insbesondere auch bei denjenigen Autofahrern, die zu 60 % von auswärts in unsere Altstadt hineinfahren.

Aus den oben genannten Gründen bitten wir Sie vom Stadtrat, dem Antrag des Stadtrats, das heisst der Planung für eine bauliche Aufwertung der Freie-Strasse zuzustimmen.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP: Vielen Dank, dass dieser Antrag eingereicht wurde. Unserer Fraktion ist es ein grosses Anliegen, dass man die Freie-Strasse nicht vergisst. Es wurden bereits einige wichtige Argumente genannt, was uns das bringt und was es der Stadt bringt. Ich möchte noch einen Schritt zurückgehen und die Argumente der Gegner noch einmal hervorholen. Es wurde ja auch in der Zeitung schon lang und breit behandelt, über das ganze letzte halbe Jahr hinweg in der GPK und jetzt auch im Rat nochmals. Für die Gegner einer Aufwertung der Freie-Strasse sind es drei Argumente. Das eine sind die Parkplätze. Es wird immer moniert, es brauche Parkplätze dort. Das zweite ist die Stadtentlastungsstrasse, dass die Freie-Strasse nur aufgewertet werden könne, wenn man eine Entlastungsstrasse habe. Im dritten Argument geht es um den Zustand der Strasse, der eigentlich noch gut sei. Deshalb sei es nicht zu verantworten, jetzt schon wieder zu sanieren.

Bevor ich auf das Argumentationspaket eingehe, bitte ich alle, mit mir einen kleinen Spaziergang zu machen. Wir machen das jetzt einfach einmal in Gedanken. Ich bitte Sie, mit mir hinauszugehen. Jene, die das Auto dabei haben, können auch das Auto nehmen, in die Freie-Strasse fahren, dort parkieren, die mit dem Fahrrad können auch dorthin fahren. Der Rest kann mit mir zusammen laufen. Wir versammeln uns dann bei diesem Brunnen vis-a-vis der Citadella. Dann schauen wir einmal miteinander Richtung Credit Suisse, Bernerhaus und Luzernerhaus usw. Ich muss Ihnen das nicht weiter beschreiben, ich muss auch keine Architekturgeschichte machen. Sie werden mir alle zustimmen, das ist eigentlich der schönste Teil von Frauenfeld. Es ist ein sehr wertvoller Teil von Frauenfeld, den wir anders behandeln müssen als den Rest der Stadt.

Wenn wir jetzt da stehen, können wir auch über Parkplätze reden. Es wurde ja schon mehrfach angekündigt, auch in dieser Spezialkommission 2030, dass man keine Angst haben muss, dass es in Zukunft keine Parkplätze mehr gäbe. Natürlich, das wäre der Normalfall, in gleichgrossen oder vergleichbaren Städten würde man an dieser Stelle eine Fussgängerzone einrichten. Aber nein, der Plan wäre ja eine Begegnungszone mit Parkplätzen, so können alle ganz beruhigt sein.

Dann können wir über die Stadtentlastung sprechen. Wir haben jetzt ja wieder ganz viele neue Varianten zu Gemüte geführt bekommen. Meines Wissens führt kein Tunnel durch die Freie-Strasse. Ich sehe nicht ganz, wo der Zusammenhang ist zwischen Entlastungsstrasse und Freie-Strasse, sie ist jetzt ja schon entlastet und wird es auch in Zukunft sein. Bei den Plänen für die Entlastungsstrasse, die wir jetzt haben, ist es so, dass die Zufahrt weiter gewährt sein soll. Das ergibt keine Veränderung des Zustands oder der Situation für die Freie-Strasse, wenn man einen Tunnel oder ähnlich baut.

Zum Schluss können wir noch über den Zustand der Strasse reden. Es stimmt, diese Strasse ist noch nicht dringend sanierungsbedürftig. Es ist so, das wissen die, die mit mir in der GPK sitzen, ich bin der letzte, der dagegen ist, eine Sanierung aufzuschieben. Ich bin völlig einverstanden, dass es da noch Saft in der Zitrone drin hat.

In Gedanken können Sie jetzt wieder einmal Richtung Bernerhaus schauen und diese schönen Fassaden anschauen. Es ist eben nicht irgendeine Quartierstrasse, sondern es ist das Herz unserer Stadt. Und hier lohnt es sich für die ganze Bevölkerung, da die ganze Bevölkerung diesen Teil der Stadt braucht, zu investieren. Es lohnt sich für das Gewerbe. Diese Stadt ist ja nicht leer. Es gibt Läden in der Freie-Strasse, es gibt Beizen, es lohnt sich auch für dieses Gewerbe, dort zu investieren. Es steht heute wieder in der Grünen Zeitung, dass sich das Gewerbe in diese Richtung entwickeln möchte.

Kollege Geuggis hat vorhin von einem Marschhalt gesprochen. Ein Marschhalt ist nicht schlimm, die Frage ist, wie lange der Halt geht. Wollen Sie den Marschhalt ein Jahr, zwei Jahre, fünf Jahre oder 20 Jahre? Das ist mir nicht ganz klar. Und dann die Frage an alle anderen, die vor haben, gegen den Antrag des Stadtrats zu stimmen: Was machen wir stattdessen? Bleiben die gelben Punkte jetzt 20 Jahre lang? Machen wir Tempo 50? Was ist genau der Alternativplan? Da wäre ich schon gespannt, von den Gegnern etwas zu hören. Im Übrigen hoffe ich, dass der eine oder andere sich hintersinnt, am besten jetzt ganz schnell auf dem Weg zurück geistig in den Ratssaal oder sonst wenigstens innerhalb des kommenden Jahres.

Gemeinderat Robert Zahnd (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Die Fraktion SVP/EDU unterstützt den Entscheid der GPK, das Projekt Freie-Strasse im Moment fallenzulassen, einstimmig. Wir stützen uns auf eine Petition unserer Bürger mit 600 Unterschriften. Diese wollen zuerst Klarheit über eine ganzheitliche Stadtplanung, bevor man überall immer ein bisschen etwas macht. Betreffend Zeitungsbericht in der Frauenfelder Woche wäre auch abzuklären, wer diesen geschrieben oder in Auftrag gegeben hat, unterschrieben ist er jedenfalls nicht.

Gemeinderat Stefan Geiges (CVP), Referent im eigenen Namen: Ich antworte gern auf das Votum vom Gemeinderat Heinrich Christ.

Parkplätze: Es geht generell darum, dass der motorisierte Individualverkehr ein Teil unserer Stadt ist. Er wird seit Jahren nicht als Teilnehmer akzeptiert, ist aber in dieser Stadt ein wichtiger Faktor. Meiner Meinung nach hat man ihn schlicht und einfach ignoriert. Rund 620 Parkplätze stehen in der Altstadt zur Verfügung. Ich war 20 Jahre lang in der Kommission für öffentlichen Verkehr. In dieser Kommission habe ich gelernt, wie weit ein Mensch, der den öffentlichen Verkehr nutzt, läuft, bis er das Auto nimmt. Es ist Fakt, jemand, der Auto fährt, läuft nicht so weit. Das ist klar. Es ist nicht die Aufgabe hier drin, alle Menschen zu ändern. Aber es ist die Aufgabe, diese Leute zu akzeptieren. Der Stadtrat hat es in all diesen Jahren verpasst, obwohl man eigentlich in der Spezialfinanzierung viel Geld hätte, Parkhäuser zu bauen, die wirklich nah sind und der Altstadt nutzen würden. Wir haben mit dem Promenadenparkhaus einen Versuch gemacht,

der leider nicht ganz glückte. Fakt an dieser Geschichte ist aber, 70 % der Autofahrer in der Innenstadt sind Auswärtige. Man muss auch Besuchern von Herdern die Gelegenheit geben, zu uns in die Stadt zu kommen. Und es ist halt so, die Menschen sind bequem. Sie wollen nah an die Stadt heranfahren, dann kaufen Sie bei uns ein, sonst fahren sie halt ein Stück weiter nach Winterthur oder hinauf nach Wil. Es geht einfach darum, dass der MIV von Anfang an ausgeschlossen wurde und wir nicht wahrgenommen wurden. Was den Marschhalt betrifft, ist es klar. Für mich ist der Marschhalt nicht lange, von mir aus können wir diese Diskussion schon morgen oder übermorgen führen oder sie an der nächsten Budgetsitzung wieder diskutieren. Das ist überhaupt kein Thema. Aber Fakt ist, die Altstadt ist für alle da, auch für die, die unsere Stadt besuchen wollen, und auch die, die unsere Stadt mit dem Auto besuchen wollen.

Gemeinderat Peter Hausammann (CH), Referent im eigenen Namen: Nur ganz kurz als Replik auf das Votum meines lieben Kollegen Stefan Geiges: Hier sind wir wirklich wieder einmal ganz anderer Meinung, wir geben uns deshalb nicht gleich auf den Grind, sondern nur verbal. Lieber Stefan, der motorisierte Individualverkehr wird in Frauenfeld nicht akzeptiert? „Verzäll du das em Fährima“. Frauenfeld ist seit 50 Jahren die autogerechte Stadt. Es gibt keine Stadt in dieser Grössenordnung als regionales Mittelzentrum, das dermassen auf das Auto fokussiert ist, das alles für das Auto macht. Längst haben wir davon Abstand genommen, eben weil wir ja in Frauenfeld sind und die Uhr hier ein bisschen anders tickt und man halt das Auto gern hat. Ich fahre ja auch Auto, ich habe auch ein schönes Auto, aber man muss es trotzdem nicht für alles brauchen und man muss doch nicht mit dem Auto ans Regal fahren und aus dem Seitenfenster das Gipfeli herausnehmen. Das ist doch bei Leibe nicht nötig. Du hast mir ja sogar hier drin recht gegeben und das sagen alle Studien, wir sind diejenige östlich des Urals, wahrscheinlich auch westlich des Urals mit der grössten Parkplatzdichte auf der ganzen Welt pro Einwohner gesehen. Eindeutig, das ist so. Und deshalb kann man doch nicht sagen, der motorisierte Individualverkehr werde nicht akzeptiert. Es ist umgekehrt, man muss auch etwas für alle anderen machen. Und das ist ein ganz kleiner Schritt. Es ist nur ein kleiner Schritt, aber ein grosser wäre es für Frauenfeld. Auch die von Herdern sollen zu uns kommen und auch mit dem Auto. Absolut, keine Frage. Aber ich bin ganz dezidiert der Meinung, und da wird mir kein Herdener oder vielleicht einer oder zwei böse sein, wenn ich sage, es ist ihnen zumutbar, auf dem Viehmarktplatz zu parkieren oder in einem Parkhaus zu parkieren oder auf dem Mätteli zu parkieren oder sonst überall, wo sie einen Parkplatz finden und dann diese paar Meter zu laufen. Die gehen deswegen nicht nach Winterthur, denn dort haben sie es ja noch viel weiter.

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP/GWB/Juso: Auch ich möchte mich im Namen der ganzen Fraktion für diesen Kredit aussprechen. Lassen Sie mich diese Diskussion versachlichen. Wir sind jetzt wieder dabei, Argumente zusammensuchen. Das ist richtig und auch gut so, das soll so sein. Wir sind das Parlament und wir sollen palavern. Auch diese Diskussion muss vertieft geführt werden und nicht während einer Budgetsitzung. Und dafür ist der Kredit da, bin ich der Meinung. Der Kredit ist dafür da, das Projekt auszuarbeiten. Wir haben bereits im letzten Jahr gleich viel zugestimmt und es sollen jetzt noch einmal 60'000 Franken oder 80'000 Franken sein, um das Projekt voranzutreiben und eben diese Diskussion zu führen. Wir haben vor zweieinhalb Wochen in der Freie-Strasse eine Strassenaktion durchgeführt. Es hat leider etwas stark geregnet, aber trotzdem haben wir einige Inputs mitbekommen. Angefangen bei: Klar, man soll es so lassen, es ist im Moment nicht nötig. Bis hin zu: Man soll alle Parkplätze streichen und eine Begegnungszone mit Autos, bei den Gegnern nur das Auto und den Fussgänger, und zwar am liebsten der Fussgänger drunter. Ich habe auch einen Input bekommen von einem Herrn, der gerne reist und auch im Ausland beruflich unterwegs ist und sagt, es ist eigentlich verrückt, diese Strasse ist in einem tiptoppen Zustand, andernorts gibt es nicht einmal ein Spital, geschweige denn richtige Häuser oder etwas zu essen. Man solle dieses

Geld doch besser im Ausland investieren. Wenn Sie diese Investition ablehnen, werde ich in der Auslandshilfe den gleichen Betrag erhöhen. Auch wenn es sich hier um eine Investition in der Erfolgsrechnung handelt, das ist mir dann egal. Ich werde dann diesen Antrag stellen.

Nun zu den Entgegnungen: Die Medienmitteilung der IG FIT ist von Frau Steiner von der IG FIT unterschrieben. Hier ganz klar so abgeseget.

Der MIV werde nicht akzeptiert. Es geht mir etwa so wie Kollege Hausammann. Man hat ein Parkhaus gebaut, man plant zwei Umfahrungen, Parkplätze sind weiterhin drin. Ich verstehe das Argument nicht ganz. Im Gegenteil, als Velofahrer erscheint mir der MIV noch viel zu extrem. Winterthur kann auch nicht mit kürzeren Wegen punkten. Der Vorteil dort ist, dass die Altstadt grösser ist und es sich deshalb mehr lohnt, diesen Weg unter die Füsse zu nehmen. Aber man läuft dort sehr viel weiter, weil eben die Altstadt grösser ist.

Gemeinderätin Andrea Ferraro (FDP), Referentin im Namen der Fraktion FDP: Obwohl es dem Stadtrat ein Anliegen ist, das Projekt Freie-Strasse möglichst zeitnah umzusetzen, ist die FDP-Fraktion klar der Meinung, dass eine Verschiebung des Projekts nötig ist, handelt es sich doch um eines mehrerer Puzzleteile der geplanten Innenstadtaufwertung. Anstatt sich auf das wichtige Generationenprojekt der Stadtentlastung zu konzentrieren, befinden wir uns salopp gesagt in einer medialen Diskussion über die geeignete Anzahl Parkplätze in der Freie-Strasse. Dies geht in die falsche Richtung und lenkt von den wirklich wichtigen Zielen ab. Die FDP stand und steht weiterhin für eine umfassende Betrachtungsweise dieses Projekts im Zusammenhang mit einer Stadtentlastung, die nachhaltig die Entwicklung der Altstadt ermöglicht, und ist klar gegen eine schrittweise Verdrängung des motorisierten Individualverkehrs aus der Stadt. Das Aufschieben dieses Projekts bringt keinerlei Nachteile für die Direktbetroffenen, die Bewohnerinnen und Bewohner oder Besucher unserer Stadt. Das Altstadtgewerbe ist sich mehrheitlich einig, dass eine umgestaltete Freie-Strasse zwar schön wäre, es aber keine wirkliche Lösung für die Probleme der Detailhändler ist. Strasse und Trottoirs sind in einem ausgezeichneten Zustand, weshalb es keine Dringlichkeit für dieses Projekt gibt. Anstatt das Pferd vom Schwanz her aufzuzäumen, fordert die FDP-Fraktion alle Parteien und den Stadtrat auf, ihr Möglichstes zu tun, um eine mehrheitsfähige Innenstadtentlastung zu erarbeiten. So kann die nachhaltige Stadtentwicklung sichergestellt und eine Salomitaktik verhindert werden. Wir lehnen deshalb den Antrag des Stadtrats ab.

Gemeinderat Christian Wälchli (EVP), Referent im eigenen Namen: Wenn ich Ihnen so zuhöre, denke ich, muss ich kein Prophet sein, um das Abstimmungsresultat, welches hier in ein paar Minuten stehen wird, vorwegzunehmen. Trotzdem einige Worte an Sie:

1. Marschhalt: Ich bitte Sie eindringlich, den Marschhalt nicht auf dem St. Nimmerleinstag zu verschieben.
2. Denken Sie an unsere Innenstadt, nicht nur an die Innenstadt, an die Stadt Frauenfeld, Begegnungszone. Gehen Sie einmal an einem Samstag in die Begegnungszone, gehen Sie in ein Restaurant, das offen hat, und freuen Sie sich bei einem Glühwein über diese schöne Altstadt.

Ich bin mir bewusst, ich mache hier keine Werbung für die Innenstadt, es geht um einen Planungskredit. Aber passen Sie bitte auf, wenn Sie diesen Planungskredit nicht sprechen und einen Marschhalt von längerer Dauer ins Auge fassen, dann könnte der Schuss für die Zukunft durchaus auch nach hinten hinausgehen. Ich verlasse diesen Rat und kann weiter zu diesen

Themen leider nicht politisieren. Aber glauben Sie mir, ich werde mich weiter zu diesen Themen an anderer Stelle einbringen. Vielen Dank für die Zusammenarbeit.

Gemeinderat Benjamin Stricker Zirfass (CH): Ich möchte es kurz machen. Ich hätte gern am liebsten vom Präsidenten der zuständigen Geschäftsprüfungskommission Antworten auf folgende Fragen, die sich mir nach dieser Debatte hier stellen:

1. Handelt es sich bei dem Anliegen, diesen Kredit zu streichen, um eine Streichung oder handelt es sich um einen Aufschub?
2. Wenn es sich um einen Aufschub handelt, bis wann wollt ihr das aufschieben? Oder was muss geschehen, bis die Gegner dieses Kredits dazu ja sagen können? Da habt ihr aus der GPK sicher eine gefühlte Haltung mitgenommen. Diese würde mich interessieren, ich war nicht in der GPK-Sitzung. Ich bin da nicht Mitglied.
3. Ich erwarte eine Einschätzung der GPK oder der meinungsführenden Gegner dieses Kredits, was denn die Auswirkungen der Streichung dieses Kredits sind. Unterfrage 3.1: Wäre zum Beispiel die Konsequenz Wiedereinführung Tempo 50, wie das ja konsequenterweise der Fall sein müsste? Wir können diese Begegnungszone so offenbar nicht weiterbetreiben. Frage 3.2: Was sind eurer Meinung nach die Auswirkungen auf den Umsatz von Gastgewerbe und Gewerbe in der Innenstadt, wenn wir es so lassen, wie es ist? Hierzu eine Nebenbemerkung: Ich frage mich ein bisschen: Sind denn die MIV-Benützer die besseren Kunden, nur weil sie mehr Platz auf der Strasse brauchen? Das verstehe ich nicht ganz. Ich bin kein MIV-Benützer und bin auch ein guter Kunde in der Stadt. Frage 3.3: Wie beurteilt ihr, die diesen Kredit ablehnt, die Auswirkungen auf die Ansiedlungsbemühungen. Die Stadt bemüht sich, Gastronomen ein günstiges Feld zu bieten und die Stadt bemüht sich, Gewerbetreibenden gute Rahmenbedingungen zu bieten. Ihr streicht diesen Kredit, der ja eine nötige Voraussetzung wäre. Was denkt ihr, was sind die Auswirkungen? Ich hätte gern Antworten auf diese Fragen.

Gemeinderat Andreas Elliker (SVP): Ich spreche als Vorsitzender der Petition. Ich gehe nicht auf jede Frage, die die Petitionäre betrifft, im Detail ein. Ich kann einfach sagen, wir haben innerhalb von vier Wochen diese 630 Unterschriften gesammelt. Wir waren an vier Samstagen mit einer Delegation in der Stadt, wir waren beim Gewerbe, wir waren bei grossen Gewerbetreibenden, die zum Teil auch in der Freie-Strasse sind. Wir waren bei den zwei grössten, das kann ich sagen, die haben mir alles gesagt. Ich gehe jetzt nicht ins Detail und ich will auch niemandem zu nahe treten, aber der Einsatz der IG FIT ist für sie nicht entscheidend auf den Umsatz. Für sie entscheidend ist eine gute Anbindung an ihren Laden, und das sind Parkplätze davor und möglichst nahe. Wir haben mit Filialleitern und Filialleiterinnen sowie mit Ladenbesitzern gesprochen. Der Stadtrat und wir Petitionäre haben unterschiedliche Informationen zu diesem Thema. Wir sind auch der Ansicht, das hat Heinrich Christ schon gesagt, da sind wir immer gleicher Meinung, wenn bei einer Strasse kein dringender Sanierungsbedarf ist, sind wir nicht dafür, diese Strasse zu sanieren, um die Nutzungsdauer zu verlängern. Die Leitungen sind in Ordnung, alles ist gut.

In der Begründung vom Tiefbau steht auch noch, die bauliche Ausgestaltung der Freie-Strasse entspricht heute nicht den gesetzlichen Vorgaben einer Begegnungszone. Das ist falsch. Die Begegnungszone ist im Kanton Thurgau gar nicht gesetzlich festgelegt. Ich habe das an mehreren Sitzungen gefragt und es wurde mir bestätigt, dass das so ist. Ihr dürft gerne in den Reglementen des Kantons nachschauen, ob dies vorhanden ist. Es ist nicht vorhanden. In der GPK

wurde ein Streichungsantrag gestellt und nicht ein Aufschiebungsantrag. Dies ist im Protokoll nachzulesen.

Aus den vielen Rückmeldungen der Ladenbesitzer und den guten Gesprächen mit vielen Personen aus der Bevölkerung sind wir überzeugt, dass wir auf der richtigen Schiene sind. Ich habe von einigen Ladenbesitzern, mit denen ich keine Gespräche geführt habe, Post bekommen. Und die war sehr wohlwollend für unseren Einsatz zum Wohle der Frauenfelder Bevölkerung.

Gemeinderat Michael Hodel (EVP), Referent im Namen der GPK: Wir haben als GPK nicht sehr lange über dieses Thema diskutiert. Dieses Geschäft wurde unserer GPK als Strassenbauprojekt zugewiesen, nicht als Stadtentwicklungsprojekt, das wäre nicht bei uns gewesen. Die Fragen 2 und 3 von Gemeinderat Stricker waren strategische Fragen in die Richtung Stadtentwicklung. Diese haben wir nicht behandelt. Wir haben darüber entschieden, ob diese Strasse saniert werden soll bzw. über den Kredit für die Planung dieser Sanierung oder Umgestaltung in eine Begegnungszone. Wir haben den Kredit nicht aufgeschoben, sondern gestrichen. Es liegt nicht an uns als GPK zu entscheiden, ob und wann das wieder aufgegriffen werden soll. Das liegt in der Hand des Stadtrats. Es liegt auch in der Hand des Stadtrats zu entscheiden, ob in Zukunft ein Folgeprojekt wieder unserer GPK zugewiesen wird oder im Bereich Stadtentwicklung behandelt werden soll. Ich werde hier keine Stellung nehmen zu den Fragen 2 und 3, weil sie schlicht in unserer GPK nicht diskutiert wurden.

Gemeinderat Robin Kurzbein (CH): Ich möchte kurz zu zwei oder drei Punkten, die vorhin erwähnt wurden, Stellung nehmen.

Zur Aussage von Kollege Zahnd: Wenn Sie den Artikel von IG FIT – es ist gross angeschrieben, Sie können sich dorthin wenden, wenn Sie wissen wollen, wer das geschrieben hat – so hinterfragen, muss man gleich auch diese 637 ominösen Unterschriften hinterfragen, von wo auch immer diese zusammengekratzt worden sind und vermutlich auch mehr unter der Frage: Du willst du auch einen Parkplatz? Ja. Also, dann unterschreibe hier. Etwa so seriös kommt es bei mir herüber, wenn die Herren Parkplatzkämpfer Ihre Voten bringen. Vor allem immer wieder das Bild bearbeiten, das gleich alle Parkplätze verschwinden. Es geht um die Reduktion von zehn Parkplätzen. Da frage ich mich dann langsam ob dieser Ganzen Augenwischerei, ob da nicht irgendwelche anderen Interessen da sind. Wenn eine IG FIT, die die Mehrheit der Läden in der Innenstadt vertritt, hier in dieser Frage nicht mehr Gewicht bekommt, dann muss ich mich ehrlich fragen, was hätten denn diese Petitionäre für eigene Interessen oder andere Interessen? Und da ist es nicht die Vernachlässigung des armen MIV oder höchstens, dass Kollege Geiges mit seinen Lastwagen dann trotzdem in die Freie-Strasse hineinfahren kann. Es geht hier um die Freie-Strasse, es geht um die Innenstadt als Gesamtes und es geht darum, wie man sich in dieser Innenstadt fühlt, wenn man durch die Innenstadt geht. Kollege Christ hat uns auf einen Spaziergang mitgenommen. Ich lade Sie ein, sich in Gedanken noch einmal kurz in die Freie-Strasse zu begeben. Es ist etwas völlig anderes, wenn wir ein Trottoir auf der Seite haben, das, ich weiss es nicht genau, 15 oder 20 cm Abstand zur Strasse hat, wie wir uns in dieser Strasse bewegen, wie unsere Aufenthaltsqualität sich anfühlt. Wenn es ebenerdig ist, vielleicht sogar alles vom selben Material, wenn nicht das Auto Vorfahrt hat, sondern wir Fussgänger oder Velofahrer. Es ist etwas völlig anderes, wenn die Läden für die Wirtschaft in dieser Strasse, ob wir das Projekt jetzt stornieren, abrechnen oder ob wir es fortführen. Es ist eine grosse Chance für diese Stadt, für die Innenstadt, für die Leute, die dort drin ihre Läden haben. Und ich frage mich, ob Sie es schaffen, sich auch in die Köpfe und Herzen dieser Leute hineinzuversetzen, die dort jeden Tag leben, krampfen und sich einfach dort bewegen. Und nicht nur mit dem Auto. Wenn Sie Ladenbesitzer wären und Sie hätten diese Ebene, wo Sie Ihre Auslagen auf die Strasse hinaustragen

könnten, wo Sie Ihre Gartenbeiz hinausstellen könnten, wo Sie noch Lampions oder weiss ich was aufhängen könnten, und so die Stimmung in der Strasse verschönern könnten, würden Sie dann Nein sagen? Es geht darum, zu machen und nicht zu verhindern. Und es geht darum, dieser Appell richtet sich jetzt an die bürgerlichen Parteien, Sie sind immer für die Wirtschaft. Was machen Sie jetzt für die Wirtschaft? Was machen Sie in dieser Strasse für Ihre Wähler? Nichts. Aber dann stehen Sie auch dazu, dass Sie irgendwelche andere Gründe haben und nicht das Gewerbe dort unterstützen. Bringen Sie Ihre eigenen guten Gründe aber auch ehrlich auf den Tisch. Und sonst geht es doch in unserer Stadt mehr darum, vorwärtszumachen. Es kommen so viele Sachen und es kann nicht sein, dass dieses Teilstück argumentativ an einen Riesenmoloch, an ein Riesenprojekt der nächsten 10, 15 oder 20 Jahre gehängt wird und dann einfach blockiert wird, wenn eigentlich etwas machbar ist. Vorwärts kommen wir in Schritten, und es sind auch kleine Schritte. Ich bitte Sie, versetzen Sie sich in die Personen, die direkt betroffen sind. Versetzen Sie sich in die Personen, die das Angebot dann nutzen. Und stimmen Sie für den Antrag.

Gemeinderat Stefan Geiges (CVP): Ich bin ein bisschen enttäuscht, wie Gemeinderat Kurzbein uns als Petitionäre darstellt bzw. alle, welche diese Petition unterschrieben haben. Das ist schon nicht ganz der Stil, den man haben sollte. Ich möchte aber hierzu keine Stellung nehmen. Ich nehme Stellung zu Benjamin Stricker, der sagt, welches die besseren Kunden sind. Ich masse mir nicht an zu sagen, welches die besseren Kunden sind. Ein Detaillist hat mir neulich gesagt, ein Kunde mit Auto trägt 30 % mehr nach Hause. Diese Aussage habe ich am letzten Samstag gehört, das wusste ich bisher nicht. Ich wurde jetzt mehrfach auf den motorisierten Individualverkehr angesprochen. Ich bin Velofahrer und ich gehe am Abend in dieser Stadt laufen und laufe am Samstag durch diese Stadt. Ich muss aus gesundheitlichen Gründen mehrere Tausend Schritte pro Woche machen. Ich laufe sehr viel in dieser Stadt umher. Ich weiss, wie ein Velofahrer sich in dieser Stadt fühlt. Ich weiss, wie es einem Fussgänger in dieser Stadt geht. Ich frage jetzt einmal anders. Wissen Sie, wie es einem Autofahrer geht? Dazu könnten wir vielleicht einmal miteinander einen Konsens führen. Ich glaube, es braucht alle, aber von allen Seiten mit dem gleichen Respekt.

Gemeinderat Philipp Geuggis (FDP): Ich habe jetzt lange zugehört und das Gefühl, dass wir hier in einer sehr theoretischen Diskussion sind. Alle reden darüber, wie es den Ladenbesitzern geht, wie es im Detailhandel funktioniert. Ich bin wohl der Einzige hier drin, der im Detailhandel tätig ist und Ladenbesitzer ist. Peter Hausammann, es ist leicht gesagt, der von Herdern soll mit dem Auto nach Frauenfeld fahren, parkieren und dann kann man ihm zumuten, dass er ein paar Schritte macht. Das kann man ihm zumuten. Die Frage ist, ob er es macht oder ob er dann nicht im Internet bestellt oder noch besser nach Konstanz fährt. Wir können lange darüber diskutieren, dass es extrem viel bringt, wenn ein Ladenbesitzer seine Auslage auf die Strasse stellen kann. Meine Erfahrung ist, entscheidend ist, ob ich vor meinem Geschäft Parkplätze habe. Bei mir kommen viele Leute, die nicht einmal etwas mitnehmen, aber ich kann Ihnen versichern, 90 % kommen mit dem Auto. Das ist einfach Fakt. Wenn ihr der Ansicht seid, das ist auf der Luft gegriffen, es gibt ja in der Altstadt Ladenlokale zur Verfügung, es ist jedem freigestellt, ein Geschäft im Bereich Detailhandel zu eröffnen, um uns zu zeigen, wie man es machen müsste, damit es besser läuft. Wenn ihr in den letzten paar Wochen zwischendurch irgendeinmal tagsüber, wenn es doppelte oder noch besser vierfache Cumuluspunkte gab, durch den unterirdischen Kreislauf gefahren seid, habt ihr vielleicht festgestellt, dass dieser blockiert ist, weil nämlich alle mit dem Auto vor der Passageneinfahrt stehen und das Parkhaus voll ist. Das ist einfach die Realität.

Gemeinderat Pascal Frey (SP): Natürlich. Das sagen wir auch, der Frauenfelder kommt mit dem Auto. Und deshalb lassen Sie uns diese Diskussion versachlichen, lassen Sie uns diesen Be-

trag gutheissen, damit wir diese Niveaufreiheit erreichen können, denn dann haben wir alle Möglichkeiten offen und können so auch einmal etwas planen, etwas versuchen. Wagen wir diesen Schritt, geben Sie sich den Ruck und lassen Sie uns den Entscheid von vor 21 Jahren korrigieren, wo wir schon einmal an der gleichen Stelle waren. Nicht wir, die jetzt hier drin sind, vielleicht gibt es noch jemanden, ich weiss es nicht, aber der Rat stand vor 21 Jahren am gleichen Ort. Es wurde darüber diskutiert Niveaufreiheit ja oder nein, es wurde von der SP gefordert, es wurde abgelehnt. Man hätte dieses Geld jetzt sparen können, aber lassen Sie uns dies jetzt tun und geben Sie sich diesen Ruck.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Es wurde jetzt eine lange Diskussion geführt, obwohl das Abstimmungsresultat ja schon fast klar ist. Nichtsdestotrotz, vielleicht ist die Diskussion auch deshalb geführt worden, weil man auch ein bisschen herausspüren wollte, wie es weitergehen könnte. Viel gescheiter bin ich diesbezüglich nicht, aber ich habe doch einiges, was ich beantworten könnte und Sie vielleicht noch in Ihrer Meinung beeinflussen könnte.

Mir ist aufgefallen, dass die Begegnungszone an sich, so wie ich das verstanden habe, nicht infrage gestellt worden ist. Auch in der Petition wird nicht die Begegnungszone infrage gestellt. Es geht um die Parkplätze. Und worum geht es aber in diesem Kredit? Das wäre ja vielleicht noch interessant zu wissen. Es geht bei diesem Kredit nicht um Parkplätze. Es geht um die Planung, die weitere Planung der Freie-Strasse. Ok!

Da hat es auch Parkplätze drauf, das ist korrekt, aber nicht nur. Es geht um die Planung der Infrastruktur. Die Abwasserleitungen haben auch nicht wirklich allzu viel mit Parkplätzen zu tun. Das ist die Diskussion, die wir führen. Wie weiter mit der Freie-Strasse, was ihre flächige Gestaltung und ihr Abwassersystem betrifft? Daran angehängt wurde jetzt in der Diskussion relativ viel. Ich möchte Sie einfach daran erinnern, zum einen die Parkplätze, zum anderen die Stadtentlastung, zum dritten das Mobilitätskonzept, das wurde jetzt alles mit angehängt. Wenn wir in die Geschichte schauen, wie es zu diesem Projekt gekommen ist, dann hat das weder mit Parkplätzen noch mit Mobilitätskonzept noch mit Stadtentlastung irgendetwas zu tun. Es hat mit einem Schlüsselprojekt zu tun, das im Amt für Stadtentwicklung und Standortförderung entwickelt worden ist, Nutzungsstrategie Innenstadt, weil man festgestellt hat, speziell in der Altstadt ist es schwierig, wir haben eine schwierige Ausgangslage für das Gewerbe dort. Und das sind Restaurateure, die nicht im gleichen Mass angewiesen sind auf Parkplätze wie Detailhändler, die es dort auch gibt, die durchaus auf Parkplätze angewiesen sind. Aber das ist der Hintergrund dieser ganzen Geschichte, die wir jetzt da weiterverfolgen. Nicht Parkplätze, nicht Stadtentlastung, gar nichts von diesen. Sondern: Wie wollen wir dieses Herzstück der Stadt entwickeln und es zu einer Stärke entwickeln, in der es Bestand hat.

Trotzdem muss ich natürlich zu all dem, was angehängt worden ist, Stellung nehmen.

Beginnen wir mit den Parkplätzen. Wenn ich die Petition vor mir habe, dann heisst es dort: „Die Zufahrtszeiten und die Anzahl der Parkplätze in der Freie-Strasse dürfen nicht zusätzlich eingeschränkt werden, dass Gewerbe in der Innenstadt ist auf beides angewiesen.“ Was die Zufahrtszeiten betrifft, ist keine Einschränkung angedacht. Die Reduktion der Parkplätze von 29 auf 20 ist der Vorschlag, der diskutiert wird. Das kann man diskutieren, ist noch nicht in Stein gemeiselt. „Wir sind für eine attraktive, lebenswerte Innenstadt.“ Sehr gut, sind wir auch. Nicht auf Kosten des Gewerbes, auch wir nicht, sondern wir wollen ja gerade das Gewerbe fördern, indem sie eben hinausstuhlen, hinausstellen können. Es kann sein, dass Gemeinderat Geuggis recht hat, dass das Hinausstellen nicht so das Geschäft fördert. Aber bei einer Restauration ist es doch relativ wichtig, wie viel sie auch aussen anbieten kann. Beispiele sind die Promenade oder

das Scharfe Eck. Das ist durchaus relevant. Bevor der Stadtrat Massnahmen treffe, solle er aufzeigen, wie die Parkplatzsituation gelöst werden könne. Der Bau eines neuen Parkhauses ist hier gefragt. Sie wissen, wie die politischen Prozesse sind. Ein Parkhaus zu bauen, das dauert eine Weile. Wenn wir das wirklich ernst nehmen wollen, müssen wir ein Parkhaus planen, dann können wir diese Gestaltung in den nächsten zehn Jahren vergessen. Abgesehen davon wird ja ein Parkhaus geplant. Unter dem Regierungsgebäude im Übrigen. Nicht unter dem jetzigen Regierungsgebäude, sondern unter dem geplanten. Dann die Installation nur mobil: Das wird so sein. Für Veranstaltungen darf man die Freie-Strasse nicht sperren. Wir werden es gleich handhaben wie bisher. Es gibt da keine grosse Veränderung zur bisherigen Situation. Ich würde sagen, diese Petition zentriert vor allem um die Parkplatzsituation, hat aber mit der Gestaltung der Freie-Strasse und der Planung ehrlich gesagt keinen ganz direkten Zusammenhang. Natürlich werden diese Fragen dort auch gestellt werden, aber wir sind in der Diskussion. Und diese Diskussion führen wir dann nicht, wir müssen irgendwann mal auch Antworten haben. Wenn wir diesen Planungskredit ablehnen, hängt die Diskussion im Raum und wir haben immer noch keine Antworten. Wollen Sie das? Ich glaube, Sie wollen Antworten darauf.

Die andere Frage war das Mobilitätskonzept. Das sei vor allem ausgerichtet auf den Langsamverkehr. Ich habe schnell ins Mobilitätskonzept geschaut. Im Paket 1 sind 12 Mio. Franken Investitionen für den MIV und 3 Mio. Franken für den Langsamverkehr ÖV, das ist bis 2022. Im Paket 2 sind 14 Mio. Franken für den MIV und 19 Mio. für den Langsamverkehr ÖV. Das sind also insgesamt 22 Mio. Franken für Langsamverkehr ÖV und 26 Mio. Franken für den MIV. Man kann also nicht sagen, dass wir den motorisierten Individualverkehr vergessen haben. Und da ist die Stadtentlastung gar noch nicht drin. Da kommen noch ein paar Millionen obendrauf. Also der MIV hat sein Gewicht in der Stadt, das wissen wir vom Stadtrat und diesem Gewicht tragen wir durchaus auch Rechnung.

Letzte Geschichte, zu der ich noch Stellung nehmen wollte, die Frage der Wirtschaft, das Gewerbe: Wir haben unterschiedliche Antworten bekommen, das ist so, das müssen wir jetzt einfach feststellen. Der Gewerbeverein Frauenfeld, ein unverdächtiger Partner, würde ich behaupten, hat 2016 eine Umfrage gemacht. Wenn 58 % Ja oder eher Ja sagen zur Frage, ob durch die Begegnungszone eine positive Entwicklung in der Innenstadt eingesetzt habe, muss ich sagen, offenbar ist das Gewerbe mehrheitlich der Meinung, die Begegnungszone habe sich bewährt. Das nehme ich so mit und ich habe jetzt hier auch keine fundamentale Opposition dagegen gehört. Es ist eher die Frage der Gestaltung. Auch das nehmen wir mit. Und dann haben wir die IG FIT. Die IG FIT ist nicht einfach irgendwer, das ist eine Vereinigung der Detailhändler und der Restaurateure der Innenstadt. Ich denke, denen dürfen wir durchaus Gehör schenken. Ich habe auch mit Gewerbetreibenden in der Freie-Strasse gesprochen. Einer der grossen am Ende der Freie-Strasse hat auf die Präsentation, die wir auch in der Spezialkommission über die Gestaltung der Freie-Strasse gemacht haben, uns gesagt: „Sehr gut, ich finde das eine sehr gute Lösung.“ Okay, vielleicht ist es jeweils die Frage, die die Antwort ergibt. Das ist möglich. Deshalb denke ich, sollten wir diese Diskussion jetzt nicht abklemmen, sondern weiterführen und das können wir in Gottes Namen nur, wenn wir dem Planungskredit auch zustimmen. Sonst bleibt die Diskussion im Raum hängen, wir kommen keinen Meter weiter und der Stadtrat wird gezwungen sein, spätestens in einem Jahr wieder zu kommen.

Gemeinderat Christoph Regli (CVP): Ich glaube, eine Antwort hat Stadtpräsident Anders Stokholm noch vergessen zu geben. Viele im Raum sind schon daran interessiert zu wissen, wie schnell der Erneuerungsbedarf der Strasse und der Leitungen in der Freie-Strasse ist. Das ist für viele hier auch ein Punkt, nicht nur ob es schöner oder weniger schön aussieht.

Stadtrat Ruedi Huber (SVP): Jetzt bewege ich mich natürlich in einem bisschen unbekanntem Terrain, aber ich habe heute Morgen die Freie-Strasse selbst noch angeschaut. Ich bin durchgelaufen und habe auch noch mit dem Werkhof und mit dem Tiefbauamt gesprochen. Was sowieso gemacht werden muss, ist eine Reparatur der Schäden. Dort, wo die Parkplätze sind, wo die Räder drehen, muss eine Sanierung gemacht werden, weil es Löcher hat. Das kostet etwa 10'000 Franken. Zusätzlich muss ein Unterflurcontainer gesetzt werden, geplant vor dem Laden der Familie Steiner. Da käme dann die Frage, wie man den setzt, wenn das mit dem Niveau noch ungeklärt ist. Das ist das, was ich zu diesem Thema etwa sagen kann.

Abstimmung

Der Rückkommensantrag des Stadtrats, die beiden Kredite wieder ins Budget aufzunehmen, wird mit 16 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Projekt 13

Gemeinderat Robert Zahnd (SVP): Im Budget 2017 wurde der Planungskredit Talstrasse genehmigt. Ich habe zum Projekt 13 im grünen Teil Talstrasse, Lüdem - Höhenweg folgende Fragen:

1. Wie weit ist die Planung fortgeschritten?
2. Ist der nötige Landerwerb schon getätigt oder mindestens eingeleitet?

Je nach Antwort stelle ich den Antrag, das Projekt um ein Jahr zu verschieben. Es macht wirklich keinen Sinn, 945'000 Franken ins Budget aufzunehmen, wenn man mit der Planung noch nicht bereit ist. Gegen das Projekt an sich habe ich nichts einzuwenden.

Stadtrat Ruedi Huber (SVP): Wie weit genau die Planung der Sanierung dieser Strasse fortgeschritten ist, kann ich Ihnen im Moment nicht sagen. Der Landerwerb ist noch nicht erfolgt, hingegen habe ich noch abklären können, dass die Kosten für den Landerwerb in diesem Kreditbetrag inbegriffen sind. Das ist die Situation.

Gemeinderat Robert Zahnd (SVP): In diesem Fall, wenn das Projekt noch nicht bereit ist, stelle ich den Antrag: Das ganze Projekt 13 Talstrasse, Lüdem - Höhenweg im Betrag von 945'000 Franken ist um ein Jahr zu verschieben.

Stadtrat Ruedi Huber (SVP): Wenn es sich um eine Verschiebung um ein Jahr handelt, wie ich es verstanden habe, kann ich das mittragen.

Abstimmung

Der Antrag von Gemeinderat Robert Zahnd (SVP), das ganze Projekt 13 im Betrag von 945'000 Franken um ein Jahr zu verschieben, wird mit 22 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen.

Departement III für Werke, Freizeitanlagen und Sport

Gemeinderat Andreas Elliker (SVP), Referent im Namen der GPK Bau, Werke, Anlagen: Wir wurden an unserer GPK-Sitzung von Stadtrat Ruedi Huber und Amtsleiter Fabrizio Hugen-

tobler ausführlich über das Departement informiert. Wir bedanken uns bei den beiden für die Ausführungen.

Die Abschreibungspraxis beim Hallenbad wurde von der GPK Finanzen und Administration behandelt, wie Kollege Hausammann vorhin erläutert hat. Die Verantwortlichen informierten uns über diverse Sachen, es wurden auch einige Fragen gestellt. Unter anderem war das Casino und dort vor allem das Gelände, das den neuesten Sicherheitsstandards angepasst werden muss, ein Thema. Dies war alles unbestritten. Weiter wurde beim Casino noch erwähnt, dass die Doppel-lohnzahlung wegen Krankheit 2018 wegfällt. Auch wurden wir über Zustände und Mietverträge der restlichen Anlagen ausführlich informiert.

Das Amt sieht vor, das Konzept für den Pferdesport in der Grossen Allmend auszuarbeiten. Die Stadt wird sich in gleichen Teilen mit Sportvereinen mit maximal 15'000 Franken beteiligen. Im Moment besteht dort ein vertragsloser Zustand, die Stadt möchte mithelfen, dies zu ändern.

Für den Murg-Auen-Park soll für 22'000 Franken ein Lärmgutachten erstellt werden. Damit soll erreicht werden, dass bezüglich Lärmemissionen korrekte Auswertungen vorliegen, damit nicht einer sagen kann, es ist laut, ein anderer sagen kann, es ist leise.

Bei den Sportanlagen stehen Ersatzbeschaffungen an. Über die Hürden der Leichtathletikanlage wurde debattiert, es gab auch Anregungen, ob allenfalls die Hürden aus dem Osten beschafft werden könnten. Stadtrat und Amtsleiter haben erwähnt, dass sie die regionalen Lieferanten berücksichtigen möchten. Aber wenn es der Wunsch der GPK wäre, würden sie es anders machen. Die GPK äusserte den Wunsch, dass die Hürden in der Region beschafft werden.

Bei der Investitionsrechnung wurde vor allem die Machbarkeitsstudie zur Stadthalle intensiv diskutiert. Es gab einen Antrag, den Planungskredit von 100'000 Franken auf 30'000 Franken zu kürzen. Dieser wurde mit 3 zu 4 Stimmen abgelehnt. Die GPK hat aber grundsätzlich diesbezüglich allgemein Bedenken, was geplant und umgesetzt werden kann.

Noch etwas in eigener Sache: Der Stadtpräsident hat bei der Eintretensdebatte erläutert, die Stadt sei daran, ein Sportanlagenkonzept 2018/2019 auszuarbeiten. Wir von der GPK wissen davon nichts. Wir haben für 150'000 Franken zwei Planungskredite für Machbarkeitsstudien im Budget. Wenn man diese genau anschaut und liest, sieht es aus, als ob man an einzelnen Orten plant. Ich bin da ein wenig verunsichert, was die Stadt genau will.

Investitionsrechnung Seite 7 Konto 3131.5040 / Register 6 Seiten 4-5 Machbarkeitsstudie Stadthalle 2021

Gemeinderat Peter Hausammann (CH), Referent im Namen der Fraktionen CH/Grüne/GLP sowie SP/GWB/Juso: Diese Machbarkeitsstudie war ein Thema in der GPK. Auch wir sind sehr skeptisch in Bezug auf diese 100'000 Franken, finden aber die Kürzung auf 30'000 Franken zu stark und stellen deshalb den Antrag: Der Betrag von 100'000 Franken im genannten Konto sei auf 60'000 Franken zu kürzen.

Begründung: Für uns ist klar:

1. Dass die Halle im Rüegerholz weg muss und einen neuen Standort braucht.
2. Dass der neue Standort im Bereich Militärsporthalle sein wird.

3. Das wurde bereits abgeklärt, dafür braucht es keine neuen Gelder. Für die blosse Frage, ob eine Halle dort machbar ist – Machbarkeitsstudie –, sehen wir eigentlich auch keine Probleme, die mit einer teuren Studie anzugehen wären.
4. Nötig ist also, was auch in der Begründung zur Machbarkeitsstudie steht, ein Konzept für die Umnutzung des Areals im Rüegerholz, wenn die Halle weg ist. Dafür braucht es keine 100'000 Franken, für so eine erste Arealumutzungserweiterungsstudie müssten 60'000 Franken ausreichen.

Wichtig ist uns aber auch noch, das möchte ich zu bedenken geben, die Arealentwicklung ist der Hauptpunkt, was abzuklären ist. Denn das andere ist ja bereits geklärt, dort braucht man wenn schon ein Vorprojekt. Die Arealentwicklung ist unseres Erachtens nicht Sache des Amts für Freizeitanlagen und Sport, sondern des Hochbauamts. Dort kommt ja jetzt nicht mehr eine Sport- und Freizeitnutzung in den Vordergrund, das kann ja dort nicht sein, weil wir dort, wie der Stadtrat selber sagt, einen wachsenden Siedlungsdruck haben. Also braucht es dort andere Nutzungen, was auch absolut vorstellbar ist. Der grösste Teil des Kredits für diese Umnutzung ist also am falschen Ort eingestellt. Wir wollen die Sache aber nicht zu kompliziert machen und da nicht auch noch einen Antrag stellen. Aber wir bitten den Stadtrat dringend, den Lead in der Arealentwicklung dem Hochbauamt zu übertragen, natürlich unter Einbezug des Amts für Freizeitanlagen und Sport.

Ich bitte Sie im Namen der beiden Fraktionen, dem Antrag Kürzung von 100'000 Franken auf 60'000 Franken zuzustimmen.

Gemeinderat Robert Zahnd (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Namens der Fraktion stelle ich den Antrag, den Kredit für die Machbarkeitsstudie Stadthalle – für den Normalbürger immer noch Festhütte – von 100'000 Franken um 50'000 Franken auf 50'000 Franken zu kürzen. Ich weiss, dass wir mit 30'000 Franken nicht durchkommen, also haben wir uns in der Fraktion auf 50'000 Franken festgelegt.

2018 soll einmal die Strategie entwickelt werden, was mit unserer Festhütte und deren Umgebung passieren soll. Dass es nach dieser Entscheidung weitere Planungsgelder braucht, ist uns schon klar. Wir beschliessen heute aber über das Budget 2018, da sind für diese Strategieüberlegungen 50'000 Franken voll genügend.

Stadtrat Ruedi Huber (SVP): Sie oder wir sprechen jetzt ein ganz zentrales Thema an, ein sehr wichtiges Thema, eines, das halt etwas liegengeblieben ist, weil einfach die Ressourcen personeller Art bei der Stadt fehlen. Es geht wirklich um die Frage: Wohin soll es mit unseren städtischen Bauten und unseren städtischen Landflächen gehen? Schlussendlich ist eine Strategie gefragt. Hinzu kommt, dass bei der Stadt mehrere Stellen involviert sind. Wir haben es bei uns so geregelt, dass die Departemente für die entsprechenden Anlagen zuständig sind, darum erscheinen auch die Kreditbegehren in diesen Departementen und nicht gesamthaft. Aber es ist natürlich klar, wir müssen zusammenarbeiten. Und wir brauchen externe Hilfe. Wir arbeiten zusammen, vor allem das Hochbauamt, die Stadtplanung und eben das betroffene Departement. Wir müssen uns auch immer wieder überlegen, welches Planungsniveau wir haben sollen. Gemeinderat Elliker hat von der Vogelperspektive geredet. Ja, die schätze ich jeweils auch, wenn man genügend Handlungsspielraum hat, genügend Ressourcen personeller Art und auch genügend Geld, um das umzusetzen. Wir haben diese Vogelperspektive jetzt in der Grossen Allmend ein bisschen getestet. Und wenn dann drei Vereine vor der Frage stehen, können wir auch für

18 Mio. Franken Bauten erneuern, dann ist es dann eben vorbei mit der Vogelperspektive. Und jetzt sind wir eben nicht bei der „Taubenperspektive“, sondern bei der „Spatzperspektive“. Das heisst, dass wir etwa auf der Mittelflughöhe versuchen, das Thema einmal anzugehen.

Das Thema Stadthalle, vorher auch Rüegerholzhalle oder Festhütte, habe ich schon von meinem Vorgänger Werner Dickenmann geerbt. Er hat gesagt: „Es ist eine deiner wichtigsten Aufgaben zu schauen, dass die Festhalle ersetzt werden kann.“ Es sind aber nicht alle Leute der gleichen Meinung wie Gemeinderat Peter Hausammann. Diese Halle ist vermutlich auch geschützt, sie wird als sehr wertvoll erachtet. Die ganze Situation ist nicht so einfach, dort den Sport herauszunehmen, wir brauchen schlussendlich auch wieder Flächen, wo wir hin können. Die Festhalle selbst ist alt, seit ich dieses Amt führe, wird sie nur noch marginal unterhalten. Man macht nur noch das Dringendste. Die Gebäudehülle ist praktisch nicht isoliert. Das ist ein Schwebezustand, den man eine gewisse Zeit lang aufrechterhalten kann, aber irgendwann muss man dann eben Entscheide fällen und da brauchen wir natürlich unsere eigene Strategie, aber wir brauchen auch Basisdaten, damit wir eine Strategie entwickeln können.

Im Raum Rüegerholz geht es nicht nur um diese Halle, sondern auch um die Minigolfanlage, das Restaurant Minigolf, die Tennisanlage und das Pfadfinderheim usw. Da müssen grundsätzliche Fragen geklärt werden, diese müssen angeschaut werden, das ist ganz klar, das können wir nicht allein im Amt für Freizeitanlagen und Sport machen. Und wir müssen wirklich das stadteigene Landmanagement wieder einmal gründlich anschauen.

Die Machbarkeitsstudie soll aufzeigen, wie das Gebiet in der Umgebung Rüegerholz zukünftig genutzt werden kann und soll. Die Studie soll zusätzlich auch aufzeigen, wo ein allfälliger Ersatz der Rüegerholzhalle platziert werden kann. Das ist richtig, in der Richtplanung ist eine solche Stadthalle im Moment entlang der Autobahn geplant, aber jetzt brechen natürlich neue Fragen auf. Was ist, wenn wir allenfalls in der Kaserne eine Halle bekommen? Es gibt ganz viele offene Punkte in dieser Gleichung und irgendwo müssen wir halt einmal beginnen und dazu brauchen wir eben gewisse finanzielle Mittel.

Betreffend dem Betrag muss ich einfach die Frage an Gemeinderat Robert Zahnd zurückgeben, vielleicht auch an Gemeinderat Peter Hausammann. Wir können sehr gut auch mit einem etwas kleineren Betrag leben, wenn wir denn die Freiheit haben, diesen Betrag aufzustocken, wenn es nötig ist. Und da hätte ich schon gern eine Antwort, die auch protokollarisch erfasst wird.

Gemeinderat Robert Zahnd (SVP): Ich kann Stadtrat Ruedi Huber beruhigen. Ich meine wirklich, es geht um die Strategie, was passieren soll. Soll man die Festhütte abbrechen und das Pfadiheim und den Tennisplatz? Und was soll nachher geschehen? Soll man das Gebiet überbauen? Aber das ist eine Strategie, das ist noch keine Detailplanung und dafür braucht es nicht 100'000 Franken, dafür reichen 50'000 Franken.

Gemeinderat Peter Hausammann (CH): Das ist auch meine Meinung.

Stadtrat Ruedi Huber (SVP): In diesem Fall kann ich einer Reduktion des Betrags zustimmen und ich gebe jetzt zurück ans Präsidium, damit die richtige Variante gefunden werden kann.

Gemeinderat Peter Hausammann (CH): Habe ich es richtig verstanden, dass Sie auf den Antrag über 100'000 Franken verzichten? Dann müssen wir nur über diese beiden Anträge abstimmen.

Stadtrat Ruedi Huber (SVP): Unter der Voraussetzung, dass es nachher nicht heisst, es sei Salamitaktik.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion SVP/EDU (Kürzung von 100'000 Franken auf 50'000 Franken) obsiegt mit 19 Stimmen gegen den Antrag der Fraktion CH/Grüne/GLP (Kürzung von 100'000 Franken auf 60'000 Franken) mit 18 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Die Abstimmung wird wiederholt.

Der Antrag der Fraktion SVP/EDU (Kürzung von 100'000 Franken auf 50'000 Franken) obsiegt mit 20 Stimmen gegen den Antrag der Fraktion CH/Grüne/GLP (Kürzung von 100'000 Franken auf 60'000 Franken) mit 18 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

3133 Murg-Auen-Park / 3132 Honorar Gutachten

Gemeinderat Peter Hausammann (CH), Referent im Namen der Fraktionen CH/Grüne/GLP sowie SP/GWB/Juso: Wir haben in der Fraktion Zweck und Nutzen dieses Lärmgutachtens diskutiert. Es ist uns nicht so ganz klar, vor allem weil wir gehört haben, der Stadtrat sagt, wir wissen, es ist eine vertrackte Geschichte, die in den Parteien teilweise hohe Wellen geworfen hat. Deshalb wolle er mit diesem Gutachten objektive, klare Fakten schaffen. Ich möchte davor warnen und ein grosses Fragezeichen setzen. Wenn es wirklich hart auf hart geht, ist das Lärmgutachten, welches die Stadt in Auftrag gibt, in einer allfälligen Auseinandersetzung nichts anderes als ein Parteigutachten. Das ist dann überhaupt nicht objektiv, das gilt als Parteigutachten und es würde ohnehin ein neues Gutachten, welches dann formal objektiv ist, vom Gericht oder von der Verwaltungsbehörde angeordnet und eingeholt. Wir stellen keinen Streichungsantrag. Wenn der Stadtrat wirklich das Gefühl hat, das könne etwas zur Deeskalation beitragen, warum auch nicht. Und wenn er trotz dieser Bedenken wirklich daran festhalten will, dann soll er sich bitte noch überlegen, ob es nicht vielleicht sinnvoll wäre, im Sinne einer besseren Akzeptanz der Parteien diese Parteien im Vorfeld einzubeziehen, insbesondere die Anwohner des Murg-Auen-Parks. Einerseits in Bezug auf die Fragen, die geklärt werden sollen, andererseits auf in Bezug auf den Experten, der das Gutachten macht. Das ist jedenfalls meine Erfahrung, ich war vor langer Zeit 15 Jahre lang Anwalt und es ist immer gut, wenn man etwas schlichten will, wenn man vorher alle Beteiligten fragt, was man klären soll und sie auch mitbestimmen lässt, wer das klären soll. Dann können sie nachher viel weniger gut sagen, Partei und geht uns nichts an und wir hätten lieber jemand anderen gehabt.

Und dann erlaube ich mir noch ganz kurz auf etwas zurückzukommen, worauf ich vor 2 Stunden fast sitzengeblieben wäre. Es geht um die Geschichte, die Andreas Elliker angesprochen hat mit der Weihnachtsbeleuchtung und der Botschaft. Abgesehen vom rein Rechtlichen, vom Politischen und Pragmatischen ist es doch ein Riesenvorteil, wenn man eine Botschaft bringt. Dann bringt man eine Botschaft mit einem Betrag, einem Kredit. Dieser Kredit, möglicherweise auch noch aufgestockt, der dann für den ganzen Zeitraum und das ganze Projekt gesprochen wird, ist dann gesprochen und dann ist die Geschichte erledigt. Und dann hat man fünf oder sieben Jahre, solange wie es halt dauert, Ruhe.

Stadtrat Ruedi Huber (SVP): Glauben Sie mir, auch ich wäre sehr froh, wenn wir so etwas nicht machen müssten. In den vergangenen beiden Jahren gab es aber eben immer wieder sehr emotionale Diskussionen mit den Anwohnenden, wo auch der Stadtpräsident einbezogen war

betreffend Vertretbarkeit und Verträglichkeit der Lärmemissionen aus dem Murg-Auen-Park. Immer wieder wird auch mit der Einschaltung von Juristen gedroht. Es ist einfach schwierig, nur so aus dem Bauch heraus zu diskutieren. Die einen sagen, es ist nicht schlimm, die anderen sagen, es ist schlimm. Und dann ist irgendwann halt der Zeitpunkt gekommen, wo wir objektive Grundlagen brauchen. Meiner Meinung nach und auch nach Meinung des Stadtpräsidenten sind wir jetzt an diesem Punkt angelangt, wo es nötig ist, dass wir diese objektiven Grundlagen haben. Ziel ist, dass wir proaktiv handeln und nicht erst dann, wenn wir schon in einen Rechtsfall verstrickt sind. Die Idee betreffend Einbezug der Kritiker der Emissionen des Murg-Auen-Parks, die ich gehört habe, dass man sich auf einen Gutachter einigt und so Geld sparen kann, werde ich mitnehmen und mittragen. Die Idee ist auch nicht, dass die Messungen nur während der Zeit des Openairs Out in the Green Garden stattfinden, sondern auch die 100 Tage mit den normalen Veranstaltungen umfassen. Deshalb ist eine mehrmonatige Messperiode vorgesehen mit einer professionellen Auswertung und Bewertung. Hier ist auch noch zu sagen, im Moment ist das Ganze ja noch nicht angefochten. Es ist unser Gutachten, es ist unsere Grundlage, um im hoffentlich gütlichen Sinn eine Lösung zu finden.

Departements IV für Alter und Gesundheit

Gemeinderat Samuel Kienast (EVP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft und Gesundheit: Es ist natürlich selbstverständlich, dass auch unsere GPK das Budget ausführlich angeschaut und viele kritische Fragen zu verschiedenen Punkten gestellt hat, die auch zu einem grossen Teil zufriedenstellend beantwortet wurden. Stadträtin Elsbeth Aepli und Urban Kaiser haben uns dargelegt, wie gerade auch die verschiedenen Projekte durch Stiftungen mitfinanziert sind und viele Freiwillige generieren und dadurch auch der Stadt einen grossen Mehrwert geben.

In diesem Departement hat es einen ganz grossen Anteil an langfristig gebundenen Ausgaben. Von den 7 Mio. Franken sind 6 Mio. Franken langfristig gebunden. Wenn man dann noch die anderen gebundenen Ausgaben hinzunimmt, bleiben uns gerade noch 132'000 Franken, um darüber zu diskutieren. Viel Spielraum war da nicht.

Wir haben vor allem zwei Punkte diskutiert. Das eine war die temporäre Arbeitskraft, diese Aufstockung unter 4110.3030.00. Die Anfrage war, ob das eine zusätzliche Stelle ist, dies wurde uns so bestätigt. Uns wurde auch erklärt, wie das finanziert werden soll. Anschliessend wurde in der GPK kein Antrag gestellt.

Eine kleine persönliche Bemerkung: Es geht um 10'000 Franken. Wir haben ja gerade eben in der Abstimmung 10'000 Franken gespart, vielleicht kann man diese hier wieder einsetzen. Das war jetzt nicht im Namen der GPK.

Der zweite Punkt, den wir ausführlich diskutiert haben, betrifft das Thema AWIQ, das Projekt Älter werden im Quartier. Es ging in zwei Richtungen. Die eine Richtung war, dass das Projekt korrekt und auch für uns gut ersichtlich im Budget festgehalten wurde. Die GPK hat verlangt, dass unterschieden wird zwischen Projektkosten und aus dem Projekt resultierenden langfristigen Folgekosten. Dies ist auf dem lachsfarbenen Papier nun ersichtlich. Das Projekt AWIQ im Kurzdorf ist bis auf einen Projektteil, der das Generationenwohnen betrifft, nun beinahe abgeschlossen. Der ganze Rest des Geldes dient zur Aufrechterhaltung dieser wertvollen Arbeit im Kurzdorf. Zum grössten Teil wird damit die Miete im VIVA-Gebäude bezahlt. Diese langfristigen Kosten wurden im Budget bei den Zentralen Diensten aufgenommen. Wir sehen das hier auf dem lachsfarbenen Papier, dass das also nicht mehr im Projekt ist, sondern sauber ausgewiesen wird.

Bei den Projektkosten im Dimensionskontoblatt zum Älter werden im Quartier bleibt nicht mehr viel Geld übrig, das noch fürs Kurzdorf gebraucht wird. Auf Wunsch der GPK wurde daher ein zweites Dimensionskontoblatt eröffnet mit der Nr. 411.6. Da geht es um neue Projekte, die von den Kreisen Huben und Talbach gewünscht wurden, da kam der Wunsch, dass ähnliche Projekte angestossen werden. Bereits stehen freiwillige Leute in den Startlöchern und die Stadt ist dabei, sich in einer geringeren Form, als das im Kurzdorf ist, zu engagieren.

Mit dieser besseren Aufteilung, bei welcher sich die Summe nicht verändert hat, sondern unterschiedlich aufgeteilt wurde, wurde das gesamte Projekt in der GPK mit 6 zu 1 Stimmen bewilligt.

In der Schlussabstimmung zum Budget gab es in unserer GPK mit 6 zu 1 eine klare Zustimmung und wir empfehlen, das Budget so anzunehmen.

4110 Zentrale Dienste 3030.00 Temporäre Arbeitskraft

Gemeinderat Christoph Tschanen (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Vorab herzlichen Dank an Gemeinderat Samuel Kienast für die Berichterstattung aus der GPK. Zum Antrag, den ich jetzt im Namen der Fraktion SVP/EDU stelle, haben wir bereits in der GPK abgestimmt. Der Antrag der Fraktion SVP/EDU lautet, diese Budgetposition zu streichen und das Budget um 10'000 Franken zu entlasten.

Wie bereits Gemeinderat Geuggis im Votum der Fraktion FDP geäußert hat, ist in diesem Amt nach unserem Ermessen ein Projektismus ausgebrochen. Ich als Amtsleiter hätte wohl etwa die gleichen enthusiastischen Gedanken und würde wenn möglich wohl auch jene Projekte anstossen. Ich finde es toll, wenn ein Amtsleiter so aktiv handelt. Aber das hat Auswirkungen auf uns Steuerzahler. In der GPK werden diese Projektgeschäfte häufig als kostenneutral verkauft. Zu Beginn der Projekte werden diese oftmals von Stiftungen unterstützt. Private Stiftungen, Age-Stiftung, BOVIDEM usw., so viele Namen kenne ich gar nicht, wie es hier Stiftungen gibt, welche die Projekte in der Startphase finanziell unterstützen und das wirklich fast kostenneutral durchziehen lassen. Was bei diesen Geschäften und Projekten aber fehlt, sind die wiederkehrenden Kosten, welche nach Projektabschluss bei uns im Budget hängenbleiben. Gerade beim AWIQ ist es so, wo die Stadt im Budget neu jährlich 6'000 Franken für die Miete drin hat. Das sind diese Auswirkungen. Auch diese Stelle ist genau diesem Projektismus zu verdanken. Sie können sicher sein, dass wir jetzt über diese temporäre Stelle mit 10'000 Franken abstimmen. Nächstes Jahr wird es wahrscheinlich so sein, dass man eine Praktikantin anstellen muss und im Jahr 2020 wird es so sein, dass diese Praktikantin so gut gearbeitet und einen so guten Job gemacht hat, dass man dafür eine ganze Stelle schafft. Dem müssen wir hier schon Einhalt gebieten. Ich bitte Sie, den Antrag zu unterstützen, diese 10'000 Franken für diese temporäre Stelle zu streichen. Ich danke Ihnen für die Unterstützung und hoffe auf eine Annahme des Antrags.

Stadträtin Elsbeth Aepli Stettler (CVP): Wie ich es verstehe, geht es hier um die 10'000 Franken für temporäre Arbeitskräfte. Wenn von Projektitis die Rede ist, muss ich dem klar entgegenhalten. Wir haben ein Alterskonzept, da haben wir gesagt, was für Massnahmen wir anpacken wollen. Wir haben Legislatorschwerpunkte und wir machen nur das. Wir haben das Projekt AWIQ Älter werden im Quartier und das BOVIDEM, das Demenzprojekt. Ob man die anderen Sachen wirklich als Projekt bezeichnen will – beim Bewegungspark ist eine Wiederbelebung. Früher hätte man das einfach als operative Arbeit gemacht, heute wird alles zu einem Projekt. Bei diesen 10'000 Franken verstehe ich die Sorge von Christoph Tschanen, dass man sagt, jetzt einmal 10'000 Franken temporär und dann kommt noch mehr und dann wird es dann ständig. Ich kann Ihnen versichern, wir haben das angeschaut, wir haben ja noch Projektgelder übrig in

der Grössenordnung von 11'000 Franken, die wir einsetzen können. Üblicherweise werden ja Löhne, die eine Stadt in einem Projekt erbringt, nicht rückerstattungsfähig betrachtet. Das sind dann Eigenleistungen. Wir haben gute Anträge gestellt und grosszügige Stiftungen, welche Löhne der Stadt rückfinanzieren. Ich kann Ihnen zusichern, diese 10'000 Franken sind für eine temporäre Arbeitskraft. Wir haben keine Idee, wer das ist. Wir haben also nicht schon jemanden an der Seite, den wir nehmen wollen. Diese Person könnte Urban Kaiser etwas entlasten, sein Arbeitspensum beträgt 70 %, er kann von diesen 70 % 20 % für Projekte einsetzen. Er ist Amtsleiter, die Arbeit als Amtsleiter wird bekanntlich immer umfangreicher und komplexer. Er ist auch Chef SIBE, auch hierfür muss er Zeit einsetzen. Wie gesagt temporär, solange wir das Geld aus einer Stiftung haben, für nächstes Jahr. Übernächstes Jahr sieht es anders aus. Und wenn wir wirklich meinen, man müsste dann jemanden ordentlich anstellen, dann kommen wir selbstverständlich mit einem normalen Antrag für eine Stellenerweiterung. Dafür haben wir keinen Antrag gestellt. Ich würde es sehr bedauern, wenn man diese 10'000 Franken streichen würde. Eigentlich habe ich mir überlegt, müsste man dann auch die Einnahmenposition in 4910.01 von 11'000 Franken streichen, denn das kommt ja auch aus dem Projekt. Die Frage ist, ob wir das der Stiftung verkaufen können. Wer bringt dann die Leistung? Jemand muss es machen. Vielleicht verzögert sich das Projekt, wenn alles Urban Kaiser allein machen muss. Dann bekommen wir nächstes Jahr nicht 11'000 Franken von einer Stiftung rückerstattet für etwas, das nicht gemacht wurde. Ich denke, ich kann Ihnen zusichern, es wird ganz sicher temporär bleiben.

Gemeinderat Benjamin Stricker Zirfass (CH): Wenn ich da noch kurz ergänzen darf: Projektitis klingt für mich wie eine Krankheit. Ich habe es bis jetzt immer als positiv wahrgenommen, dass der Stadtrat und die zuständigen Abteilungen sich aktiv Gedanken dazu machen, wie sie dem Altern der Gesellschaft begegnen und dass sie aktive Massnahmen ergreifen, um mit diesen Auswirkungen einen Umgang zu finden. Wir können auch einfach die Augen zumachen und so tun, als hätten wir immer noch die gleiche Altersstruktur in der Gesellschaft, aber das haben wir nicht. Dies als Vorbemerkung. In diesem Zusammenhang erachte ich eigentlich 10'000 Franken für eine aktive punktuelle Unterstützung als eine relativ günstige Möglichkeit, diesen Projekten dazu zu verhelfen, dass sie ihre Wirkung entfalten. Und dass diese Projekte wirkungsvoll sind, wurde bereits erwähnt. Das finde ich gut. Ich bitte Sie also, den Antrag von Kollege Tschanen resp. der Fraktion SVP/EDU abzulehnen.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion SVP/EDU, beim Konto 3030.00 10'000 Franken zu streichen, wird mit 14 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Gemeinderat Andreas Elliker (SVP): Der Antrag wurde ja jetzt abgelehnt. Ich habe einfach noch eine praktische Frage. Es ist kein Problem für mich, dass der Antrag abgelehnt wurde. Ich kann mit Abstimmungsniederlagen umgehen. Ich möchte aber wissen, ob es sich um eine Person handelt, die bereits in der Stadt arbeitet. Sonst habe ich den Eindruck, dass diese Person ja zuerst eingearbeitet werden muss, dann sind bereits 5'000 Franken dieser 10'000 Franken weg. Kann das intern gelöst werden oder wird eine externe Person gesucht?

Stadträtin Elsbeth Aepli Stettler (CVP): Sie können darauf vertrauen, dass wir das sinnvoll machen werden. Wir wollen diese 10'000 Franken gut einsetzen und wir werden schauen, dass wir eine Person finden, die nicht erst für 5'000 Franken eingearbeitet werden muss.

Departement V für Gesellschaft und Soziales

Gemeinderätin Ursula Duewel (FDP), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft und

Gesundheit: An der GPK-Sitzung vom 22. November 2017 standen Stadträtin Christa Thorner, Finanzchef Reto Angehrn und Amtsleiter Turi Schallenberg für die Fragen der GPK zur Verfügung. Während der PowerPoint-Präsentation wurden bereits viele Fragen beantwortet.

Beim Amt für Soziale Dienste wurde die Budgetposition Lohnkosten für Sozialhilfe und Beratung hinterfragt. Obwohl eine zusätzliche Stelle im Sommer 2017 gesprochen wurde, erhöhten sich die Kosten in diesem Konto nur um 51'000 Franken. Der Grund dafür ist einerseits, dass minderjährige Asylsuchende, sogenannte UMAs, neu von der Peregrina-Stiftung betreut werden und dadurch eine Aufgabe wegfällt. Weitere Stellenprozente wurden von der Sozialhilfe zu den Zentralen Diensten verschoben, um den grossen Aufwand für das Scannen der Dossiers zu bewältigen. Durch die Besetzung der zusätzlichen Stelle Mitte 2017 konnte die durchschnittliche Fallbelastung auf die empfohlenen 80 Fälle pro Mitarbeiter gesenkt werden. Dies haben alle GPK-Mitglieder unterstützt.

Auch der massive Anstieg bei den Kosten für die Unterstützung von anerkannten Flüchtlingen, Asylbewerbern und vorläufig Aufgenommenen gab zu Fragen Anlass. Die GPK plant 2018 eine zusätzliche Sitzung, um mehr Informationen über die Geldflüsse zu erhalten.

Natürlich war auch die Auslandhilfe dieses Jahr ein Thema. Der Amtschef informierte über die Ausgaben 2017 und die Stadträtin über das Entminungsprojekt in Simbabwe, welches 2018 mit 35'000 Franken unterstützt wird.

Beim Amt für Gesellschaft und Integration gaben folgende Konten zu Fragen Anlass:
5201.3636.00 Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck, budgetiert mit 18'000 Franken: Die Stadträtin erklärte, dass es sich dabei um eine vierjährige Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt und dem Verein Bibliothek der Kulturen handelt. Diese Leistungsvereinbarung lag uns an der Sitzung nicht vor, wurde aber dann mit dem Protokoll nachgereicht. Die GPK-Mitglieder verlangten, dass das Amt für Gesellschaft und Integration das Controlling gemäss Leistungsvereinbarung wahrnimmt und uns jährlich Bericht erstattet. Nach vier Jahren muss die Situation neu beurteilt werden. Der Antrag auf Streichung von 18'000 Franken wurde mit 5 Nein gegen 2 Ja abgelehnt.

Ein weiterer Diskussionspunkt war die neue Kontengruppe 5206, die Sprachspielgruppe. Diese wurde bis anhin von der IG Sprachspielgruppe getragen und die Beiträge der Stadt unter Konto 5203 Fachstelle Frühförderung Kinderbetreuung budgetiert. Die Sprachspielgruppe wird neu in die Stadt integriert und als eigener Bereich ausgewiesen. Die Stadträtin informierte uns, dass die Schulen den aktuellen Betrag von 30'000 Franken erhöhen werden und dass vom Kanton in der Zwischenzeit die Bestätigung vorliege, dass der Betrag im Konto 5206.4631 um 20'000 Franken auf 60'000 Franken erhöht wird. Die Integration der Sprachspielgruppe führt nicht zu höheren Kosten, jedoch zu einer Aufstockung des Personals, da die Sprachspielgruppenleiterin neu auf der Lohnliste der Stadt geführt wird. Die Frage, warum diese neue Stelle nicht auf dem Stellenplan der Stadt in Register 9 berücksichtigt wurde, konnte damals nicht beantwortet werden.

Dem Budget 2018 für das Departement für Gesellschaft und Soziales wurde mit 6 Ja gegen 1 Nein zugestimmt.

Der Investitionsantrag für eine Pumptrackanlage wurde intensiv diskutiert. Der Antrag, die Investition zu streichen, also aufzuschieben, bis ein Gesamtkonzept für alle Sportanlagen von Frauenfeld vorliegt, wurde mit 1 Ja gegen 5 Nein bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Die GPK bedankt sich beim Departement Gesellschaft und Soziales für die geleistete Arbeit und auch für die Aufschlüsselung der Budgetpositionen in ungebundene, kurz-, mittel- und langfristig gebundene Ausgaben, was in diesem Fall eher ernüchternd ist, weil nur rund 2.4 % der Gesamtausgaben als ungebunden definiert wurden.

Seite 99 Konto 5110.4621.50 Kantonaler Soziallastenausgleich

Gemeinderat Peter Hausammann (CH), Referent im Namen der Fraktionen CH/Grüne/GLP und SP/GWB/Juso: Es handelt sich nicht um einen Antrag, sondern um eine Aufforderung. Frauenfeld leistet im Bereich der Sozialhilfe seit jeher anerkannt gute Arbeit, effizient und professionell. Dafür, dass Frauenfeld die grösste Stadt im Kanton und regionales Zentrum ist, hat die Stadt die Sozialhilfeausgaben gut im Griff. Das muss vorab einmal gesagt sein. Die Stadt kann die Sozialhilfeausgaben wie jede Gemeinde allerdings nur sehr beschränkt beeinflussen. Ich nenne drei Parameter: Die gesetzlichen Vorgaben über die Höhe der Sozialhilfe, die Niederlassungsfreiheit, abgesehen davon ist das direkte und indirekte Abschieben von Sozialhilfebezügern an andere Gemeinden, wie es leider da und dort gemacht wird, ich spreche zum Glück nicht vom Thurgau, ausgesprochen schäbig. Der dritte Parameter ist die Anziehungskraft grosser Gemeinden, Agglomerationscharakter, Anonymität, Wohnungen, Bevölkerungsstruktur. Das zeigt auch ein Blick in die kantonale Statistik über die Sozialhilfeausgaben der Gemeinden. Ich nenne ein paar Zahlen aus der aktuellsten 2016, basierend auf der jeweiligen Rechnung der Gemeinden, welche die Dienststelle für Statistik aufbereitet hat. Es sind die Zahlen in Franken pro Einwohner, damit es vergleichbar ist. In Frauenfeld sind es 234 Franken pro Einwohner, das sind 163 % der kantonsweiten Ausgaben. Dort sind es nämlich 144 Franken. Amriswil 200 Franken, Arbon, das ist der grosse Ausreisser, 438 Franken, dazu möchte ich nichts sagen, das ist sicher zu hoch. Dann Bezirk Frauenfeld bezirkswert 141 Franken, Frauenfeld 234 Franken, Altnau 254 Franken, Thundorf -4 Franken, Stettfurt 37 Franken, Steckborn 111 Franken, Botolphofen 68 Franken, Kreuzlingen 297 Franken, Münchwilen 103 Franken, Affeltrangen 254 Franken, Wilen 225 Franken, Weinfelden 66 Franken usw. Von 1 Franken Tägerwilen bis 254 Franken Altnau und Affeltrangen kommen alle möglichen Zahlen vor. Von den Minus schweigen wir jetzt mal. Darüber sind nur noch Langrickenbach 285 Franken, Kreuzlingen 297 Franken und Arbon. Tendenziell haben die grösseren Gemeinden, die Agglomerationsgemeinden höhere Kosten. Zudem können bei kleinen Gemeinden ein oder zwei kostenintensive Fälle die Rechnung gehörig durcheinanderbringen.

Konkret für Frauenfeld 2016 betragen die Sozialhilfeausgaben netto total 5'864'752 Franken, das ist auch aus dieser Statistik ohne Alimentenbevorschussung und ohne den Verwaltungsaufwand, damit das vergleichbar ist. Und raten Sie jetzt einmal, wie hoch war der Lastenausgleich von diesen 5.9 Mio. Franken. Waren es 2.5 Mio. Franken, 2 Mio. Franken, 1,5 Mio. Franken, 1 Mio. Franken? Wer bietet weniger? Es waren gemäss Rechnung 2016 bei uns nachgeschaut 791'456.35 Franken. Die nach dem Ausgleich verbliebenen rund 5,1 Mio. Franken waren, wieder pro Einwohner gerechnet, immer noch 40 % über dem kantonalen Durchschnitt. Die Quintessenz: Der kantonale Soziallastenausgleich – Ausgleich steht – ist nicht mehr genügend, nicht mehr fair, sondern reformbedürftig. Die Minireform, die auf den 1. Januar dieses Jahres in Kraft trat, war ungenügend, das wissen wir alle. Wenn der Kanton sagt, er könne aufgrund des geltenden Gesetzes nicht mehr machen, das habe ich nicht überprüft, aber das glaube ich jetzt mal, dann ist das halt so. Aber dann muss man das Gesetz ändern. Gesetze sind ja nicht wie bei

Hammurabi bei uns in der Schweiz für die Ewigkeit bestimmt. Sondern wir haben ja Legislativen. Unsere Fraktion hat dem Stadtrat schon in einer früheren Beratung – ich weiss nicht mehr wann und ob es eine Beratung oder ein Budget war – gebeten, sich für einen besseren, faireren Ausgleich einzusetzen. Unsere Nachfrage hat ergeben, dass der Stadtrat leider nichts unternommen hat. Wir fordern deshalb den Stadtrat dringend auf, hier aktiv zu werden. Mit seinem Gewicht als Exekutive der Kantonshauptstadt beim zuständigen Regierungsrat und beim Gesamtregierungsrat und in der Öffentlichkeit. Geschätzte Damen und Herren Stadträtinnen und Stadträte, nicht nur stehen die Fakten auf unserer Seite, Exponenten von SVP, CVP und SP aus anderen Städten und Gemeinden sind auf kantonaler Ebene bereits an der Arbeit. Unterstützen Sie sie.

Seite 99 Konto 5111 Asyl

Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP): Wir haben hier eine horrende Steigerung der Ausgaben, mehr als eine Verdoppelung der Ausgaben um über 220'000 Franken. Wenn Sie eine halbe Seite nach oben gehen, bei Sozialhilfe und Beratung haben Sie Unterstützung anerkannte Flüchtlinge, die GPK-Sprecherin hat es erwähnt, Steigerung von 200'000 Franken auf 450'000 Franken, ebenfalls 250'000 Franken Mehrausgaben. Das ist fast eine halbe Million. Das ist horrend und ich bin schockiert über diese Entwicklung, die hier voll auf die Gemeinde herunterschlägt. Die Erläuterungen dazu sind aus meiner Sicht ungenügend. Da steht, die laufenden Unterstützungen indizieren Mehrkosten. Ich habe dazu zwei Fragen:

1. Ich sehe, dass das Mehrkosten ergibt. Was sind genau die Gründe dafür, dass es Mehrkosten ergibt, vor allem bei der Unterstützung auch auf Seite 100, die Unterstützung der Asylbewerber, die Unterstützung der vorläufig Aufgenommenen, die massive Steigerung?
2. Unterstützung Asylbewerber: Was ist der Grundbedarf der Personen, die hier unterstützt werden? Ich gehe davon aus, das sind alles Menschen mit einem N-Ausweis. Ich gehe davon aus, dass die alle noch von der Globalpauschale unterstützt werden. Meine Frage ist, welches die Grundlage für diesen Grundbedarf ist. Ist das ein reduzierter SKOS-Beitrag oder ist das, wie der Kanton das empfiehlt, eine Tagespauschale, die ausbezahlt wird?

Stadträtin Christa Thorner (SP): Detaillierte operative Fragen. Es wäre nett, wenn ich solche vorweg erhalten würde. Es gibt einzelne detaillierte Fragen, die können wir im Rahmen der GPK beantworten. Es gibt Fragen, die wir im Nachgang zwischen der GPK und der Fraktion dann jeweils noch aufnehmen. Und so sind auch einige Fragen eingegangen betreffend Asylbewerber und Flüchtlinge, und das ist auch von der Fraktion SVP der Fall gewesen. Da bin ich froh, ist das vorweg geschehen.

Es ist so, dass die Mittel im Bereich Asyl und Flüchtlinge gestiegen sind. Wir erinnern uns, 2015 wurde die grosse Welle der Asylsuchenden auch in der Schweiz sichtbar. Spürbar vor allem in den Empfangszentren. Nun zwei Jahre später sind diese Menschen in den Durchgangsheimen und zum Teil auch in den Gemeinden verteilt worden. Deswegen haben wir bereits im letzten und auch im laufenden Jahr mehr zugewiesene Asylsuchende. Das zeigt sich jetzt durch diesen Hype oder diesen Gipfel, den wir auch in der Präsentation an der GPK-Sitzung vorgeführt haben. Daraus generiert sich auch das Bedürfnis der GPK, dass man hier inhaltlich mehr Informationen erhält. Im Rahmen von Rechnung und Budget ist die Zeit relativ beschränkt, diese komplexe, auf drei Ebenen stattfindende Unterstützung zu analysieren. Wir haben anerkannte Flüchtlinge, die sind im Konto 4260.70, da haben wir Ausgaben und Einnahmen. Wir haben vor allem Ausgaben in der Unterstützung von anerkannten Flüchtlingen Konto 3637.70 von 450'000 Franken. Wir haben dort aber auch Einnahmen. Bei der Unterstützung von Asylbewerbern 3637.73 haben

wir 390'000 Franken Ausgaben und bei der Unterstützung von vorläufig Aufgenommenen im Konto 3637.72 500'000 Franken. Das ist horrend, das stimmt. Und warum ist das so? Wir haben den Auftrag, und das ist gesetzlich vorgeschrieben, dass wir diesen Menschen nicht nur den Grundbedarf decken, der übrigens der tiefste ist. Wir haben Sozialhilfebeiträge, wir haben Flüchtlinge und die Asylsuchenden sind gemäss kantonaler Gesetzgebung am tiefsten. Das bedeutet aber trotzdem, dass neben diesem Grundbedarf die Menschen auch integriert werden müssen. Das heisst, man hat Beschäftigungsprogramme, man hat Kurse, die sie, um Deutschkenntnisse zu erwerben, auch besuchen müssen. Das ist auch Verpflichtung und wird von ihnen verlangt. Denn jeder nicht integrierte Flüchtling wird später ein Sozialhilfeklient. Und das wollen wir nicht. Wir haben auf der anderen Seite aber auch Einnahmen, das sind die Rückerstattungen, diese sind verzögert. Wir haben bei den anerkannten Flüchtlingen 130'000 Franken, Asylbewerber 250'000 Franken und die Rückerstattungen 280'000 Franken. Das bedeutet, es stehen 660'000 Franken gegenüber 1.34 Mio. Franken Ausgaben. Fazit daraus: Es kostet die Stadt 680'000 Franken. Wenn man Plus und Minus zusammenzählt, sieht es wieder etwas anders aus. Aber Sie haben recht, dieser Hype ist jetzt im laufenden Jahr der Fall gewesen und wird uns auch im kommenden Jahr etwa in dieser Höhe beschäftigen. Wir machen es ja so, dass wir die laufenden Ausgaben im Sinn eines Forecasts und im Sinn eines Trends voraussehen, soweit das möglich ist und diese ins Budget einbringen. Im Moment sieht es so aus, dass wir die Zahlen im Budget 2017 schlussendlich auch in der Rechnung erreichen. Wir sind da ziemlich genau auf Kurs.

Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP): Vielen Dank für die Ausführungen, Frau Stadträtin. Ich bin nicht beruhigt durch diese Aussagen. Sie haben zu Recht erwähnt, dass 2015 der Peak war. Der Bund richtet ja 5-7 Jahre lang Globalpauschalen aus. Die richtig, richtig hohen Kosten werden nach 5-7 Jahren auf die Gemeinden zukommen. Der grosse Teil wird dann noch in Zukunft ersichtlich sein. Auch ich spreche jetzt genau über dieses Konto 3637.71, die Unterstützung der Asylbewerber, die noch nicht so lange hier sind und für die eben diese Globalpauschalen vom Bund an die Kantone ausgerichtet und von den Kantonen mehr oder weniger unverändert an die Gemeinden ausbezahlt werden. Diese Globalpauschalen müssen für die ersten fünf Jahre reichen. Es darf nicht sein, dass wir da drauflegen. Wenn ich die Rückerstattungen anschau, ist das eine riesige Diskrepanz, dass wir hier trotzdem drauflegen. Darum bin ich der Meinung, dass wir diese Unterstützungsbeiträge kürzen müssen. Natürlich gibt es Beschäftigungsprogramme und Integrationsmassnahmen, aber, und das ist meine Frage, die sind doch nicht in diesem Konto enthalten. Wir haben doch noch separate Konten für die Berufspraktika und für die Integrationsmassnahmen, wo noch separate Beiträge vom Kanton fliessen. Diese sind doch nicht bei diesen Rückerstattungsbeiträgen drin. Sondern es ist ja eine andere Geschichte. Hier geht es meines Wissens wirklich nur um den Grundbedarf. Oder liege ich da falsch?

Stadträtin Christa Thorner (SP): Sie sagen es richtig. Wenn wir hier nichts tun, dann haben wir in sechs Jahren ein Problem. Und das ist genau das Problem, wenn man nicht in diese Menschen investiert, dass sie eine Ausbildung machen, dass sie eine Entwicklung machen, wo sie wirtschaftlich unabhängig werden und ihre Existenz sichern können. Im Moment sind wir darum auch daran interessiert, diesen Leuten Angebote zu machen. Zuerst durch die Sprache und auch die Programme. Es gibt jetzt zunehmende kantonale Angebote vor allem für jüngere und auch für die älteren, die wir selber anbieten in der Fachstelle Integration. Es ist vielleicht zeitlich nicht ganz kongruent. Wenn Sie hier die Zahlen sehen, dann haben Sie diese Rückerstattungen immer verzögert. Die Ausgaben laufen jetzt, das sind die Zahlungen, die wir machen. Die Rückerstattungen folgen. Wir hatten auch schon den Sachverhalt, dass wir mehr erhielten, als wir ausgeben konnten. Letztes Jahr wurden wir in der Rechnung zum Beispiel kritisiert, dass wir eine zu

gute Bilanz hätten und wir mussten dann erklären, dass wir Familien mit Kindern hatten, wo wir Pauschalen kriegten, die höher waren als die Ausgaben, die wir tätigen mussten. Also kann man das hier nicht eins zu eins vergleichen.

Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP): Es ist ja auch im Sinne des Kantons, dass man in guten Zeiten Rückstellungen bildet für schlechte Zeiten. Das empfiehlt der Kanton sogar. Genau darum müsste man in den ersten Jahren profitieren, dass man eben ein bisschen Rückstellungen hat für die Zeit danach, wo schweizweit – ich weiss nicht, wie es in Frauenfeld ist – immer noch 80 % von der Sozialhilfe abhängig sind. Die von Ihnen angesprochenen Integrationsmassnahmen sind ja nicht eine Erfindung dieses Budgets, sondern das läuft ja schon länger. Die Gesetzgebung hat ja dahingehend geändert, dass diese Globalpauschalen, die Sie angesprochen haben, auch ausbezahlt werden, wenn diese Integrationsmassnahmen fruchten. Aus diesem Grund müssen Einnahmen eher steigen, wenn diese teuren Integrationsmassnahmen Früchte tragen. Ich sehe im Budget nicht, dass das durchschlägt. Im Gegenteil, ich sehe bei den Rückerstattungen, dass diese in den Budgets 2017 und 2018 gleichbleiben, aber bei den Unterstützungen haben wir eine Steigerung von 90'000 Franken. Darum stelle ich den Antrag, dass wir beim Konto 3537.71 Unterstützung Asylbewerber diese 390'000 Franken auf 300'000 Franken reduzieren, damit wir zumindest keine Ausgabensteigerung haben und dass diese Kosten mit diversen Massnahmen eingespart werden. Wie Sie gesagt haben, habe ich diese Fragen vorgängig eingereicht und leider rechtzeitig keine Antwort erhalten. Meine Frage geht auch dahin: Werden da reduzierte SKOS-Beiträge ausbezahlt oder sind das die Tagespauschalen vom Kanton? Die SKOS-Beiträge sind bedeutend höher. Ich habe die Information, dass wir reduzierte SKOS-Beiträge ausbezahlen. Da gibt es sicher eine Möglichkeit zu sparen. Auch bei den Krankenkassen und bei den Mieten gibt es Möglichkeiten, die Sparschraube anzusetzen. Ich bin der Meinung, wir müssen hier den Druck massiv erhöhen, denn ich kann diese Kosten hier so nicht akzeptieren. Mir ist klar, wenn man diese Massnahmen umsetzt, hat das wahrscheinlich auch bei anderen Konten Reduktionen oder Sparmassnahmen zur Folge, aber ich kann das nur bei diesem Konto 71 wirklich beurteilen, weil wir da sicher sein können, dass alle diese Asylbewerber von den Globalpauschalen profitieren. Somit darf die Diskrepanz zwischen Einnahmen und Ausgaben sicher nicht wachsen. Das heisst, mit steigenden Kosten müssen auch die Rückerstattungen steigen und das ist nicht der Fall. Und das darf zumindest hier nicht der Fall sein.

Stadträtin Christa Thorner (SP): Die Fragen der SVP sind via Gemeinderat Christoph Keller eingegangen. Diese habe ich auch erhalten. Von Ihnen Gemeinderat Gemperle habe ich keine Anfragen erhalten. Es ist mir nicht bekannt, dass Sie eine Anfrage gemacht haben. Wenn das der Fall ist, dass diese zeitgerecht eingereicht und nicht beantwortet wurde, tut es mir leid und dafür entschuldige ich mich. Ich habe die Anfragen von Ihnen nicht erhalten. Die Anfragen von Christoph Keller habe ich vor mir, ebenso die Antworten des Amtsleiters.

Jetzt zu ihrem Antrag: Der Antrag stützt auf Vermutungen, auf Vorhaltungen, auf Annahmen von Ihnen, die ich so weder bestätigen noch widerlegen kann. Aber der Einfluss auf das operative Geschäft unseres Amtes ist so nicht beurteilbar, weshalb ich sehr davor warne, diesen Antrag anzunehmen. Wir haben aufgrund der Forecast-Berechnungen und der laufenden Fälle sehr sorgfältig budgetiert. Diese vertieften Fragen, die Sie stellen, da lade ich Sie auch ein, diese mit uns zusammen ganz genau anzuschauen. Ich glaube, Sie sind dann überzeugt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Aber im Moment kann ich sie Ihnen nicht in dieser Tiefe beantworten, die Sie bräuchten und die wir bräuchten, um diesen Antrag anzunehmen. Darum möchte ich Sie herzlich bitten, diesen Antrag mit aller Klarheit nicht anzunehmen, weil wir dadurch gebundene Hände hätten, um etwas Sinnvolles zu machen, was im längerfristigen Interesse ist, um die Kos-

ten tiefzuhalten. Nämlich die Kosten, die in drei, vier oder fünf Jahren anfallen werden. Ich danke Ihnen für die Nichtunterstützung dieses Antrags.

Abstimmung

Der Antrag von Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP), im Konto 3637.71 den Betrag von 390'000 Franken auf 300'000 Franken zu reduzieren, wird mit 6 Ja-Stimmen gegen 29 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 97 Konto 5001.3638.00 Auslandhilfe

Gemeinderat Pascal Frey (SP): Wir stellen den Antrag, den Betrag um 80'000 Franken auf 165'000 Franken zu erhöhen. Die Freie-Strasse wollen wir nicht angehen, weil es nicht nötig ist. Im Ausland gibt es viele Projekte, die nötig sind, investieren wir das Geld doch dort.

Abstimmung

Der Antrag von Gemeinderat Pascal Frey, den Betrag in der Auslandhilfe um 80'000 Franken auf 165'000 Franken zu erhöhen, wird mit 12 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer (CVP): Es wäre doch schön, wenn ich da nicht so Fresszettel bekommen würde, die ich fast nicht lesen kann. Ich habe vorhin Anträge erhalten, welche mit der Maschine geschrieben wurden und wunderbar zu lesen sind. Herzlichen Dank.

Seite 106 Konto 5201 Fachstelle Integration und Bildung 3636.00 Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck

Gemeinderat Christoph Tschanen (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Unser Antrag lautet, diese Budgetposition auf zwei Jahre zu beschränken. Wir wurden in der GPK bereits informiert, dass ein Vertrag besteht, welcher vier Jahre dauert.

Unsere Begründung dazu: Der Stadtratsbeschluss lag der GPK vor. Dort steht, dass die Besucherzahlen in diesem Projekt kontinuierlich abgenommen haben. Daher ist es für mich nicht verständlich, dass dies bereits auf vier Jahre hinaus beschlossene Sache sein soll. Dieses vierjährige Projekt kostet mehr als eine Viertelmillion Franken, nämlich 288'000 Franken. Es fliessen noch diverse Gelder aus verschiedenen Kassen wie Schulgemeinde, Fachstelle Integration und Kantonsbibliothek selber. Also mehr als eine Viertelmillion Franken, welche wir in den nächsten vier Jahren in dieses Projekt investieren, wo noch nicht definiert ist, ob es Erfolg haben wird. Daher der Antrag, es auf zwei Jahre zu beschränken. Es soll alle sechs Monate neu beurteilt und schlussendlich wieder darüber befunden werden, ob man es weiterführen kann. Seite 17 des Budgets ist zu entnehmen, dass die Stadt jährlich 277'000 Franken an die Kantonsbibliothek bezahlt. Ganz klar, das finde ich eine super Sache. Eine Kantonsbibliothek mitten in unserer Stadt zu haben ist wunderbar, etwas Besseres gibt es nicht. Aber es ist doch unheimlich viel Geld, welches wir auf Zusehen hin in dieses Projekt vier Jahre lang investieren. Als Unternehmer investiere ich nicht eine Viertelmillion Franken in ein Projekt, von dem ich nicht weiss, ob es zum Fliegen kommt. Sondern ich versuche spätestens nach einem Jahr, schlüssig zu beurteilen, es entweder abzuschliessen oder sinnvoll weiterzuführen. Vielen Dank für die Unterstützung.

Gemeinderatsvizepräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP), Referentin im Namen der Fraktionen SP/GWB/Juso und CH/Grüne/GLP: Der Verein Bibliothek der Kulturen führt pro Jahr ca. 100 Veranstaltungen durch, die unentbehrlich sind, um eine Brücke zum fremdsprachigen Buchbestand zu schlagen. Es ist eine Illusion, dass man einfach Bücher hinstellen kann und diese dann genutzt werden. Deshalb gehören die Veranstaltungen und der Buchbestand zusammen. Um dieses Anliegen geht es in diesem Antrag für 18'000 Franken. Das Veranstaltungsangebot ist erfreulicherweise seit der Gründung des Vereins 2008 kontinuierlich gewachsen, nicht gesunken. Mittlerweile sind es 30 Freiwillige, die sich für dieses Programm engagieren. Die grosse Last bleibt im Moment an einer Person hängen, die seit Jahren ca. 30 Stellenprozent für die Koordination der Anlässe, Öffentlichkeitsarbeit, Betreuung der Freiwilligen etc. aufwendet. Statt die gut besuchten Veranstaltungen zu reduzieren, wird eine gute Abstützung durch verschiedene Träger angestrebt, um dadurch eine Professionalisierung voranzutreiben. Ganz im Sinne einer guten Integration, Frühförderung und Elternbildung, gerade auch im Bereich Sprache, wo wir ja bekanntlich das strengste Einbürgerungsgesetz der Schweiz haben. Deshalb muss diese Stelle im Sinne von gezielt eingesetzten Mitteln, sei es personell oder finanziell, geschaffen werden. Der Kanton, Sie haben es erwähnt, die kantonalen Integrationsprogramme, Kantonsbibliothek und kantonale Bibliothekskommission leisten ca. zwei Drittel des Gesamtbetrags. Der Rest ist aufgeteilt zwischen Schulen Frauenfeld, dem Verein Bibliothek der Kulturen und eben der politischen Gemeinde Frauenfeld. 4 × 18'000 Franken gibt bei mir 72'000 Franken, ohne Unternehmerin zu sein, dafür Hausfrau und finanzielle Verantwortliche der Familienfinanzen. Es gibt von allen definitive Zusagen über vier Jahre. Es wäre jetzt doch peinlich und auch kleinlich, wenn die Stadt hier sparen würde. Die Stadt leistet im Übrigen ja auch schon bisher Unterstützung, indem sie dem Verein den Quartiertreffpunkt mietfrei zur Verfügung stellt. Dafür überlässt der Verein der Stadt für den Quartiertreffpunkt Mobiliar und Infrastruktur im Wert von 20'000 Franken. Es ist ein Geben und Nehmen. Ich bitte euch daher dringend, diesen Betrag im Konto 3636.00 auf Seite 106 des Budgets nicht zu streichen, sondern diesen wertvollen Beitrag an die Integration beizubehalten.

Gemeinderat Peter Hausammann (CH), Referent im eigenen Namen: Ich stelle mir selber die Frage und jetzt Ihnen bzw. dem Stadtrat, ob es sich da nicht um einen unzulässigen Antrag handelt, um einen unnötigen Antrag. Wir stimmen jetzt nämlich über 18'000 Franken ab, die im Budget 2018 eingestellt sind. Und hinten steht, dass man ein vierjähriges Projekt macht und dafür ein Gesuch eingereicht hat. Wir haben den Stadtratsbeschluss gesehen im Zusammenhang mit der Leistungsvereinbarung und mit der Zuständigkeit des Stadtrats nach Art. 3 Abs. 3 des Aufgabenübertragungsreglements. Dort drin steht, dass das unter Vorbehalt der jeweiligen Zustimmung des Parlaments im Budget steht. Wenn hier jetzt 18'000 Franken drin sind, bewilligen wir 18'000 Franken. Und nächstes Jahr sind wieder 18'000 Franken drin, dann stimmen wir über die 18'000 Franken für 2019 und dann 2020 oder vielleicht auch nicht ab. Dann könntet ihr den Antrag stellen, es ist nicht gut gelaufen, wir sprechen es nicht. So stellt es sich dar, wie es im Budget drin ist. Wenn aber die Meinung des Stadtrats wäre, dass man eine vierjährige Verpflichtung eingehen will – wenn ich es falsch verstanden habe, wie es in dieser Leistungsvereinbarung steht –, wenn die Meinung ist, dass man, wenn man einmal ja sagt, man immer ja sagt, dann müsste man hier nicht 18'000 Franken hineintun, sondern dann müsste man 72'000 Franken hineintun, dann hätte der Antrag seine Berechtigung, dann könnte man den auf 36'000 Franken für zwei Jahre kürzen. Aber so, wie es hier drin ist, sind es 18'000 Franken für ein Jahr und nächstes Jahr entscheiden wir wieder neu.

Gemeinderatsvizepräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP): Kollege Hausammann, genau diese Frage habe ich unserem Finanzchef Reto Angehrn in der GPK gestellt. Er hat mir gesagt, wenn wir diese 18'000 Franken, die pro Jahr anfallen werden, wie jetzt die Vereinbarung ist,

bewilligen, ist dies eine gebundene Ausgabe. Wir sagen gemäss Finanzchef nicht nur zu diesen 18'000 Franken ja, sondern wir sagen zu 72'000 Franken ja. So war die Antwort in der GPK.

Gemeinderat Peter Hausammann (CH): Ich hätte gern eine Antwort vom Stadtrat, wie es gemeint ist mit dieser Leistungsvereinbarung. Und noch etwas: Gebundene Ausgaben bedeutet, dass wir einen Beschluss haben über ein Gesetz, welches bestimmte Ausgaben nach sich zieht, oder einen Beschluss oder einen Vertrag mit so und so viel. Dann hat man gebundene Ausgaben. Aber das kann nur dann sein, das Gesetz hätte bis und mit Schlussabstimmung das Parlament passieren müssen. Man kann uns nicht 18'000 Franken ins Budget schreiben und es steht nicht mal irgendwo und dann sagen, es ist für weitere drei Jahre gebunden. Das geht nicht. Da müsste der Stadtrat das irgendwie machen, aber dann würde er unsere Budgethoheit umgehen. Wenn man jetzt 72'000 Franken als gebundene Ausgaben bewilligen will, muss man das alles miteinander machen, wie man das mit Botschaften macht. Wie sollen wir das sonst wissen?

Gemeinderat Christoph Regli (CVP): Ich zweifle nicht daran, dass wir vier Jahre zahlen werden, weil es sich um eine gute Sache handelt. Aber im Stadtratsbeschluss steht ja ganz eindeutig, dass das jeweilige Budget darüber entscheiden wird. Also können wir in diesem Punkt beruhigt sein. Ein weiterer Aspekt ist ja auch noch, und die GPK-Mitglieder haben das ja gesehen, in der Leistungsvereinbarung steht sehr genau, dass nicht plötzlich nichts mehr läuft und trotzdem Geld fliesst. Wenn die fünf Veranstaltungen pro Monat nicht erfolgreich stattfinden und wenn man die Arbeit nicht leistet, kann sogar auch zwischenzeitlich eine Kündigung dieser Leistungsvereinbarung stattfinden. Ich denke, wenn man diese Dokumente gesehen hat, muss man eigentlich nicht an der Sachlage zweifeln.

Stadträtin Christa Thorner (SP): So langsam brauchen wir einen Rechtskonsulenten, wenn wir unsere Geschäfte legitim mit Ihrem Rat beraten und auch genehmigen lassen wollen. Wir haben bislang die Praxis gehabt, dass bei diesen Verträgen immer der Vorbehalt der Genehmigung durch den Gemeinderat impliziert ist. Also durch den Gemeinderat der Betrag, der in der Budgetdebatte gesprochen wurde. Das heisst, die Gebundenheit bezog sich in meinem Verständnis auf das Jahr, für das diese 18'000 Franken gesprochen wurden, daher sind hier diese 18'000 Franken drin. Ich bitte Sie, diesen Antrag auf 18'000 Franken anzunehmen.

Gemeinderat Christoph Tschanen (SVP): Zwei Vorbemerkungen: Geschätzte Barbara, mein Steuerfranken rollt auch in die Schulgemeinde und auch zum Kanton. Ich weiss nicht, ob dein Steuerfranken nicht so weit rollt, aber in dem Sinn haben wir da doch mehr als eine Viertelmillion Franken für dieses Projekt, wofür unsere Steuergelder eingesetzt werden. Ich ziehe meinen Antrag trotzdem zurück. Es ist für ein Jahr. Wir können es in der GPK nächstes Jahr wieder neu beurteilen, dann starten wir vielleicht wieder einen Antrag oder sind vom Erfolg so begeistert, dass wir klatschen dürfen und Freude haben.

Gemeinderat Fredy Marti (MproF): Ich habe nur eine Verständnisfrage. Wir haben uns vorher über die Auslandhilfe – ordentlich oder ausserordentlich war es – unterhalten. Nun meine Frage, vielleicht ist mir das entgangen. Inlandhilfe generell haben wir so nicht budgetiert. Ich denke zum Beispiel an die Walliser Gemeinde Gondo oder an die Südbündner Gemeinde, die vom Bergsturz betroffen war. Ich kann mich daran erinnern, dass die Stadt Frauenfeld zusammen mit Weinfelden im Jahr 2005 eine Urner Gemeinde im Schächental mit Wiederaufbauhilfe unterstützt hat, die vom verheerenden Hochwasser betroffen war. Ich vermisse irgendwo Inlandhilfe. Oder ist mir da etwas entgangen? Danke für die Erklärung.

Stadträtin Christa Thorner (SP): Das ist korrekt. Inlandhilfe hatten wir früher, auch die erwähnten Unterstützungen, die erfolgt sind. Wir hatten in den letzten sieben Jahren insgesamt keine solchen Vorfälle mehr, darum wurde das Konto nicht mehr geführt. Aber wenn so etwas wieder passiert, geht das unter Katastrophenhilfe 3638.01. Da haben wir auch die Katastrophe im Ausland wie das Erdbeben in Haiti schon mitunterstützt.

Werkbetriebe (Register 7)

Gemeinderat Philipp Geuggis (FDP), Referent im Namen der GPK Bau, Werke, Anlagen: Das Budget 2018 der Werkbetriebe ist mit demjenigen des Vorjahrs vergleichbar, wobei neben den Bereichen Strom, Gas und Wasser neu ein vierter Bereich Fernwärme dazukommt. Der Stellenplan sieht eine zusätzliche Stelle für einen Rohrnetzmonteur vor, um zukünftig weniger temporäre Mitarbeiter beschäftigen zu müssen und entsprechend das Know-how im Betrieb zu halten.

Die Abschreibungssätze der Werkbetriebe gaben in der GPK Anlass zu Diskussionen, weil für die Jahre 2017 und 2018 nicht die vom Branchenverband vorgegebenen Nutzungsdauern, sondern nur die Hälfte davon für die Abschreibungsdauer eingesetzt wurde. Dies wurde vom Stadtrat so beschlossen. Gemäss dem kaufmännischen Leiter der Werkbetriebe werden ab 1. Januar 2019 zusammen mit der Einführung von HRM2 die Vorgaben des Branchenverbands angewendet.

Von einzelnen Mitgliedern der GPK wurde begrüsst, dass Gewinne offen gezeigt und ins Eigenkapital überführt werden. Andere GPK-Mitglieder wiesen darauf hin, dass dadurch ein Druck auf die Preise entstehen wird und dass es aus ökologischen Gesichtspunkten falsch wäre, wenn die Preise stark fallen würden. Hier wird die Politik gefordert sein, allfällige Gewinne vorausschauend einzusetzen.

Explizit angesprochen wurde das Konto 670 Abgeltung für die Stadt. Hier wurde die angekündigte klare Regelung dieser Abgeltung von mehreren GPK-Mitgliedern als sehr sinnvoll eingestuft. Es wurde auch angeregt, den neuen Bereich Fernwärme ebenfalls zu berücksichtigen.

Insgesamt war das Budget 2018 der Werkbetriebe Frauenfeld in der GPK Bau, Werke, Anlagen nicht umstritten und wurde daher einstimmig gutgeheissen. Die Finanzpläne wurden zur Kenntnis genommen.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktionen CH/Grüne/GLP und SP/GWB/Juso: Ich habe eine Frage zur Investition Breitenstrasse Gachnang, wo eine Lücke im Gasnetz geschlossen wird. Das ist sicher sinnvoll. Es handelt sich um Planverzeichnis 2 Seite 3 der rosaroten Investitionen ganz am Schluss. Wir haben eine Frage, die wir jetzt gern für eine kurze Antwort, später vielleicht für eine ausführlichere Antwort beim Stadtrat deponieren möchten. Gibt es eine Erdgasstrategie? Wie geht es weiter mit dem Erdgas? Im Moment ist es sicher noch eine sinnvolle Energiequelle, aber nicht mehr für unendlich lange.

Stadtrat Ruedi Huber (SVP): Das Thema Strategie im Bereich Erdgas muss im Rahmen der Eignerstrategie angegangen werden. Was will die Stadt schlussendlich von den Werkbetrieben haben? Aus meiner Sicht ist das Erdgas eine Übergangsenergie. Wir brauchen diese auch noch, vor allem im Industriebereich. Sie ist auch im Vergleich zu Öl als Energieträger zu 25 % weniger emissionswirksam, was CO2 anbelangt. Wir haben nicht das Ziel, das Netz noch sehr gross auszubauen, aber dort, wo es ist, dieses noch mehr zu nutzen. Da gibt es auch Zielkonflikte innerhalb der Stadt. Die Energiestadt schaut es noch etwas anders an als die Werkbetriebe. Das ist

auch ein Thema, über das wir intensiv reden müssen. Dank dem, dass wir jetzt die „Wärmege-
schichte“ einigermaßen im Griff haben, bekommen wir auch etwas mehr Zeit, um wieder nach
vorn zu schauen. Das ist dringend nötig in mehreren Bereichen.

Alterszentrum Park (Register 8)

**Gemeinderat Samuel Kienast (EVP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft und Ge-
sundheit:** Ich kann mich kurzfassen. Das Budget und der Finanzplan waren unbestritten. Den
strittigsten Punkt haben wir ja schon in der Gemeinderatssitzung im Oktober besprochen, als es
um die Erhöhung der Mieten in der Alterssiedlung Talacker ging. Das haben wir eingehend mit-
einander besprochen und abgeschlossen. Darüber mussten wir in der GPK nicht mehr diskutie-
ren. Wir haben das Budget intensiv angeschaut und hatten den Eindruck, dass der Zentrumslei-
ter Bernhard Liepelt und die Stadträtin Elsbeth Aepli Stettler das Zentrum kostenbewusst und
auch vorausschauend leiten und geplant haben. Im Alltagsgeschäft wurde uns gezeigt, wie vie-
les auch hinterfragt und analysiert wird und die Kenntnisse auch gut umgesetzt werden, und
das nicht nur im Hinblick auf die Finanzen, sondern auch im Hinblick auf das Wohlbefinden der
Mitarbeitenden und Bewohnenden. Wir haben verschiedene Rückfragen gestellt, um auch wirk-
lich sicherzustellen, dass nicht nur die Finanzen, sondern das Haus als Ganzes befriedigend geleit-
tet wird. In der GPK wurden keine Änderungsanträge eingereicht und wir haben auch die
Schlussabstimmung zum Budget einstimmig bewilligt und schlagen Ihnen dieses so zur Geneh-
migung vor.

**Gemeinderätin Anita Bernhard Ott (CH), Referentin im Namen der Fraktionen
CH/Grüne/GLP und SP/GWB/Juso:** Es ist schon spät und ich möchte Sie nicht mehr lange auf-
halten, trotzdem möchte ich das noch erwähnen. Eine Abteilung und ein Amt sollen nicht nur
dann erwähnt werden, wenn es etwas zu kritisieren gibt, und so möchten wir an dieser Stelle
uns bei der Leitung und dem gesamten Personal des AZP für die gute Arbeit bedanken, die hier
tagtäglich geleistet wird. Offenbar hat Bernhard Liepelt, der Leiter des AZP den Überblick und
die Finanzen im Griff. Gleichzeitig schafft er es trotz den nicht einfachen Rahmenbedingungen,
hier ist der verhältnismässig tiefe Lohn im Vergleich zu Arbeitszeiten und Verantwortung zu er-
wähnen, gutes Personal zu engagieren und auch zu halten. Und dies, obwohl dem Pflegeperso-
nal in den umliegenden Kantonen deutlich höhere Löhne ausbezahlt werden. Das kann man
durchaus als Zeichen dafür werten, dass sich die Mitarbeitenden wohlfühlen und dies wiederum
macht sich unter anderem im Budget durch die mittlerweile bedeutend tieferen Adecco-Kosten
für Temporärpersonal bemerkbar. Wir haben Achtung vor dem Resultat und der Konstanz des
Budgets und bedanken uns an dieser Stelle ebenso bei Ruth Gerber, die uns dieses immer detail-
liert und verständlich darlegt. Abschliessend gebührt unser Dank noch einmal dem gesamten
Personal sowie der Leitung des Alters- und Pflegezentrums Park.

Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer (CVP): Bevor wir zu den Finanzkennzahlen schrei-
ten, möchte ich mitteilen, dass Gemeinderätin Sandra Kern die Sitzung vor 10 Minuten verlassen
hat, weil sie sich nicht sehr gut fühlt.

Finanzkennzahlen

Keine Wortmeldungen.

Finanzpläne 2019-2021 der Stadt Frauenfeld

Die Diskussion wird nicht gewünscht.

Abstimmung

Korrigierte Botschaft Nr. 21:

Antrag 1 wird mit 38 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme angenommen.

Antrag 2 wird einstimmig angenommen.

Antrag 2a wird einstimmig angenommen.

Antrag 2b wird einstimmig angenommen.

Antrag 3 wird mit 33 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Antrag 4 wird einstimmig angenommen.

Antrag 5 wird einstimmig angenommen.

Antrag 6 wird einstimmig angenommen.

Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer (CVP): Die Budgets der Stadtverwaltung, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park für das Jahr 2018 gemäss Ziff. 2, 2b, 3, 4 und 5 dieses Beschlusses unterstehen dem fakultativen Referendum. Wird das Behördenreferendum gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Die Referendumsfrist beginnt am 14. Dezember 2017 und endet am 29. Januar 2018.

Wir haben das Budget in gut fünfeinhalb Stunden durchberaten. Ich danke allen, die sich in den GPKs und hier im Rat eingebracht haben. Ich danke dem Ratsbüro für die gute Zusammenarbeit. Ich bitte Sie, sich noch einen Moment zu gedulden. Bevor ich noch weiterspreche, hat Benjamin Stricker Zirfass noch ganz kurz um das Wort gebeten.

Gemeinderat Benjamin Stricker Zirfass (CH): Bitte entschuldigen Sie. Ich dachte, das käme zu Beginn, es wurde ein bisschen anders disponiert. Ich möchte ein letztes Mal von diesem Rednerpult Gebrauch machen. Ein Dank und ein Anliegen veranlassten mich dazu.

Ich möchte mich bei Ihnen ganz herzlich für fünf Jahre intensiven und lehrreichen Austausch bedanken. Das war politisch, fachlich und persönlich für mich eine wertvolle Erfahrung. Und es bedeutete mir viel, Mitglied dieses Parlaments zu sein. Beruflich und familiär habe ich zurzeit etwas viel um die Ohren, das bewegt mich auch zu diesem Rücktritt. Aber mein Feuer für die aktuellen und künftigen grossen Herausforderungen der Stadt brennt natürlich weiter. Diese Herausforderungen können aus meiner Sicht nur gemeistert werden, wenn einander zugehört, miteinander geredet und den Tatsachen in die Augen geschaut wird. Zurzeit beschäftigt ja das geschichtlich betrachtete – man könnte auch sagen belastete – Thema der Stadtentlastung viele hier im Saal und auch draussen auf den Strassen, und beim Thema Verkehr erfolgt noch schnell einmal der Griff zur Petitionskeule, fast schneller jedenfalls als der Griff zum Telefonhörer, hat man bisweilen den Eindruck. Ob es am offenen Ohr oder am offenen Mund oder auch am offenen Herzen fehlt, das weiss ich natürlich nicht. Meine Überzeugung jedenfalls ist, dass unser Auftrag vor dem Volk darin besteht, gemeinsam sinnvolle Lösungen zu finden. Sie haben es in der Hand, gemeinsam einen Beitrag zur richtigen Verkehrslösung zu leisten und dazu wünsche

ich mir, dass Sie über die Parteigrenzen und Überzeugungsmauern hinweg oft und vielleicht auch mal ausserhalb dieses Saals die Köpfe und Herzen zusammenstecken. Hören Sie einander gut zu, erklären Sie einander ihre Sicht. Sowohl im Beruf als auch zu Hause sehe ich täglich, dass gute und gemeinsame Lösungen nur dann gelingen, wenn alle bereit sind, immer wieder sich zu erklären und einander zuzuhören. Und natürlich nur, wenn alle bereit sind, auch einmal einen oder zwei Schritte auf das Gegenüber zuzugehen. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg auf dem gemeinsamen Weg der Lösungsfindung. Ich denke, nach über 30 Jahren Verkehrsplanung sind wir das unserem Stimmvolk nun schuldig. Besten Dank und entschuldigen Sie die späte kurze Predigt.

Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer (CVP): Ich habe noch 3 Minuten. Denken Sie daran, die nächste Gemeinderatssitzung findet wie zu Beginn der Sitzung mitgeteilt am Mittwoch, 21. Februar um 18:00 Uhr statt.

Mein Dank geht an Sie für das aktive Mitdiskutieren, an die Stadtgärtnerei für den wiederum sehr schönen Weihnachtsschmuck, an Herbert Vetter und sein Team für die tolle Vorbereitung der aufliegenden Unterlagen und an Beat Dürger und sein Team für die Bestuhlung in diesem Saal. Ich wünsche Ihnen eine schöne und besinnliche Adventszeit, frohe Weihnachtstage und einen guten Start ins neue Jahr. Fürs 2018 wünsche ich Ihnen viel Glück, gute Gesundheit und weiterhin viel Freude an der Ratsarbeit. Ich hoffe natürlich, einige von ihnen am Neujahrsapero im Ratssaal begrüßen zu können. Ansonsten wünsche ich Ihnen eine schöne Zeit und bis am 21. Februar 2018. Gute Nacht.

- - -

Schluss der Sitzung: 21:45 Uhr

* * *